



# Plenarprotokoll

## 41. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 17. Oktober 2001

Nachruf auf die Abgeordnete Gudrun Kockmann-Schadendorf.....	3051		
Verpflichtung des Abgeordneten Klaus Buß	3051		
<b>Entschließung zur Bekämpfung des Terrorismus</b> .....	3051		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1259			
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1292			
Heinz Maurus [CDU], zur Geschäftsordnung .....	3051		
Beschluss: Annahme des Absatzes 1 des Antrages Drucksache 15/1292 .....	3052		
<b>Gemeinsame Beratung</b> .....	3052		
<b>a) Entschließung zur Bekämpfung des Terrorismus</b> .....	3052		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1259			
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1259			
<b>b) Innere Sicherheit</b> .....	3052		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1260			
<b>c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes</b> .....	3052		
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/1257			
<b>d) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung des automatisierten Datenabgleichs</b> .....		3052	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1267			
Änderungsantrag des Abgeordneten Konrad Nabel (SPD) Drucksache 15/1277			
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1288			
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1289			
Dr. Johann Wadephul [CDU] .....	3052, 3087		
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	3056		
Lothar Hay [SPD] .....	3059		
Wolfgang Kubicki [FDP] .....	3061, 3089		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3068		
Anke Spoorendonk [SSW].....	3072, 3090		
Klaus Buß, Innenminister .....	3074		
Klaus Schlie [CDU] .....	3076, 3092		
Klaus-Peter Puls [SPD] .....	3080		
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3082		
Lars Harms [SSW] .....	3085		
Thomas Rother [SPD] .....	3086		
Konrad Nabel [SPD] .....	3088		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3092		
Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 15/1259 und 15/1292 Abs. 2 sowie der Gesetzentwürfe Drucksachen 15/1257 und 15/1267 an den Innen- und Rechtsausschuss.....		3093	

<b>Hochschulstrukturentwicklung in Schleswig-Holstein</b> .....	3094	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1245	
Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 15/1123		Beschluss: Überweisung an den Sozialaus- schuss .....	3125
Antwort der Landesregierung Drucksache 15/1253		<b>Gemeinsame Beratung</b> .....	3125
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	3094	<b>a) Abschaffung der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS)</b> .....	3125
Jost de Jager [CDU] .....	3096	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1172	
Jürgen Weber [SPD] .....	3098	<b>b) Eigenauswahl von Studierenden durch die Hochschulen</b> .....	3125
Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	3100	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1195	
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3103	Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	3125
Anke Spoorendonk [SSW].....	3105	Jost de Jager [CDU] .....	3126
Beschluss: Überweisung an den Bildungs- ausschuss zur abschließenden Bera- tung .....	3107	Jürgen Weber [SPD] .....	3127
<b>Sicherheit der Atomkraftwerke gegen Flugzeugabstürze</b> .....	3108	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3128
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Anke Spoorendonk [SSW].....	3129
Drucksache 15/1270		Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	3130
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	3108	Beschluss: Überweisung an den Bildungs- ausschuss.....	3132
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3110		
Konrad Nabel [SPD] .....	3112, 3120	* * * * *	
Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU].....	3113	<b>Regierungsbank:</b>	
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] .....	3115	Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Lars Harms [SSW] .....	3116	Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi- dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3117	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis- senschaft, Forschung und Kultur	
Wolfgang Kubicki [FDP] .....	3118, 3122	Klaus Buß, Innenminister	
Martin Kayenburg [CDU] .....	3119	Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3120	Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	
Thomas Stritzl [CDU] .....	3121	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	
Konrad Nabel [SPD], persönliche Bemerkung.....	3122	Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
Anke Spoorendonk [SSW].....	3123	Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz	
Beschluss: Beratung abgeschlossen .....	3124		
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Geset- zes zu dem Zweiten Abkommen zur Än- derung des Abkommens über die Zu- sammenarbeit auf verschiedenen Gebie- ten des Gesundheitswesens in Nord- deutschland</b> .....	3125	* * * * *	

**Beginn: 10:01 Uhr**

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich eröffne die 16. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist Frau Abgeordnete Roswitha Strauß, der wir von hier aus gute Besserung wünschen.

(Beifall)

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Caroline Schwarz.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich zu erheben. - Am 1. Oktober verstarb unsere Kollegin, die Frau Abgeordnete Gudrun Kockmann-Schadendorf. Sie gehörte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag seit Februar 2000 als Mitglied der Fraktion der SPD an. Frau Kockmann-Schadendorfs Arbeit war geprägt durch hohe Sachkompetenz und außerordentliches Engagement. Aufgrund ihres freundlichen und ausgeglichenen Wesens war sie über alle Fraktionsgrenzen hinweg beliebt. Ihre Ausgeglichenheit und ihr vorbildliches Wirken werden uns unvergessen bleiben.

Sie hinterlässt einen Ehemann und drei Kinder. Ihnen vor allem gilt unser Mitgefühl.

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, der Landeswahlleiter hat als Nachfolger für unser verstorbenes Parlamentsmitglied Herrn Klaus Buß festgestellt. Ich bitte Sie, Herr Minister Buß, zur Verpflichtung als Abgeordneter nach vorn zu kommen. - Herr Buß, ich spreche Ihnen die Eidesformel vor. Ich bitte Sie, die rechte Hand zu heben und mir nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben sich - Der Abgeordnete wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Ich begrüße Sie herzlich im Kreis der Abgeordneten und wünsche Ihnen ebenso viel Spaß bei Ihrer neuen Tätigkeit wie bei Ihrer Tätigkeit als Minister.

(Klaus Buß [SPD]: Herzlichen Dank! - Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 15, 16, und 21 ist eine Ausspra-

che nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden soll der Punkt 30. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Punkte 10 und 11, Abschaffung der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen, sowie die Punkte 12 und 28, Offshore-Windparks. Anträge zur Aktuellen Stunde und Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungsgegenstände der 16. Tagung.

Unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause werden wir jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Herr Abgeordneter Eichstädt hat heute Geburtstag. Ich gratuliere Ihnen im Namen des Hauses ganz herzlich.

(Beifall)

Ich begrüße Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne. Es sind Schülerinnen und Schüler der Ernst-Barlach-Realschule in Wedel. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

In der Loge begrüße ich die ehemaligen Abgeordneten Dr. Hinz und Prof. Dr. Wiebe. Ebenfalls ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 18 auf:

### **Entschließung zur Bekämpfung des Terrorismus**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1259

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/1292

Ich weise darauf hin, dass in dem Änderungsantrag eine Forderung auf Berichterstattung durch die Landesregierung enthalten ist, und beabsichtige, die Berichterstattung durch die Ministerpräsidentin erfolgen zu lassen.

Deshalb vorweg die Frage: Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Herr Maurus.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Heinz Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eben als Tischvorlage den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Tagesordnungspunkt 18 zur Kenntnis genommen. Unter dem ersten Punkt dieses Änderungsantrags wird darum gebeten, einen Bericht

(Heinz Maurus)

zu erstatten. Ich verweise auf Tagesordnungspunkt 19, Innere Sicherheit, Antrag der Fraktion der CDU. In diesem Antrag haben wir den Wunsch geäußert, dass die Landesregierung einen Bericht erstattet. Von daher bitte ich, diesen Bericht unter dem Tagesordnungspunkt 19 aufzurufen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich hatte vor, die Berichterstattung unter diesem Tagesordnungspunkt vornehmen zu lassen. - Wenn sich Widerspruch erhebt, haben wir darüber abzustimmen. Dann lasse ich über den ersten Teil, den Antrag auf Berichterstattung, abstimmen. Das ist formal erforderlich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist unglaublich!)

Wer der Berichterstattung durch die Landesregierung im Sinne des Absatzes 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltung? - Das ist mehrheitlich so beschlossen.

(Klaus Schlie [CDU]: Was ist das denn für ein Ding? Herr Präsident, dass Sie das mitmachen!)

Wir erhalten also zunächst eine Berichterstattung, dann erhält die Opposition das Wort. Ich erteile zunächst der Frau Ministerpräsidentin das Wort zur Berichterstattung.

(Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Wir befinden uns jetzt in der Debatte, Herr Abgeordneter Kayenburg.

(Zurufe von CDU und FDP: Das ist unglaublich! - Martin Kayenburg [CDU]: Ich beantrage Unterbrechung der Sitzung! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich beantrage Unterbrechung und Sitzung des Ältestenrats!)

- Wir werden das im Ältestenrat besprechen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jetzt!)

- Es sind die Unterbrechung der Sitzung und eine Sitzung des Ältestenrats beantragt.

Ich unterbreche die Sitzung deshalb für zehn Minuten.

(Unterbrechung: 10:10 bis 10:24 Uhr)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Die Fraktionen haben sich im Ältestenrat auf folgendes Vorgehen verständigt. Wir werden die Ta-

gesordnungspunkte 18, 19, 5 und 6 in verbundener Debatte diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Einleiten werden wir diese Debatte mit dem Sachbeitrag des Antragstellers der Fraktion der CDU. Dann erfolgt der Bericht der Frau Ministerpräsidentin; daran schließt sich die verbundene Sachdebatte an.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe Ihr Einverständnis. Wir werden so verfahren.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 18, 19, 5 und 6 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Entschließung zur Bekämpfung des Terrorismus**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1259

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1259

**b) Innere Sicherheit**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1260

**c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1257

**d) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung des automatisierten Datenabgleichs**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1267

Änderungsantrag des Abgeordneten Konrad Nabel (SPD)  
Drucksache 15/1277

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1288

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1289

Ich erteile zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1259, zunächst dem Antragsteller das Wort. Herr Abgeordneter Dr. Wadephul!

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf an dieser Stelle zunächst dem Ältestenrat für die weise Entscheidung sehr herzlich danken. Der Frau Ministerpräsidentin möchte ich sagen:

**(Dr. Johann Wadephul)**

Sie, Frau Ministerpräsidentin, werden sich daran gewöhnen müssen, dass in Zukunft ein Vertreter der Union an dieser Stelle häufiger vor Ihnen sprechen wird. Und ab 2005 wird das der Regelfall sein.

(Beifall bei der CDU - Lachen und anhaltende Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn sich die linke Seite des hohen Hauses beruhigt hat, können wir uns in Ernsthaftigkeit dem Thema widmen.

(Holger Astrup [SPD]: Wir amüsieren uns nur! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der barbarische Anschlag auf die USA war ein Anschlag auf die gesamte freie Welt; er hat unsere Welt erschüttert und er wird unsere Welt weitgehend verändern. Niemand kann heute schon das Ausmaß der Veränderungen, an die wir uns alle werden gewöhnen müssen, in Worte fassen. Klar ist nur: Es gab eine Zeit vor dem 11. September und es gibt eine Zeit nach dem 11. September. Die Illusion einer heilen Welt, in der wir vor dem 11. September vermeintlich gelebt haben, ist geplatzt. Es gibt keine heile Welt. Es gibt Unheil, Angst und Krieg. Das müssen wir alle hautnah erleben.

Die Werte unserer freiheitlichen Demokratie, das, was uns wichtig ist - alles ist dramatisch bedroht. Der Terror ist nun unsere große neue Bewährungsprobe. Wir in der freien Welt müssen alles tun, um unsere Freiheit zu verteidigen. Und wieder einmal werden wir das auch schaffen. Wir lassen uns unsere Werte, wir lassen uns unsere freiheitliche Grundordnung nicht zerstören, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Demokratie und Freiheit haben gegen Diktatur und Unfreiheit, gegen Mauer und Stacheldraht gesiegt. Genauso werden Demokratie und Freiheit auch gegen Terror und Bedrohung siegen. Diese Hoffnung verleiht uns Kraft und diese Kraft brauchen wir auch, um entschlossen zu handeln. Mit ganzer Kraft müssen wir unsere Freiheit sichern.

Es täusche sich niemand. Wer das Ausmaß der Bedrohung, der wir ausgesetzt sind, nüchtern und realistisch einschätzt, handelt nur dann verantwortungsbewusst, wenn er darauf mit aller Konsequenz antwortet. Mit aller Konsequenz! Inkonsequenz kann sich als tödlicher Luxus herausstellen. Zimperlichkeiten können lebensgefährlich sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist das denn?)

Gleichgültigkeit gegenüber fundamentalistischer Bedrohung, Sorglosigkeit im Bereich der inneren Sicherheit sowie falsch verstandene Liberalität bei der Gestaltung und Anwendung notwendiger Gesetze darf es nicht mehr geben.

(Beifall bei der CDU)

Und genauso gilt: Mit einer bloß symbolischen Politik, ohne innere Überzeugung oder sogar gegen die eigene Überzeugung, die nur besänftigend auf den Druck der Stimmungslage der Bevölkerung reagieren wollte, wäre es auch nicht getan, Frau Ministerpräsidentin. Es ist die Aufgabe des Staates, das Leben und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, und zwar ohne Wenn und Aber. Genau das haben wir als CDU immer verfochten. Die innere Sicherheit wurde weder von Schill noch von Schily erfunden. Wir kämpfen auch in diesem hohen Hause seit Jahren für mehr Sicherheit und eine wehrhafte Demokratie.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sagen wir in diesen Tagen: Herr Schily hat mittlerweile von der Christlich-Demokratischen Union gelernt.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Und ich sehe in diesen Tagen: Diese Landesregierung lernt auch von uns. Wenn das so ist, dann ist das gut so und dann werden wir sie auf diesem Wege auch weiter fördern und unterstützen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir sind ganz neuen Bedrohungen ausgesetzt. Das Wort des Islamismus macht die Runde. Der **Verfassungsschutzbericht 2000** berichtet darüber, dass es in Deutschland 58.800 Personen gibt, die extremistischen Ausländerorganisationen angehören, 31.450 davon sind Islamisten und viele Tausende sind gewaltbereit.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich - dabei nehme ich auf den Integrationsantrag Bezug, den meine Fraktion schon im Frühjahr dieses Jahres in diesem Haus eingebracht hat -: Wir respektieren all diejenigen Menschen muslimischen Glaubens, die in Deutschland leben. Wir wollen sie integrieren. Wir wollen sie in unsere Gesellschaft aufnehmen, wenn sie sich friedvoll verhalten und an unsere Gesetze halten. Ich bin gegen jede pauschale Verurteilung des islamischen Glaubens.

(Beifall bei der CDU)

Aber diese **Integration** ist eine Zweibahnstraße. Wenn es hier **Islamisten** gibt, wenn es gewaltbereite Menschen gibt, wie sie in unserer Nähe, in Hamburg, gelebt haben, dann heißt das auch, dass wir sie ver-

(Dr. Johann Wadephul)

stärkt überwachen müssen und dass wir unseren Verfassungsschutz dafür entsprechend ausstatten müssen.

Deswegen haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt. Ich freue mich, dass die Forderung angenommen und, jedenfalls zum Teil, von der Landesregierung umgesetzt wird. Wir brauchen im schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz ein Referat, das sich mit der Überwachung gewaltbereiter Islamisten befasst, das über entsprechende Sprachkenntnisse verfügt. Wir müssen auch die islamistische Szene in Schleswig-Holstein konsequent überwachen.

(Beifall bei der CDU)

Im Zusammenhang mit der Forderung, dass an dieser Stelle erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen, muss man schon darauf hinweisen, in welcher Situation sich der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz befindet. Er ist unter Ihrer Verantwortung, Frau Simonis, in den letzten Jahren von 123 auf 69 Mitarbeiter verringert worden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Hört, hört!)

Unser **Verfassungsschutz** ist fast nur noch in der Lage - ich nehme auf die eine oder andere Bemerkung auch des Fraktionsvorsitzenden der SPD Bezug -, Zeitungsberichte zu kopieren und abzuheften. Sie haben es zu verantworten, dass unser Verfassungsschutz nicht mehr das ist, was man von diesem Dienst erwartet. Es ist Ihr Versäumniskatalog, der hier heute diskutiert wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir werden auch darüber reden müssen, wie wir die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz intensivieren können. Wir werden darüber reden müssen, dass der Verfassungsschutz **neue Aufgabenbereiche** übernehmen muss. Meiner Auffassung nach müssen wir in diesem Hause auch darüber diskutieren, ob der Verfassungsschutz den Bereich der organisierten Kriminalität, wie es im Saarland derzeit schon umgesetzt wird, überwachen und sich darum kümmern sollte. Organisierter Drogenhandel und Geldwäsche, all das sind Vorgänge, die uns auch in Schleswig-Holstein beschäftigen und die einen engen Zusammenhang zum Terrorismus aufweisen. Wir müssen über diese Frage ergebnisoffen miteinander reden. Wir müssen bereit sein, den Verfassungsschutz an dieser Stelle zu verstärken.

Wir müssen diejenigen Ausländer, die sich extremistisch und verfassungsfeindlich betätigen, konsequent ausweisen. Um eine erleichterte **Ausweisung** gewaltbereiter Extremisten zu erreichen, ist die Schaffung neuer Regelausweisungstatbestände erforderlich. Danach sollte die Mitgliedschaft in Organisationen, die

nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes der Unterstützung des internationalen Terrorismus verdächtig sind, ausreichen, um einen Ausländer obligatorisch auszuweisen. Ich beziehe mich da auf den niedersächsischen Ministerpräsidenten Gabriel - Ihren Kollegen, Frau Simonis, der bekanntlich auch Ihrer Partei angehört -, der eine Regelausweisung islamischer Extremisten auch für den Fall fordert, dass sie hier keine schweren Straftaten begangen haben. An dieser Stelle unterstützen wir Herrn Gabriel. Wir fordern Sie auf, für Schleswig-Holstein das Gleiche in die Wege zu leiten. Menschen, die sich gegen unsere Verfassungsordnung stellen, die sich hier extremistisch betätigen und Islamisten sind, müssen wir konsequent des Landes verweisen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch erforderlich, dass wir auf Bundesebene zu Regelungen kommen, die sehr viel konsequenter sind und die es uns ermöglichen, das Maß an Konspiration, durch das sich organisierte Kriminalität und Terrorismus auszeichnen, zu erkennen und wirkungsvoll zu bekämpfen.

Die Verflechtungen können vielfach nur dann aufgebrochen werden, wenn aussagewilligen Beteiligten ein Anreiz zur Kooperation geboten wird. Das geltende Recht bietet insofern nur in Teilbereichen positive gesetzliche Handhaben. Deswegen begrüßt meine Fraktion ausdrücklich das zweite Sicherheitspaket von Bundesinnenminister Otto Schily, nach dem die alte **Kronzeugenregelung**, die gegen unseren Widerstand 1999 ausgelaufen ist, wieder eingeführt werden soll. Der niedersächsische Justizminister Professor Pfeiffer - auch er gehört einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung an - hat sich schon als Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen gegen die Abschaffung und für die Reform der Kronzeugenregelung ausgesprochen. Am Freitag hat er einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem er Folgendes feststellt:

„Wir brauchen dringend eine neue Regelung, die den Umgang mit der Mitwirkung nicht nur von Mittätern und Mithelfern, sondern auch von Mitwissern bei der Aufdeckung schwerer Straftaten regelt, an die man auf andere Weise nicht herankommt. Darum sprechen wir von Aufklärungshilfe, nicht mehr von Kronzeugen. Wer Mitwisser oder Mittäter aufdeckt, muss aber wissen: Lügen haben kurze Beine.“

(Holger Astrup [SPD]: Wie groß sind Sie, Herr Kollege?)

(Dr. Johann Wadephul)

Deswegen fordere ich Sie auf: Unterstützen Sie auch im Bundesrat diese Gesetzesinitiative. Die Sozialdemokraten und - das überrascht mich ein wenig - selbst die Grünen auf Bundesebene sind schon sehr viel weiter. Wir brauchen in diesem Bereich die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen auch den **Fingerabdruck im Personalausweis** derjenigen, die nach Schleswig-Holstein beziehungsweise nach Deutschland kommen wollen und im Ausland ein Visum beantragen. Nur so ist eine Identitätsfeststellung möglich, wenn die Personaldokumente - das ist häufig der Fall - nicht mehr vorhanden sind.

An dieser Stelle - wie an vielen anderen - wird immer wieder der **Datenschutz** als Hindernis angeführt. Deswegen möchte ich dazu etwas Grundsätzliches bemerken.

Wir sind stolz auf das, was wir an informationeller Freiheit in Deutschland gewährleisten. Wir stehen zu dem Datenschutz, den wir in Deutschland auf einem Niveau gewährleisten, das man in anderen freiheitlichen Demokratien dieser Welt nicht findet. Aber ich sage genauso: Nur wer diesen Staat und seine Freiheit wehrhaft verteidigt, kann sich einen solchen Datenschutz leisten. Datenschutz ist wichtig. Er darf aber unter keinem Aspekt zum Täterschutz werden. Deswegen gibt es hier neue Prioritäten.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo ist er das jemals geworden?)

Wir müssen auch in diesem Land zu neuen gesetzlichen Regelungen kommen. Daher haben wir zur heutigen Debatte noch einmal unsere Gesetzesinitiative zur so genannten **Schleierfahndung**, zu verdachtsunabhängigen Kontrollen im Lande eingebracht.

Nachdem die Grenze zu Dänemark keine Schengen-Außengrenze mehr ist, wäre es eigentlich Ihre Aufgabe gewesen, Herr Innenminister, in diesem Bereich initiativ zu werden. Unsere Landespolizei hat - im Gegensatz zum Zoll und zum Bundesgrenzschutz - nicht die Möglichkeit, entlang den Fernstraßen, an den internationalen Verkehrsknotenpunkten Schleswig-Holsteins tätig zu werden.

Wer auf die Fahndungserfolge der letzten Tage blickt, insbesondere die interessanten Erkenntnisse und Funde, die der Zoll in Lübeck, was Waffen angeht, gemacht hat, muss feststellen: Unsere Landespolizei - das ist eine alte Forderung der Gewerkschaft der Polizei und der Deutschen Polizeigewerkschaft - braucht die notwendigen gesetzlichen Handhaben, um

die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Lande zu gewährleisten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die hat sie doch!)

Deswegen fordere ich Sie auf: Machen Sie endlich den Schritt und stimmen Sie unserer Gesetzesinitiative zu, damit es auch in Schleswig-Holstein verdachtsunabhängige Kontrollen geben kann, die in anderen Bundesländern mit viel Erfolg praktiziert werden.

(Beifall bei der CDU)

Unter dem Deckmantel der Ereignisse des 11. September 2001 wollen Sie jetzt auch endlich etwas für die **Landespolizei** tun. Das begrüßen wir; denn das ist bitter notwendig. Sie sehen sich einer neuen Konkurrenz aus der Freien und Hansestadt Hamburg ausgesetzt.

An der Stelle möchte ich etwas zu Ihren gestrigen Äußerungen, Frau Ministerpräsidentin, sagen. Die mangelhafte Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern haben wir in diesem Hause vielfach kritisiert. Sie haben sich gestern zu einer neuen Äußerung hinreißen lassen. Ihr Umgang mit Parteifreunden - ich denke nur an den Autismusausspruch in Bezug auf Rudolf Scharping - ist nicht unsere Angelegenheit.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber wenn Sie den künftigen Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Ole von Beust, öffentlich dumm und naiv schelten, dann widerspricht das den schleswig-holsteinischen Interessen. Sie sollten an dieser Stelle zusammenarbeiten und nicht erste Persönlichkeiten dieser Hansestadt öffentlich verunglimpfen.

(Renate Gröpel [SPD]: Was machen die denn?)

Das ist nicht gut für unser Land.

(Beifall bei CDU und FDP - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stehen Sie erst einmal positiv zu Ihrer eigenen Ministerpräsidentin!)

- Ich habe vorhin schon etwas Positives gesagt, Herr Kollege. Übertreiben sollten wir es an dieser Stelle auch nicht.

Das, was jetzt im Bereich der Polizei geplant ist, was Sie machen wollen, wird der Situation unserer Landespolizei noch nicht ganz gerecht. Ich verweise auf einen Artikel der „Norderstedter Zeitung“ vom 4. Oktober. Darin hat ein Vertreter der Polizeigewerkschaft gesagt: Für diese Personal- und Sachausstattung - gemeint ist unsere Landespolizei - würde sich eine Bananenrepublik schämen.

(Dr. Johann Wadephul)

Das ist auf den Punkt gebracht der Erfolg Ihrer Politik im **Bereich der inneren Sicherheit** der letzten Jahre. Sie wollen jetzt 100 Anwärter neu einstellen und ausbilden. Es wird einige Jahre dauern, bis sie der Landespolizei zur Verfügung stehen, bis wir sie im Lande endlich einsetzen können. Sie haben seit 1996 über 200 Stellen in diesem Bereich abgebaut. 100 Schutzpolizisten werden im Bereich der Kriminalpolizei eingesetzt. Ihre Politik der inneren Sicherheit in den letzten 13 Jahren ist eine Aneinanderreihung von Versäumnissen und von Fehlern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deswegen sage ich Ihnen an dieser Stelle: Wenn Sie jetzt umkehren wollen, wenn Sie uns, wie mit Ihrer Beschlussfassung gestern im Kabinett - das sind ausnahmslos Anträge und Vorschläge der CDU - jetzt endlich folgen wollen, dann bieten wir der sozialdemokratischen und auch der grünen Fraktion durchaus eine ernsthafte Mitwirkung und eine Diskussion über die Situation des Haushalts in Schleswig-Holstein an. Aber eines sage ich auch so klar: Das Geld für die innere Sicherheit muss bereitgestellt werden. Aber um die ernste Situation des 11. September auszunutzen, um Ihre unverantwortliche Verschuldungspolitik in diesem Land fortzusetzen, dazu reicht die CDU nicht die Hand.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen setzen wir darauf, dass Sie zu einer besseren Einsicht fähig sind, dass Sie den Ernst der Lage nach dem 11. September erkennen, dass Sie erkennen, in welchen Bereichen Justiz und Landespolizei schlecht ausgestattet sind. Wir setzten darauf, dass Sie endlich auf unsere besseren Argumente hören und dass wir in einem guten parlamentarischen Dialog dafür sorgen können, dass Landespolizei und Justiz besser ausgestattet werden und dass es endlich zu mehr Sicherheit in Schleswig-Holstein kommt.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zur Berichterstattung erteile ich jetzt der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Wadephul, wenn es Sie beruhigt: Sie dürfen gerne auch im Jahre 2010 vor mir als Oppositionspolitiker reden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor gut fünf Wochen wurden wir Zeugen eines kaltblütig geplanten Anschlags, wie wir ihn uns bis dato nicht vorstellen konnten. Es ist nicht nur die Anzahl der Opfer, die uns erschüttert, es ist auch der heimtückische Charakter der Tat, der uns allen eine neue schreckliche **Dimension des Terrors** offenbart hat. „Die Welt ist seit dem 11. September 2001 nicht mehr wie vorher“. - Wie oft haben wir diesen Satz in der vergangenen Zeit gehört, gelesen oder auch selber gesagt?

(Lothar Hay [SPD]: Viele haben ihn leider noch nicht verinnerlicht!)

Erst allmählich verstehen wir, wie tief und umfassend unser aller Leben von diesen Ereignissen getroffen wurde. Die Anschläge in New York und Washington waren ein gezielter Angriff auf die Grundfesten der Zivilisation und auf all die Werte, die sich Menschen über Jahrhunderte erkämpft haben, nämlich Freiheit, Menschenrechte, Sicherheit, Unversehrtheit und Wohlstand. Diese Angriffe haben fast überall zur engen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition geführt. Die Menschen haben das mit Wohlwollen entgegengenommen.

Wenn wir unsere **Werte** bewahren wollen, müssen wir uns mit aller Entschlossenheit Osama bin Laden und seinen fanatischen Anhängern entgegenstellen. Wir müssen eigene Konzepte entwickeln. Es ist klar, dass die Opposition andere Konzepte hat als die Regierung. Aber darüber, ob der Ton in der Auseinandersetzung der gleiche bleiben kann, muss man sich Gedanken machen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir verstehen die **Luftangriffe der USA** auf Strukturen des terroristischen Netzwerkes bin Ladens in Afghanistan und auf Einrichtungen des Taliban-Regimes als notwendigen Teil der Reaktion auf diesen Terror, der übrigens gegenüber der eigenen Bevölkerung schon vor dem 11. September angefangen hat - wenn man Bildern und Berichten glauben darf -, zum Beispiel durch die öffentliche Hinrichtung einer Frau durch Genickschuss in einem Fußballstadion.

Doch militärische Maßnahmen können nur die Ultima Ratio der Politik sein. Dauerhaften Frieden und Stabilität bringt das nicht. Die internationale Staatengemeinschaft muss jetzt daran arbeiten, politische Konzepte für die Zukunft zu entwickeln, humanitäre Hilfe zu leisten, demokratische Kräfte in der Region zu unterstützen und über die eigene Rolle in der Vergangenheit und in der Zukunft nachzudenken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Auf lange Sicht muss es gelingen, die **Armut** in den Ländern der so genannten Dritten Welt zu besiegen, damit der Terrorismus nicht immer wieder einen Resonanzboden findet. Wir wissen, dass die Attentäter nicht aus der Armutsklasse kamen, sondern aus der Mittelstandsklasse. Aber die Zustimmung, die sie von den verarmten Massen bekamen, konnten sie in ihren wirren Hirnen als Zustimmung für ihre Taten betrachten. Wir müssen versuchen, diesen Boden auszutrocknen.

Bei allen Diskussionen muss eines klar sein: Es geht nicht um einen Kampf des Westens gegen den Islam. Dem **internationalen Bündnis gegen den Terror** haben sich auch viele islamische Staaten angeschlossen. Sie verurteilen diese Verbrechen ebenso wie die westlichen Länder. Sie wollen genauso mit ihren Nachbarn in Frieden leben, egal, welcher Religion sie angehören, welche Hautfarbe sie haben, welcher Nation sie angehören, so wie wir das wollen. In Deutschland leben moslemische Bürgerinnen und Bürger seit vielen Jahren friedlich mit uns zusammen: als Nachbarn, Arbeitskollegen, Mitschüler und Freunde. Dieses Zusammenleben dürfen wir jetzt nicht durch Angst, Vorurteile und pauschale Verdächtigungen zerstören lassen. Dazu gehören Mut und die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen: bei Moslems, Christen und Menschen jüdischen Glaubens, bei Menschen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind, bei Deutschen.

Wenn es gelingen soll, den Terrorismus zu bekämpfen und auszuschalten, müssen weltweit alle Anstrengungen unternommen und weiter als bisher aufeinander abgestimmt werden. Das gilt für die Zusammenarbeit in der EU genauso wie für die Zusammenarbeit zwischen den Diensten Amerikas und anderer Länder, die sich der Antiterrorfront angeschlossen haben.

Die **Bundesregierung** hat unmittelbar nach den Anschlägen von New York und Washington in den Haushalt 2002 3 Milliarden DM zusätzliche Mittel für die Terrorismusbekämpfung eingestellt. Über die Finanzierung streiten sich einige. Ich darf aber daran erinnern, was die damalige Regierung zur Finanzierung des Golfkriegs vorgeschlagen hat. Das klingt sehr ähnlich wie das, was die jetzige Regierung vorschlägt. Deswegen können wir uns den Streit an dieser Stelle sparen und uns über die Inhalte unterhalten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Zusätzlich wurde ein **erstes Sicherheitspaket** beschlossen, mit dem die Flugsicherheit weiter verstärkt und das Religionsprivileg im Vereinsgesetz aufgehoben werden. Gleichzeitig wurde ein neuer § 129 b in das Strafgesetzbuch eingeführt, der es erlaubt, terroristische Aktivitäten im Ausland auch in Deutschland

strafrechtlich zu verfolgen. Diesen Schritten hat Schleswig-Holstein im Bundesrat zugestimmt.

Ein weiterer Punkt des Sicherheitspaketes ist der **automatisierte Datenabgleich**, die so genannte Rasterfahndung. Den wird der Landtag in dieser Tagung hoffentlich verabschieden. Damit haben die Sicherheitsbehörden auch bei uns alle Möglichkeiten der Ermittlung und des Informationsaustauschs mit anderen Landeskriminalämtern und dem Bundeskriminalamt.

Die Sicherheitslage nach den Terrorattentaten hat sich auch in Deutschland verschärft. Die Sicherheitsmaßnahmen von Bund und Ländern wurden nach dem Beginn der Laufangriffe in den Vereinigten Staaten noch einmal intensiviert. Dennoch glaube ich mit einer gewissen Gelassenheit sagen zu können: Es besteht für die Bürgerinnen und Bürger kein Anlass zur Panik. Was mir Angst macht, das sind die Trittbrettfahrer, die versuchen, Unruhe zu stiften. Die sollten wir mit aller Härte verfolgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurzeit liegen keine konkreten Hinweise auf geplante terroristische Anschläge in Deutschland oder eine Bedrohung durch biologische Waffen vor. Dennoch wäre es unehrlich, so zu tun, als ob wir absolute Sicherheit garantieren könnten. Die Landesregierung wird mit anderen Landesregierungen und der Bundesregierung alles unternehmen, um die Bürgerinnen und Bürger und gefährdete Gebäude und Einrichtungen, soweit es nur geht, zu schützen.

Deshalb hat das Kabinett gestern ein **Sicherheitspaket für Schleswig-Holstein** beschlossen, mit dem wir rund 13 Millionen € zusätzlich für die innere Sicherheit und Terrorismusbekämpfung zur Verfügung stellen wollen. Der Innenminister wird Ihnen die einzelnen Punkte gleich vorstellen.

Ein zentraler Punkt unseres Paketes ist es, die **Arbeit des Verfassungsschutzes** zu stärken, der übrigens überall zurückgefahren worden ist - egal, welche Partei die Regierung gestellt hat -, weil wir nach dem Wegfall des eisernen Vorhanges der Meinung waren, die Sicherheitslage ist so, dass man das verantworten kann.

Angesichts der weltweit präsenten, verdeckt und dezentral agierenden terroristischen Bedrohung ist allerdings jetzt die Erkenntnis wieder bei allen da, dass nachrichtendienstliche Informationsgewinnung von großer Bedeutung ist. Natürlich wird sich bei der Arbeit des Verfassungsschutzes auch eine Abteilung beziehungsweise eine Gruppe mit dem Islam beziehungsweise der islamistischen Bedrohung und terrori-

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

stischen Gruppen beschäftigen müssen. Das ist leichter gesagt als getan. Dazu gehören Sprachkenntnisse, intime Kenntnisse der Religion und das Beurteilungsvermögen, das eine vom anderen unterscheiden zu können, ob es wirklich um Religionsausübung geht oder ob es schon eine Bedrohung ist, die dort in bestimmter Religionsform vorgetragen wird.

Wir müssen den Blickwinkel der Arbeit, die der Verfassungsschutz hat, überdenken und Schwerpunkte neu ausrichten. Es ist nicht genug, mehr Geld und Personal zur Verfügung zu stellen. Auf eine neue Herausforderung mit den alten Antworten zu reagieren, ist falsch. Wir brauchen andere Strategien und andere Methoden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir sollten vielleicht auch die Meinung des Datenschützers ernst nehmen. Ganz ohne Grund schreibt er so etwas nicht auf.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ziel ist eine **bessere Informationsgewinnung und -verarbeitung**, ein effizienter Informationsaustausch und eine stärkere fachliche Zusammenarbeit aller mit Sicherheit beauftragten Behörden. Wir werden prüfen, ob und wie wir die rechtlichen Rahmenbedingungen verändern können, ohne dass rechtsstaatliche Grundsätze auf der Strecke bleiben. Die Entscheidung darüber, wie die Verstärkung im Verfassungsschutz organisatorisch umgesetzt wird, wird zurzeit geprüft und wird dann in entsprechender Form bekannt gegeben. Darüber hinaus werden wir die Landespolizei, den Katastrophenschutz und die Justiz personell und mit Sachmitteln verstärken.

Wir haben **Katastrophenschutz- und Alarmplanung** der terroristischen Bedrohungssituation anzupassen. Für künftige Maßnahmen zur Abwehr gesundheitlicher Gefahren im ABC-Bereich wird unter Federführung des Amtes für Katastrophenschutz eine Expertengruppe aus Mitgliedern der Feuerwehren, der Sanitätsorganisationen, der Ärzte und der Wissenschaftler gebildet und wir werden in der Arbeitsgruppe und dem Arbeitsstab mitarbeiten, den die Bundesregierung beim Robert-Koch-Institut angemeldet hat, und natürlich auch eng mit der Bundeswehr zusammenarbeiten. Auftrag der Arbeitsgruppe wird es sein, Szenarien möglicher Einsätze von atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen zu entwickeln. Auf ihrer Grundlage sollen dann der Katastrophenschutz, die vorhandene Ausstattung und der gegenwärtige Stand der Ausbildung auf notwendige Verbesserungen hin untersucht werden. Wir erwarten da Hilfe von der Bundesinformationsstelle im Robert-Koch-Institut, weil dort die

Fachleute sitzen, die sich seit Jahren damit beschäftigt haben.

Ich darf mich ausdrücklich bei Admiral Leder bedanken, der uns die Zusage gegeben hat, dass die Bundeswehr mit ihren besonders geeigneten Spürfahrzeugen „Fuchs“ dem Land jederzeit zur Verfügung steht, sollte es eine akute Bedrohung geben.

(Beifall)

Der Schutz der Bevölkerung vor ABC-Kampfmitteln ist allerdings Sache des **Zivilschutzes**, für den der Bund zuständig ist. Hier erwarten wir Hinweise, Anregungen und auch Investitionen, die wir dann in unsere Konzepte integrieren werden. Diese Aufgabe können die Länder allein nämlich nicht meistern.

Das Bundesministerium des Innern wird den Ländern in Kürze ein **zweites Anti-Terror-Paket** vorstellen. Darin sollen auch Regelungen über die Aufnahme von Fingerabdrücken sowie die Herstellung von Kopien der Pässe bei der Visumsbeantragung enthalten sein. Die Landesregierung wird solche Maßnahmen unter rechtsstaatlichen Kriterien, insbesondere dem Gebot der Verhältnismäßigkeit, und den Erfahrungen, die wir damit machen, ob wir nämlich die Nachrichten und Informationen, die wir brauchen, kriegen, genau prüfen.

Das gilt übrigens auch für die **Kronzeugenregelung**, die im Moment sehr lebhaft diskutiert wird. Meine Damen und Herren von der Opposition, die von Ihnen geforderte Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Kronzeugenregelung im Kernbereich der organisierten Kriminalität und des Terrorismus liegt dem Bundestag mit einem bayerischen Vorschlag aus dem Bundesrat vor. Ebenso hat Niedersachsen einen Gesetzentwurf vorgelegt. Sie sehen, hier gibt es durchaus Berührungen zwischen den Parteien in dem Versuch, richtige Antworten zu finden, der nicht nur für Mittäter, sondern auch für Mitwisser eine Strafmilderung vorsieht.

Außerdem gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, die Zusammenarbeit eines Verdächtigen mit Ermittlungsbehörden auch in terroristischen Zusammenhängen als Strafmilderungsgrund anzuerkennen. Unter Fachleuten gibt es erhebliche Zweifel, ob sich dieses Instrument für religiöse Fanatiker eignet. Wer bereit ist, sein eigenes Leben zu opfern, wird sich eine derartige Zusammenarbeit bei dem Angebot einer Strafmilderung unter Umständen nicht überlegen. Aber aus dem weiteren Umfeld könnte unter Umständen der eine oder andere Beweis kommen, gerade von denjenigen, die Wohnungen angemietet haben, Telefon-, Gasrechnungen und so weiter bezahlt haben.

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Wir haben es allerdings - da dürfen wir uns nichts vormachen - mit Menschen zu tun, die für ein Heilsversprechen bereit sind, im Jenseits zu sterben. Rechtliche Strafe, westliche Gesetzgebung interessiert sie nicht oder nur so lange, wie sie ihre Ziele damit erreichen können. Die Frage ist also, ob sich solche Menschen wirklich durch eine geringere Strafe zur Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden bewegen lassen, und diese Frage kann keiner von uns abschließend beantworten. Die alte Kronzeugenregelung ist sicher kein geeigneter Weg, die abgeschotteten Strukturen innerhalb der terroristischen und organisierten Kriminalität aufzubrechen. Aber über **Strafmilderung** durch das Strafgericht **bei Mitarbeit** kann sehr wohl nachgedacht werden. Wir werden deshalb zunächst die Vorlage des Referentenentwurfs abwarten und uns dann sehr sorgfältig mit der Vorlage befassen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Umgang mit der neuen Bedrohungslage gibt es keine Patentrezepte. Wir stehen alle vor noch nie da gewesenen Situationen und müssen uns etwas Neues überlegen, das schnell wirkt, das auch Sicherheit nach außen verspricht und das wirksam ist. Die aktuelle Diskussion um innere und äußere Sicherheit, um Regeln für eine zukünftige Zuwanderung oder den **Umgang mit Bürgerdaten und Bankgeheimnis** sind dabei nur ein Anfang. Die Landesregierung ist grundsätzlich bereit, bei der Frage des Bankgeheimnisses mitzuarbeiten, um internationale Geldströme aufzuzeigen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Die Empörung mancher, die sagen, auf diese Art und Weise könnten Steuerhinterziehungen entdeckt werden, verstehe ich nicht ganz, denn Steuerhinterziehung ist ein Offizialdelikt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber wir dürfen jetzt nicht der Versuchung nachgeben, Sicherheit und Freiheit gegeneinander auszuspielen. In diesen Tagen sind ein kühler Kopf und besonnene Entschlossenheit gefragt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das internationale Bündnis gegen den Terror zeigt, dass wir nicht wollen, dass dies mit Nachgiebigkeit verwechselt wird, aber unser demokratischer Rechtsstaat darf dabei nicht unterhöhlt werden oder auf der Strecke bleiben. Den Rechtsstaat nicht zu Tode schützen - das ist die Devise eines wirksamen Konzeptes gegen internationalen Terrorismus.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Wadephul, wenn Sie der Meinung sind, ich hätte Herrn von Beust zu scharf angefasst, kann ich Ihnen nur sagen: Der Vorschlag, auffällige Kinder und Jugendliche, schwierige Kinder in geschlossene Heime zu stecken und sie nach Schleswig-Holstein abzuschicken, ist dumm oder naiv. Dabei bleibe ich.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich darf mich ausdrücklich für die von Ihnen zum Ausdruck gebrachte Bereitwilligkeit bedanken, mit uns zusammen die Herausforderung zu meistern, der wir jetzt alle gegenüberstehen, zum Wohle der Bürger, die das Gefühl haben, ihr subjektives oder objektives Sicherheitsbedürfnis wird von uns allen gleichermaßen ernst genommen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Ministerpräsidentin für die Berichterstattung und eröffne jetzt die Aussprache über die Tagesordnungspunkte 18 - Bekämpfung des Terrorismus -, 19 - innere Sicherheit - sowie über die Gesetzentwürfe unter den Tagesordnungspunkten 5 und 6.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

**Lothar Hay [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in der letzten Landtagstagung hatten wir uns mit den Folgen des furchtbaren Anschlags in den USA auseinander gesetzt. Ich hatte die Gelegenheit, dazu für die SPD-Fraktion zu sprechen. Vieles von dem, was ich bereits gesagt habe, werde ich nicht wiederholen, sondern ich werde einige neue Anmerkungen machen.

Und, Herr Kollege Wadephul: Für mich ist es nicht wichtig, wer als Erster redet, sondern für mich kommt es immer noch auf den Inhalt der Reden an.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle können nur hoffen, dass es sich bei den bekannt gewordenen Fällen von Milzbrand nur um Einzelfälle handelt. Die möglichen Auswirkungen eines breiten Einsatzes biologischer Waffen durch Terroristen führen mich persönlich an die Grenzen meines Vorstellungsvermögens.

(Lothar Hay)

Die Staatengemeinschaft muss sich gegen den Terror zur Wehr setzen. Oberstes Ziel: Weitere **Anschläge** wie die in den **USA** müssen in gemeinsamer Anstrengung aller friedliebenden Staaten verhindert werden. Nachdem der Weltsicherheitsrat festgestellt hat, dass die Anschläge auf New York und Washington eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen, ist auch militärisches Vorgehen gegen den **Terrorismus** nach dem Völkerrecht rechtmäßig.

Wir stehen zu den USA. Und so bitter die Erkenntnis ist: Kriege führen immer auch zu Toten unter der Zivilbevölkerung. Aber man muss sich auch die Frage stellen: Welche Alternative gäbe es denn? Für mich persönlich gibt es zu dem derzeitigen Handeln der USA und von Großbritannien keine Alternative. Ich glaube, dass Menschen verachtende Terroristen wie bin Laden Verhandlungen jetzt nur als ein Zeichen von Schwäche werten würden. Ich bin gegen jede Handlungsweise, die Terroristen als Ermunterung missverstehen könnten. Und ich hoffe, dass das Vorgehen gegen die Terroristen in Afghanistan schnell zum Ziel führen wird.

Unser Bundesaußenminister Joschka Fischer hat Recht mit seiner Einschätzung, dass sowohl Überreaktionen als auch Unterreaktionen gefährlich sein können. Aber - Frau Ministerpräsidentin Simonis hat darauf hingewiesen -: Militärische Aktionen alleine werden uns nicht den dringend notwendigen Frieden in diesem Teil unserer Welt bringen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch angesichts der ersten Milzbrandfälle in den USA ist und bleibt es wichtige Aufgabe der Politik, mit den Ängsten der Menschen angemessen umzugehen, sie aber nicht für eigene Ziele zu instrumentalisieren.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich glaube, dass das eine heikle Aufgabe ist. Aber daran wird sich auch messen, wie demokratische Parteien in unserem Land mit dem Thema innere Sicherheit und mit Menschen umgehen. Deshalb kann ich nur an alle appellieren: Kein Aktionismus, sorgfältiges Überprüfen jeder Maßnahme. Das ist aus meiner Sicht für die SPD-Fraktion der richtige Weg.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sagte schon: Man muss auf das notwendige Maß achten. Deshalb halte ich Überlegungen zum Einsatz der Bundeswehr, der ja von bestimmter politischer Seite gefordert wird, über die für Ausnahmefälle schon geregelten Möglichkeiten hinaus für vollkommen in-

diskutabel. Mit der SPD in Schleswig-Holstein ist das nicht machbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt das gestern vom Kabinett verabschiedete Sicherheitspaket. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen dazu dienen, den veränderten Anforderungen an die innere Sicherheit Rechnung zu tragen. Gleichzeitig soll insbesondere durch präventive Komponenten das Bedrohungsrisiko gesenkt werden, ohne dabei - das betone ich ausdrücklich - unverhältnismäßige Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger vorzunehmen. Bei jeder vorgeschlagenen Maßnahme sind die Sinnhaftigkeit und die Effektivität zu überprüfen. Aktionismus führt nicht zu mehr Sicherheit. Die Bewahrung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates muss unser Ziel auch bei terroristischen Angriffen sein. Das ist ein so hohes Gut; das dürfen wir uns nicht gefährden lassen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist der gewählte Mix aus Einstellung von zusätzlich 100 Anwärterinnen und Anwärtern sowie 97 weiteren Stellen in anderen Bereichen der richtige Weg, des Weiteren die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Abgeltung von Überstunden plus Beförderungsmöglichkeiten und Investitionen im Ausstattungsbereich. Dies ist der richtige Mix, um auf die veränderte Sicherheitslage zu reagieren. Hier werden nicht Mittel ziellos in unterschiedliche Bereiche gestreut, sondern es wird punktgenau versucht, in wichtigen Einzelbereichen von der Landespolizei über den Verfassungsschutz und den Katastrophenschutz bis hin zu den Gerichten und zum Strafvollzug Verstärkungen vorzunehmen.

Dass es bei der Umsetzung auch Schwierigkeiten geben wird, ist uns bewusst. Wir wissen, dass es schon in diesem Jahr trotz 3.000 Bewerberinnen und Bewerbern für den Polizeidienst nicht gelungen ist, die 220 Stellen, die besetzt werden könnten, zu besetzen. Besetzt wurden nur 210. Aber wir halten daran fest: Die Einstellungsvoraussetzungen für den Polizeidienst dürfen nicht verändert werden. Dies ist eine wichtige Aufgabe. Da darf man keine Abstriche bei Qualifikation und Eignung machen. Das würde sich später rächen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns auch darüber im Klaren, dass es, da alle Bundesländer und der Bundesgrenzschutz zusätzliche Stellen schaffen werden, eines intensiven Werbens für den Beruf des Polizisten und der Polizistin bedarf.

(Lothar Hay)

Aber ich denke, dies wird uns gemeinsam gelingen. Ich habe die Hoffnung, dass der Innenminister dies für das Land Schleswig-Holstein umsetzen wird. Nicht hinnehmbar ist allerdings die Absicht der neuen politischen Mehrheit in Hamburg, Polizisten in den Nachbarländern abzuwerben. Wenn dies der neue Stil der norddeutschen Zusammenarbeit sein soll, dann gute Nacht!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die SPD-Fraktion unterstützt die Anhebung der Nettokreditaufnahme in Höhe von 2,8 Millionen €, um die investiven Maßnahmen zur Stärkung von **Polizei** und **Katastrophenschutz** zu finanzieren. Die konsumtiven Personal- und Sachausgaben werden über Deckungsvorschläge des Finanzministers im Rahmen der Nachschiebeliste finanziert werden müssen. Hier gilt: Dieses Paket im konsumtiven Bereich ist durch Kürzungen zu finanzieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von **Verfassungsschutz**, Staatsanwaltschaften, Gerichten, aber vor allem auch bei der Polizei für ihren Einsatz bedanken. Noch nie war er so wertvoll wie in der Gegenwart.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wenn die CDU dem Paket jetzt mit dem Hinweis zustimmt, es bestehe fast ausschließlich aus ihren Forderungen,

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist die Wahrheit!)

dann kann ich nur sagen: Wir werden uns auch in Zukunft nicht daran hindern lassen, wenn es einen sinnvollen Vorschlag der CDU gibt, diesen mit zu übernehmen. Leider kommt das selten vor.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam alles tun, was sinnvoll und nötig ist, um Terroristen und „Schläfern“ in Deutschland die Möglichkeit für Planung, Vorbereitung und Durchführung von Anschlägen zu nehmen. Dieses Ziel sollte uns in diesem Hause einigen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Dr. Wadephul außerordentlich dankbar dafür, dass er den Antrag gestellt hat, den wir debattieren, und zwar nicht, weil ich glaube, dass er auch nur ansatzweise etwas mit der Bekämpfung des Terrorismus zu tun hat, der sich in den Anschlägen in New York und Washington oder in der Versendung von Milzbranderregern widerspiegelt. Der Antrag gibt uns aber Gelegenheit, mit ein wenig Besinnung die Terrorattacken zu betrachten, die Ursachen zu analysieren und uns darauf zu konzentrieren, effiziente Maßnahmen zu ergreifen, um Wiederholungen zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hierbei müssen wir ehrlicherweise eingestehen, dass es einen hundertprozentigen Schutz weder gegen Kriminalität noch gegen Terrorismus gibt. Diese Illusion sollten wir auch gar nicht erst nähren. Niemals in der Geschichte ist es einem auch noch so totalitären System gelungen, Attentate gänzlich zu unterbinden.

Wir müssen uns auch von der etwas schlichten Auffassung der Ministerpräsidentin verabschieden, die aus humanitären Gründen wichtige Bekämpfung des Hungers in der Dritten Welt sei eine wirkungsvolle Maßnahme zur **Terrorismusbekämpfung**. Ein Mensch wie Bin Laden ist Überzeugungstäter, der mit seinen Thesen von der Überlegenheit des Islams die gesamte andersgläubige Menschheit bekämpft, insbesondere Israelis und Amerikaner. Auf seinem Weg sind alle, auch Muslime, die ihn nicht unterstützen, seine Feinde, die er vernichten will. Bin Laden ist kein armer Mensch. Die Attentäter von New York und von Washington sowie ihre Helfershelfer kamen nicht aus Flüchtlingslagern oder Elendsvierteln.

Wer ein Konzept zur Terrorismusbekämpfung erarbeiten will, muss sich genau mit der Denkstruktur und den Entäußerungsformen der Terroristen auseinandersetzen und darf nicht Maßnahmen auf den Weg bringen, von denen nicht sicher zu beurteilen ist, ob sie nicht eher das Gegenteil dessen bewirken, was sie erreichen sollen.

(Beifall bei FDP, SSW und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kollege Wadephul, es gibt gegenwärtig kein Konzept zur Terrorismusbekämpfung, weil dessen Ursachen nicht ausreichend analysiert sind.

**(Wolfgang Kubicki)**

Eile scheint die erste Bürgerpflicht zu sein, wenn es darum geht, den Menschen möglichst schnell wieder das Gefühl der Unsicherheit zu nehmen. Selbstverständlich müssen wir das Gefühl der Menschen ernst nehmen, Herr Dr. Wadephul. Wir dürfen uns davon aber nicht anstecken oder sogar leiten lassen; denn Gefühle kommen aus dem Bauch. Verantwortliche Politik will aber mit dem Kopf gemacht werden, obwohl mir manche Äußerungen verantwortlicher Politiker in den letzten Tagen teilweise kopflos erscheinen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jeder einzelne Parlamentarier ist gehalten, in dieser Situation kühl zu differenzieren und sich nicht darin zu überbieten, wer die größeren Eingriffsbefugnisse für den Staat, die Polizisten, die Nachrichtendienste, die Staatsanwälte oder die Steuerfahnder schafft. „Staatsfeind Nummer 1“ sind nicht die Menschen unseres Landes - gleich welcher Herkunft -, sondern diejenigen, die die demokratische Grundordnung und die offene Gesellschaft mit den Eigenschaften Achtung, Toleranz und individuelle Freiheit bekämpfen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Terroristen - gleich ob die der RAF in den 70er-Jahren in Deutschland, eines Timothy McVeigh und seiner rechten Gesinnungsgenossen in Oklahoma/USA oder eines bin Laden in Afghanistan - denken in totalitären Strukturen. Sie brauchen „Fanale“, mediale Publizität für die eigene Legitimation, damit sie Angst und Schrecken erzeugen und Anarchie verbreiten oder aus ihrem Weltbild heraus die Unterdrückung der Menschen durch den Staat, das Kapital oder den industriell-militärischen Komplex dokumentieren können.

Der wirksamste Schutz einer freiheitlichen Gesellschaft gegen Terroristen ist es, diesem geschlossenen totalitären Weltbild die Werte unserer **freiheitlich-demokratischen Grundordnung** entgegenzusetzen, die ja in ihrem Kern auch Werte des Islam sind: Toleranz, Unabhängigkeit und gegenseitige Achtung.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen höllisch aufpassen, dass wir nicht Menschen in ein Raster zwängen, in das sie nicht gehören.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Timothy McVeigh, der in Oklahoma ein Gebäude in die Luft sprengte, war kein Moslem und die Mitglieder

der japanischen RAF, die einen Giftgasanschlag auf die Tokioter U-Bahn verübten, waren keine Araber.

Mich hat es merkwürdig berührt, dass Ministerpräsidentin Simonis in der Pressekonferenz, in der sie Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung vorstellte, auch davon sprach, sie wolle es nicht dulden, wenn Lehrerinnen moslemischen Glaubens in der Schule ein Kopftuch trügen. Unabhängig von der Frage, welches Bild hier eigentlich gezeichnet wird und wie viele Lehrerinnen moslemischen Glaubens wir in Schleswig-Holstein eigentlich haben, die so etwas vorhatten: Führt das Tragen von Kopftüchern zum Terrorismus?

(Unruhe)

- Ja, ich warne davor, etwas in einen Zusammenhang zu stellen, was nicht zusammengehört, weil wir damit Vorurteile in einer Art und Weise transportieren, die ich für extrem gefährlich halte.

(Beifall bei der FDP)

Damit komme ich unmittelbar zu Ihrem Antrag, Herr Kollege Dr. Wadephul. Die Behauptung in der Einleitung - interessanterweise wurde das übrigens heute von der Ministerpräsidentin wiederholt -, die Anschläge in den USA vom 11. September 2001 hätten die Sicherheitslage in der Welt tief greifend verändert, ist falsch. Wir schauen bei dieser Feststellung auf das Ergebnis, dass nach dem Einsturz von zwei Hochhäusern mehr als 5.000 Menschen den Tod gefunden haben. Aber das ist gar nicht der Ausgangspunkt. Ausgangspunkt sind die Flugzeugentführungen, von denen es weltweit Dutzende gab und gibt, von denen wir in Deutschland aber in den letzten 30 Jahren überhaupt keine hatten.

Die Anschläge haben uns allerdings zweierlei bewusst gemacht: Dass sich erstens die seit Anfang der 90er-Jahre allseits erkannte und beschriebene Gefahr von Terroranschlägen dieser Größenordnung erneut verwirklicht hat und dass zweitens trotz aller Rasterung, trotz des Einsatzes von Zehntausenden von Geheimagenten, trotz ungeheuren finanziellen Aufwandes und des massiven Einsatzes bestmöglicher Technik - ich erinnere nur daran, was die NSA mit Echolot alles machen kann - der weitere Anschlag vom 11. September 2001 nicht verhindert wurde.

Erinnern wir uns - das sage ich zur Belegung der These, dass sich die Sicherheitslage überhaupt nicht verändert hat -: Bereits Anfang der 90er-Jahre ist nur durch einen Zufall verhindert worden, dass die Katastrophe des Einsturzes der beiden Tower des World Trade Centers eintrat. Der Sprengstoffanschlag, der ebenfalls bin Laden zugeschrieben wurde, sollte einen der Tower derart zum Einsturz bringen, dass er auf den zweiten Tower fallen würde. Dem Attentäter

(Wolfgang Kubicki)

McVeigh gelang es Mitte der 90er-Jahre, ein Regierungsgebäude in Oklahoma in die Luft zu sprengen. Wiederum bin Laden zugerechnet werden Anschläge auf Botschaften der Vereinigten Staaten in Schwarzafrika Mitte der 90er-Jahre mit ebenfalls mehreren Hundert Toten.

Die Welt war gewarnt, die Sicherheitsbehörden der gesamten Vereinigten Staaten waren auf der Suche, nicht nur nach den Attentätern von Lockerbie. Deshalb ist auch die Behauptung, der Terrorismus habe eine neue, bislang unvorstellbare Dimension erreicht, jedenfalls in dieser apodiktischen Form unzutreffend. Die neue Dimension wird durch die Anzahl der beklagten Opfer bestimmt, nicht durch die Art und Weise der **Terroranschläge**.

Vor diesem Hintergrund möchte ich den Kolleginnen und Kollegen der CDU ausdrücklich sagen: Keine der von Ihnen im Antrag Drucksache 15/1259 vorgeschlagenen Maßnahmen hätte die Attentate in New York oder in Washington verhindert oder auch nur einen Beitrag dazu geleistet, den Attentätern rechtzeitig in die Arme zu fallen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Deshalb wird auch keine dieser vorgeschlagenen Maßnahmen dazu einen unmittelbaren Beitrag leisten, dass künftig terroristische Aktivitäten dieser Art und Weise unterbunden werden können. Das heißt nicht, Herr Kollege Wadephul, dass nicht die eine oder andere Maßnahme zur Verfolgung allgemein kriminalpolitischer Ziele sinnvoll ist. Das heißt nur, dass sie zur Bekämpfung des modernen Terrorismus nicht geeignet sind.

Im Einzelnen: Dass wir beim **Verfassungsschutz** ein Referat zur Beobachtung des islamistischen Extremismus brauchen, ist eine pure Selbstverständlichkeit. Diese Notwendigkeit bestand allerdings bereits vor dem 11. September 2001 und völlig unabhängig von den Terroranschlägen.

Wenn der Verfassungsschutzbericht des Jahres 2000 ausführt, dass 31.000 der in Deutschland lebenden Muslime Anhänger extremistischer Organisationen sind, muss es die Öffentlichkeit wundern, dass eine entsprechende Beobachtung nicht stattfindet und daran scheitert, dass entsprechende sprachkundige Mitarbeiter gar nicht zur Verfügung stehen.

Selbstverständlich müssen wir uns in diesem Zusammenhang fragen, ob die aus falsch verstandener Akzeptanz angeblich kultureller Eigenarten in den vergangenen Jahren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD vertretene Position, den Verfassungsschutz

abzuschaffen, moslemische Extremisten nicht zu beobachten, nicht bereits vor dem 11. September 2001 änderungsbedürftig gewesen wäre.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen - ich bin dankbar dafür, dass der Kollege Lothar Hay dies in der letzten Landtagstagung ebenso getan hat -, dass selbstverständlich derjenige, der hier lebt, und zwar unabhängig von der Frage, ob deutscher Staatsbürger oder noch nicht deutscher Staatsbürger, die verfassungsmäßige Ordnung zu beachten hat und dass der dann, wenn er dies nicht will, keinen Anspruch darauf hat, von eben dieser Verfassungsordnung geschützt zu werden.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Dies führt mich unmittelbar zu Punkt 2 des Antrages, nach dem Ausländer, die sich extremistisch und verfassungsfeindlich betätigen, ausgewiesen werden sollen. Es drängt sich doch geradezu die Frage auf, ob die Union zum Beispiel die PKK für eine extremistische und verfassungsfeindliche Organisation hält und jeden, der sich zu ihr auch nur bei Demonstrationen bekennt, zum Beispiel in die Türkei ausweisen will.

Sind die oppositionellen Gruppen, Herr Kollege Dr. Wadephul, die auf den Sturz des Ajatollah-Regimes im Iran hinarbeiten, extremistisch und verfassungsfeindlich oder sind es gar diejenigen, die den Sturz des afghanischen Taliban-Regimes betreiben? Muss Frau Ministerin Lütkes über ihr Engagement in der iranischen Kinderflüchtlingshilfe erneut und verschärft nachdenken?

Vielleicht sollten wir uns darauf verständigen, dass nur diejenigen, die Straftaten von nicht unerheblichem Umfang begangen haben, zwangsweise zum Verlassen des Landes aufgefordert werden sollten. Die Attentäter von New York und von Washington sind doch gerade nicht durch extreme oder verfassungsfeindliche Äußerungen aufgefallen.

Die Verstärkung des **Zivil- und Katastrophenschutzes** ist in jedem Fall zu begrüßen, weil Katastrophen erheblichen Ausmaßes allein durch die Naturgewalten die Menschen jederzeit bedrohen können. Allerdings eine Alarmplanung für alle denkbaren terroristischen Bedrohungsszenarien auszuarbeiten, ist doch eher zu viel des Guten. Ich will mich hierbei nicht mit dem im Kopf einiger Kollegen kursierenden Szenario eines Jumboabsturzes auf ein Kernkraftwerk beschäftigen, der durch Flugabwehrraketen verhindert werden soll. Wie wäre es mit dem Szenario einer Verseuchung

(Wolfgang Kubicki)

sämtlicher als Trinkwasserreservoirs dienenden Stauseen durch Bakterien oder durch Chemikalien, des Bodensees durch Bakterien, Chemikalien oder Ähnliches? Oder wie wäre es mit der Explosion eines Chemikaliertankers, der durch den Nord-Ostsee-Kanal fährt und unmittelbar vor der Holtenauer Schleuse liegt?

Wenn wir alle am Katastrophenschutz beteiligten Organisationen, Herr Kollege Dr. Wadephul, personell und sachlich so ausstatten sollen, dass sie einer solchen Katastrophe - unabhängig von ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit - gerecht werden, wird dies nicht nur den Landeshaushalt sprengen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das steht auch nicht in unserem Antrag!)

- Genau das steht in Ihrem Antrag drin: Diese Organisationen sind so auszustatten, dass sie einem entsprechenden Szenario gerecht werden können.

Eine Bundratsinitiative zur Wiedereinführung der **Kronzeugenregelung** in die Strafprozessordnung ist überflüssig, da die Bundesregierung - allen voran Bundesinnenminister Schily - die entsprechenden Maßnahmen bereits beschlossen hat. Allerdings mache ich keinen Hehl daraus, dass ich die Kronzeugenregelung für gänzlich ungeeignet halte, da sie das Rechtsstaatsprinzip in strafprozessualer Hinsicht massiv infrage stellt und eine Durchbrechung des Legalitätsprinzips darstellt, wobei sich der Staat in die Hand des Straftäters begibt, an dessen Angaben per se erhebliche Zweifel anzubringen sind.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Erfahrungen mit der Kronzeugenregelung alter Art haben zu ihrer Abschaffung geführt. Warum glaubt hier eigentlich jemand, dass die Neuauflage der Kronzeugenregelung gerade zur Bekämpfung derjenigen Terroristen geeignet ist, mit denen wir es vorliegend zu tun haben? Die Frau Ministerpräsidentin hat zu Recht gesagt: Wer sich selbst umzubringen bereit ist, wird weder die Sache noch Gleichgesinnte verraten.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich setze noch einen drauf: Wenn Herr bin Laden ein schlauer Mensch ist - er ist möglicherweise ein schlauer Mensch -, wird er das Instrument systematisch nutzen, um unsere Sicherheitsorgane in die falsche Richtung zu lenken.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es! Genau!)

Es ist sehr sinnvoll, sich als Kronzeuge anzubieten und unsere Sicherheitsbehörden mit etwas zu beschäftigen, was gar nicht up to date ist, um sich in anderen Bereichen schädlich oder gütlich zu halten.

Die amerikanischen Sicherheitsbehörden diskutieren momentan die Frage, ob die Versendung dieser wenigen Milzbranderreger möglicherweise ein Ablenkungsmanöver ist, um von größeren extremistischen Gewalttaten anderer Art abzulenken. Deshalb bitte ich, darüber nachzudenken, ob das wirklich ein Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus sein kann.

Die Abnahme von Fingerabdrücken bei der Beantragung von **Visa** im Ausland und die Kopie des Reisepasses sind bemerkenswerte Vorschläge in einer globalisierten Welt, weil diejenigen, die vorhaben, Straftaten in Deutschland zu begehen oder sie vorzubereiten, sich selbstverständlich um entsprechende Visa mit Fingerabdrücken im Reisepass im Ausland bemühen werden.

Gleiches gilt natürlich für Asylbewerber und eingeschleuste oder eingeschleppte Personen, von denen ich bisher noch nicht gehört habe, dass sie zuvor in einer deutschen Botschaft im Ausland vorstellig geworden sind.

Diese Maßnahme müsste im Übrigen europaweit vorgesehen werden, weil für den Schengener Raum so genannte Schengenvisa erteilt werden und deshalb die Franzosen, Belgier, Dänen und andere Entsprechendes unternehmen müssten. Sonst würde es keinen Sinn machen. Was ist mit denjenigen, die aus Ländern kommen, bei denen die Visapflicht wechselseitig nicht mehr gilt, beispielsweise aus den Vereinigten Staaten?

Was ist mit den Terroristen - davon soll es am 11. September 2001 auch welche gegeben haben -, die Deutsche mit arabischer Herkunft oder Franzosen mit algerischer Herkunft oder Briten mit pakistanischer Herkunft sind? Diese Maßnahme dient allem, nicht jedoch der Bekämpfung des Terrorismus.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir uns über jede Erhöhung der Bundesmittel für die Bereitschaftspolizei der Länder freuen, nicht nur über 43 Millionen DM, ist selbstverständlich. Ich würde mich auch freuen, wenn wir 150 Millionen DM bekämen. Allerdings wäre es sinnvoll, in Schleswig-Holstein eine zweite Einsatzhundertschaft vorzusehen angesichts der absehbaren Großlagen, die uns bevorstehen, nicht nur bei Castor-Transporten und rechts-extremen Demonstrationen, sondern auch bei den absehbaren Friedensdemonstrationen für Afghanistan bei anhaltenden Angriffen unserer amerikanischen Freunde auf afghanische Städte und Dörfer. In Schleswig-



(Wolfgang Kubicki)

Holstein gibt es bereits die ersten Ankündigungen von ASten der Universitäten - übrigens zu Recht; das will ich gar nicht bestreiten -, solche Großdemonstrationen organisieren zu wollen. Dies wird polizeiliche Großlagen auslösen, die beherrschbar sein müssen. Diese Demonstrationen wird es selbst dann geben, wenn die Grünen nicht dazu aufrufen sollen.

(Konrad Nabel [SPD]: Das glaube ich auch!)

Wem die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes am Herzen liegt - davon soll es in der Unionsfraktion auch einige geben -, der sollte alles unternehmen, um die sich bereits abzeichnende Hysterie

(Martin Kayenburg [CDU]: Na, na!)

bei der Beschreibung terroristischer Bedrohungslagen abzumildern. Bereits heute fliegen immer weniger Menschen mit fatalen Folgen für die Fluggesellschaften und die Flughafengesellschaften nebst anhängender Betriebe, für die Produktionsbetriebe von Flugzeugen, obwohl sich die Wahrscheinlichkeit einer Flugzeugentführung in Deutschland nicht erhöht hat. Schon heute kaufen die Menschen weniger langlebige Konsumgüter, weil - wie wir wissen - Furcht Attentismus erzeugt. Schon heute sind Gewerbeflächen in Hochhäusern nur noch schwer zu vermarkten - mit aller Konsequenz für die Bauwirtschaft, die gewerblichen Vermieter und die Banken.

Trittbrettfahrer, die mit der Furcht der Menschen vor terroristischen Aktivitäten ihre Scherze treiben, ob sie nun Papierschnipsel oder Waschpulver verschicken, sind schlimm genug. Politische Trittbrettfahrer, die mit der Behauptung einer Bekämpfung des Terrorismus alle diejenigen Maßnahmen schnell auf den Weg bringen wollen, denen sich eine freiheitliche Gesellschaft bei aller Vernunft in ruhigen Zeiten widersetzen würde, sind weitaus gefährlicher.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die „Zeit“ urteilte in ihrer Ausgabe vom 11. Oktober 2001, die jetzt von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmepakete machten aus Deutschland noch keinen Polizeistaat. Sie fügte an, allerdings benötigte ein Polizeistaat kaum zusätzliche Gesetze, er brauchte nur die derzeit geplanten massiv anzuwenden. Dies sollten wir immer im Auge behalten.

Für die FDP-Fraktion bleibt: Eine deutlich verbesserte Personal- und Sachmittelausstattung der **Polizei** und des Verfassungsschutzes, um die bereits bestehenden Möglichkeiten überhaupt zu nutzen, sind weitaus effektiver, als immer neue Möglichkeiten zu schaffen, für deren Anwendung weder das Personal noch die

Sachmittel in ausreichender Weise zur Verfügung stehen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind mit der Überweisung dieses Antrages und der anderen Anträge an den Innen- und Rechtsausschuss einverstanden. Wenn dies nicht erfolgen würde, hätten wir ansonsten diesen Placebo-Antrag der Union abgelehnt.

Ich gehe jetzt, obwohl Minister Buß noch nicht und die Ministerpräsidentin nicht ausreichend berichtet hat, die Geschäftsordnung das aber zwingend vorschreibt, zu dem Maßnahmenpaket der Landesregierung über. Ich will gar nicht auf die Begrüßungsorgie des Maßnahmenpakets 1 von Otto Schily eingehen - das haben wir hinter uns -, sondern auf das, was zur Bewältigung der Lage der inneren Sicherheit in Schleswig-Holstein vorgesehen ist nach dem, was wir gestern vernommen haben. Frau Ministerpräsidentin, das ist keine Reaktion auf den Terrorismus. Das ist eine Reaktion auf den Wahlsieg von Herrn Schill in Hamburg. Machen wir uns da nichts vor. Keine der Maßnahmen, die Sie einleiten, setzt Polizei, Verfassungsschutz und Katastrophenschutz sowohl personell als auch, was die Ausstattung mit Sachmitteln angeht, in die Situation, die bereits 1996 vorgeherrscht hat.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Sie machen nichts anderes, als den als Steinbruch missbrauchten Etat **innere Sicherheit** im Polizeihaushalt wieder auf ein Niveau aufzustocken, das deutlich unter dem des Jahres 1996 liegt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Landesregierung will 100 zusätzliche Anwärterstellen besetzen. Das ergibt nach Beendigung der Ausbildung 65 neue **Polizeibeamte**. Das reicht nicht aus. Wir brauchen zumindest über die nächsten Jahre 100 mehr Anwärterstellen, damit wir am Ende den benötigten Zuwachs von 200 Polizisten erreichen.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt gehen die Bewerberzahlen drastisch zurück. Von ehemals circa 3.500 Bewerbern sind es nur noch 2.700, die im Polizeidienst tätig sein wollen. Von den für 2001 aufgestellten 220 Anwärterstellen konnten sie 10 in Ermangelung ausreichend qualifizierter Bewerbungen nicht einmal besetzen.

Das ist die Situation, die sich verschärfen wird, weil wir jetzt bundesweit konkurrieren. Alle Bundesländer, nicht nur Hamburg, werden Abwerbung betreiben, Frau Ministerpräsidentin. Sie müssten Herrn Schily einmal sagen, er solle es unterlassen, für den BGS

(Wolfgang Kubicki)

systematisch und konsequent Polizeibeamte aus den Ländern abzuwerben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der ist nach Ihrer Diktion auch dumm und naiv.

Alle konkurrieren sozusagen um den gleichen Bestand an nicht wachsenden Bewerberzahlen, die nicht zunehmen, sondern eher abnehmen werden, wenn wir weiter so tun, als müssen alle Polizeibeamten jeden Tag damit rechnen, von Terroristen weggebombt zu werden. Sie wissen momentan gar nicht, was sie in Familien von Polizeibeamten auslösen, die Wochenenddienst schieben, in denen die Frauen Angst um ihre Männer haben, Angst, die emotional begründet ist, aber keinen rationalen Kern hat, die aber ständig geschürt wird, auch durch die Debatten, die wir heute führen. Sie wissen gar nicht, was Sie anrichten.

Meine Bitte ist: Erklären Sie den Menschen in Schleswig-Holstein, dass sich die Sicherheitslage nicht in Schleswig-Holstein derart dramatisch geändert hat, dass wir in Schleswig-Holstein nicht morgen mit einem Terroranschlag zu rechnen haben. Oder Sie werden erleben, dass Sie die erforderlichen Personen, die Sie brauchen - jedenfalls bei der Dotierung, die Sie gegenwärtig vorsehen -, gar nicht bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Bereits heute fallen zu viele Überstunden an. Nach einer Kleinen Anfrage meines Kollegen Hildebrand wurden bis September 2001 für das laufende Jahr 92.000 Überstunden mit knapp 3,1 Millionen DM vergütet. Ein mindestens gleich hoher, entsprechender Anteil, schätze ich, ist nicht vergütet worden, sondern wird in Dienstplanorganisationen versteckt, von denen Sie sagen, dass sie stattfinden,

(Günther Hildebrand [FDP]: Viermal!)

von denen wir aber hören, dass sie angesichts der bestehenden Personalsituation gar nicht umgesetzt werden können.

Rechnet man nur das letztes Jahresdrittel hinzu, kommt man bei einer Arbeitsbelastung, wie sie immerhin vor dem 11. September errechnet wurde, auf 148.000 Überstunden. Die kosten über 5 Millionen DM. Aufgrund des zusätzlichen Objekt- und Personenschutzes wird es eher noch mehr sein.

Es sollen zusätzliche Mittel für die Abgeltung von Überstunden bereitgestellt werden. Das muss wegen der größeren Arbeitsbelastung ohnehin gemacht werden. Weitere **Überstunden** können mit Freizeit gar nicht abgegolten werden.

Wie soll man bei diesen Voraussetzungen Nachwuchs für die **Polizei** gewinnen? - Ohne bessere Bedingungen

wird es schwierig, im Konkurrenzkampf der Länder um Bewerber für den Polizeidienst zu bestehen. Wir laufen eher Gefahr, dass Beamte von anderen Ländern mit Prämien abgeworben werden. Hamburg fängt schon an zu werben. Andere werden folgen. Man kann sich darüber streiten, ob das glücklich ist, aber: Es wird so sein. Darunter befindet sich - ich sagte es - der Bundesgrenzschutz.

Ich hoffe nicht, Herr Innenminister, dass wir in die absurde Situation kommen, dass ehemalige schleswig-holsteinische Polizisten die Drogenszene in Hamburg vom Hamburger Hauptbahnhof ins Hamburger Umland, also nach Schleswig-Holstein, drängen, wo gerade diese Beamten wieder fehlen werden.

Bisher sind für die Durchführung der repressiven Rasterfahndung gerade einmal vier Beamte vorgesehen. Die GdP schätzt den Bedarf auf 20 zusätzliche Stellen. Für die Umsetzung der präventiven Rasterfahndung, für die auch die entsprechende EDV und die dazugehörigen Programme benötigt werden, die wir gegenwärtig gar nicht haben, wollen Sie zwölf Mitarbeiter mehr einstellen. Das ist nach unserer Auffassung von vornherein zu wenig, zumal der Abgleich der Daten mit den regionalen Verwaltungen überhaupt nicht funktioniert. Dies sagen Sie selbst, dass sie oftmals gar keine kompatiblen Systeme haben. Der **Verfassungsschutz** erhält mit sechs Stellen eine Arbeitseinheit „Islamismus“ und es wird mit sechs Stellen eine zweite Observationsgruppe eingerichtet. Vor dem Hintergrund des eigenen Verfassungsschutzberichts ist es - ich sagte es bereits - eher verwunderlich, dass dies erst jetzt geschieht. Herr Innenminister, ich fand es bemerkenswert, dass Sie der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit erklärt haben, dass Sie nur eine Observationsgruppe besitzen. Das wusste bisher keiner. Wir Fraktionsvorsitzende, die auch in der PKK sitzen, haben dies immer geheim gehalten. Sie müssen einmal darüber nachdenken, was Sie mit so einer Information der Öffentlichkeit gegenüber dokumentieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Im **Justizbereich** wollen Sie ganze sechs neue Stellen bei den Staatsanwaltschaften besetzen. Bei den Gerichten gibt es drei neue Strafrichterstellen. Frau Ministerin, das sind Forderungen, die wir in der Vergangenheit bereits erhoben haben, als es die Terroranschläge überhaupt noch nicht gab. Sie wollen doch niemandem im Ernst erzählen, dass Sie sechs Staatsanwälte brauchen, um mögliche terroristische Aktivitäten strafrechtlich zu verfolgen, und dass Sie drei weitere Strafrichter brauchen, um terroristische Aktivitäten abzuurteilen. Das ist nichts anderes als das

(Wolfgang Kubicki)

Nachvollziehen der Versäumnisse der Vergangenheit, die wir laufend beklagt haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Kollege Lothar Hay, wir sagen ausdrücklich: Wir sind dagegen, dass wir nun den „polizeilichen Volkssturm“ zur Terrorismusbekämpfung aufrufen und Anwärter und über 60-Jährige aufrufen. Wir werden beantragen, das „Konversionsprogramm“, das seit 1996 auf dem Tisch liegt, umzusetzen, und Polizei- und Vollzugsbeamte freizusetzen, indem man Angestellte einstellt. Hier können wir auf einen Schlag 140 Stellen schaffen. Wir werden versuchen, dieses Programm haushaltstechnisch umzusetzen. Damit ist für die Polizei in Schleswig-Holstein mehr getan als durch den Maßnahmenkatalog der Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden sehr sorgfältig darauf achten, ob der Paradigmenwechsel, der sich in den vollmundigen Ankündigungen widerspiegelt, auch den Fakten entspricht. Angesichts der Metamorphose der Grünen würde es dann heißen: Aus dem Biotopkataster machen wir ein Menschenraster; statt Beobachtung der Wale observieren wir Muslime alle. Wir wollen mehr Grüne - allerdings nur bei der Polizei. Das möchte ich ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Zur **Schleierfahndung** will ich mich gar nicht weiter äußern, weil die Diskussion, die die Union hier einführt, derart absurd geworden ist. Herr Kollege Geißler, Sie müssen selbstverständlich die verdachtsunabhängigen Kontrollen - wenn dies ein Beitrag zur Terrorismusbekämpfung sein sollte - flächendeckend im ganzen Land fordern. Das machen Sie gerade nicht, weil Sie mir selbst sagen, „Meck-Pom“ habe das versucht und sei kläglich gescheitert. Im Übrigen ist der von Ihnen eingebrachte Antrag eine Einschränkung des Antrages, den der Kollege Schlie vor einigen Jahren eingebracht hat, denn der wollte noch 10 km vom Nord-Ostsee-Kanal entfernt eine entsprechende Schleierfahndung durchsetzen. Das haben Sie jetzt vergessen. Wir müssen die Terroristen auch am Nord-Ostsee-Kanal bekämpfen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das steht im neuen Antrag!)

Herr Kollege Wadephul, das Beispiel, das Sie herangezogen haben, nämlich den Waffenfund des Zolls in Lübeck, war kein Erfolg einer verdachtsunabhängigen Kontrolle. Dies war der Erfolg einer Fahndungsmaßnahme, die auf einem Verdacht beruhte. Ich sage noch einmal: Polizeibeamte, die heute erklären, dass sie nicht in der Lage wären, eine Polizeikontrolle durch-

zuführen und ein Verkehrsfahrzeug mit seinen Insassen zu kontrollieren, weil sie sich mangels Ermächtigungsgrundlage des Landesverwaltungsgesetzes daran gehindert wähnen, lade ich zu einem Vier-Augen-Seminar von 10 Minuten ein. Ich kann Ihnen sagen: Sie können das machen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Wir brauchen diese Geschichte einfach nicht. Sie ist eher ein Hindernis auf dem Weg zur europäischen Integration als ein Fortschritt. Meine Fraktion hat mir aus meiner Rede herausgeschnitten, was ich eigentlich dazu sagen wollte, nämlich warum es auch sinnvoll ist, einmal nicht verdachtsunabhängig kontrolliert zu werden. Herr Kollege Wadephul, das mache ich einmal privatissime mit Ihnen.

Zur **Rasterfahndung**! Ich habe in der letzten Landtagstagung erklärt, dass sich meine Fraktion dazu bereit erklären kann, der Rasterfahndung trotz des Glaubens, dass sie erfolglos sein wird, zeitlich begrenzt zuzustimmen, um herauszufinden, ob etwas geschieht oder nicht. Wir haben seit 1992 die repressive Rasterfahndung. Herr Kollege Minister, vielleicht könnten Sie uns erklären, wie häufig sie angewandt wurde und mit welchem Erfolg. Sie müssen uns das nicht durch „Zeichen setzen“ erklären, einen Daumen hoch, sondern dadurch, dass dies ein dramatischer Misserfolg gewesen ist. Das sieht bei Herrn Schill und anderen aus wie ein Erfolg. Wir haben vorgeschlagen und bitten auch darum, dass wir uns bei den Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss noch einmal über die Frage der zeitlichen Befristung und vor allen Dingen darüber unterhalten, welche rechtsstaatlichen Mindestanforderungen wir einziehen müssen. Ich glaube, dass es einem Redaktionsversehen bei Ihnen zuzuschreiben ist, dass Sie die nachträgliche gerichtliche Überprüfung nicht vorgesehen haben, wie das bei der repressiven Rasterfahndung vorgesehen ist.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Das müssen wir einfügen. Selbstverständlich muss eine Organisation, ein Verein, eine Partei oder eine Hochschule, bei der Sie einen Datensatz erheben wollen, das Recht haben, dies gerichtlich überprüfen zu lassen. Sie darf nicht nur einer amtsrichterlichen Entscheidung folgen müssen. Aber auch die davon Betroffenen müssen anschließend das Recht haben, nicht nur unterrichtet zu werden, sondern von einem Gericht die Verhältnismäßigkeit, die Angemessenheit und die Erforderlichkeit überprüfen zu lassen. Ansonsten würde der Rechtsstaat sich selbst ins Knie schießen. Das wollen wir nicht. Ich bin aber sicher, dass wir dies

**(Wolfgang Kubicki)**

intensiv im Innen- und Rechtsausschuss diskutieren können und dass wir uns auf diese Maßnahmen verständigen können. Signale habe ich schon gehört. Dann soll die Fristenfrage für uns nachrangig sein, wenn wir uns überhaupt auf eine Frist verständigen.

(Beifall bei FDP und SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich Besucher begrüßen. Auf der Tribüne haben sich Schülerinnen und Schüler der Ernst-Barlach-Realschule, Wedel, eingefunden. - Herzlich Willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kubicki, ich würde mir wünschen, dass Sie den ersten Teil Ihrer Rede nach Hamburg schicken und der dortigen Koalition zur Kenntnis geben. Er könnte dort eine gewisse Sprengkraft entwickeln. Der erste Teil Ihrer Rede hat mir gefallen. Auf den zweiten Teil Ihrer Rede werde ich gleich eingehen.

Jeder wird mir zustimmen, wenn ich sage, wir wollen die Freiheit verteidigen und wir wollen die Sicherheit erhöhen. Freiheit und Sicherheit, das sind die Ziele, über die wir heute reden. Aber was bedeutet das? Wir haben furchtbare Terroranschläge erlebt, die die Sicherheit gefährden. Ich sage aber: Diese Terroranschläge gefährden nicht nur die Sicherheit, sondern sie gefährden auch die Freiheit, denn das Ziel von bin Laden und seinen Leuten ist nicht nur, die Sicherheit in den USA zu gefährden, sondern unsere freiheitliche Kultur so zu zerstören, dass wir uns sozusagen selber von innen heraus umwandeln. Deswegen müssen wir in diesem Zusammenhang vorsichtig sein, was wir tun.

Die USA und Großbritannien bombardieren Afghanistan und viele Menschen fragen mich, inwieweit das die Sicherheit erhöht. Wenn es gelingt, die Taliban-Regierung tatsächlich zu stürzen, wenn es gelingt, bin Laden zu fangen und seine Camps zu schließen, dann ist das ein Gewinn an Sicherheit. Wenn es stattdessen gelingt, in großen Teilen der arabischen Welt die extremistischen islamistischen Organisationen zu stärken und den Hass auf die USA in weiten Teilen der Welt zu vergrößern, dann ist das kein Gewinn an Sicherheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliche Fragen stellen sich auch innenpolitisch. Was nützt die Einführung einer **Kronzeugenregelung**

gegenüber Tätern, die noch nie strafrechtlich aufgefallen sind? Strafminderung macht in gewissem Umfang vielleicht Sinn, aber gerade in diesem Zusammenhang ist dieser schwer zu erkennen. Was nützen Maßnahmen - wie sie von Herrn Wadepuhl vorgeschlagen werden - gegen arme illegale Flüchtlinge, wenn wir es mit Leuten zu tun haben, die wohlhabend, legal und gesetzestreu unter uns leben? Wir müssen zielgerichtet alles tun, um Sicherheit zu schaffen. Aber da wir nicht wissen, wie die nächste Bedrohung aussehen kann, ist es schwer, zu wissen, was zielgerichtet ist. Benjamin Franklin sagte einmal: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

Wir haben uns in gemeinsamen Gesprächen der Regierungsfractionen mit der Regierung auf Maßnahmen zur inneren Sicherheit verständigt. Dabei haben wir uns davon leiten lassen, Maßnahmen vorzuschlagen, die einen realen Sicherheitsgewinn versprechen. Wir haben uns bemüht zu vermeiden, einen Bauchladen vorzulegen, bei dem alles, was einem gerade einfällt, vorgeschlagen wird und bei dem nicht erkennbar ist, was die einzelne Maßnahme mit der Situation zu tun hat. Allerdings gebe ich zu: Niemand weiß, welche Bedrohung wir tatsächlich vor uns haben und niemand weiß im Einzelnen, ob die Verstärkung der Polizei, der Gerichte und des Verfassungsschutzes die ideale Maßnahme ist. Selbst wenn sich die Regierung noch zehn Wochen in Klausur begeben und ausführliche Analysen durchführen würde, würde sie trotzdem nicht wissen, welchen Anschlag bin Laden demnächst plant. Das muss man klar sagen. Bei dem vorgelegten Paket geht es nicht darum, Antworten auf Fragen zu geben, die möglicherweise in der Zukunft gestellt werden, sondern es gilt in der jetzigen Situation schlicht festzustellen, welche Probleme es im Sicherheitsbereich und im Justizbereich gibt.

Wir wissen - da haben Sie völlig Recht -, dass die Lage in diesen Bereichen in der Vergangenheit angespannt war. Das ist nie bestritten worden. Natürlich ist sie angespannt. Wir sind nun einmal ein Land, das finanziell knapp dasteht. Und weil die Lage angespannt ist, ist es in einer solchen Situation, in der die Probleme nicht aus dem Stand bewältigt werden können, notwendig, etwas Zusätzliches zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Zusätzliche ist in einem vernünftigen Konzept von der Regierung vorgelegt worden und es wird auch erfolgen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

**(Karl-Martin Hentschel)**

In dem Konzept findet sich das, was notwendig ist, um das nötige Maß an Sicherheit in der jetzigen Situation zu schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben gesagt, Sie wissen das noch gar nicht. Wieso wissen Sie es auf einmal?)

- Herr Kubicki, Arthur Schopenhauer sagte einmal: „Selten denken wir an das, was wir haben, sondern immer nur an das, was uns fehlt.“

In unserem Lande gehen doch Gott sei Dank die Verbrecher und Mörder nicht frei spazieren und wir haben hier auch keine katastrophalen Zustände. Sie malen Zustände an die Wand, die real nicht existieren. Schleswig-Holstein ist ein Land, in dem seine Menschen sicher leben können, in dem sie sich wohl fühlen und auch abends auf die Straße gehen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss auch einmal festgehalten werden. Da kann doch nicht einfach so getan werden, als gebe es plötzlich eine wahnsinnig gefährliche Lage, auf die schon seit Jahren hätte reagiert werden müssen.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das wäre gut gewesen!)

Das ist falsch. Wir haben eine neue Situation, und das können Sie nicht bestreiten, auch wenn man weiß, dass die Vorgänge um diese Anschläge bereits seit acht Jahren laufen. Wir haben diese neue Situation im Sicherheitsbewusstsein der Menschen und es ist notwendig, dass die Regierung darauf reagiert. Eben so notwendig ist es aber auch, dass die Regierung maßvoll reagiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie kann nicht alles Mögliche tun, was ihr gerade so einfällt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Ihrem Wort „Bananenrepublik“, Herr Wadephul! Bananenrepubliken sind nun nicht gerade das Vorbild für einen Rechtsstaat. Sie haben meist sehr viel mehr Polizei als wir. Die läuft dort camarillamäßig durch die Landschaft und wird von Diktatoren ausgehalten. Das hat nichts mit Rechtsstaat zu tun, Herr Wadephul. Ich weiß nicht, was diese Ihre Anmerkung in diesem Zusammenhang soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind uns einig, dass die Ausstattung von Justiz und Polizei in dieser Situation verbessert werden soll. Wir wissen sehr wohl aus den Gesprächen mit Polizisten, dass sie schon vor dem Anschlag zahlreiche

Überstunden angesammelt haben und dass jetzt nach dem Anschlag zusätzliche Belastungen aufgrund der zusätzlichen Überwachung von Objekten hinzu kommen. Außerdem werden zusätzliche Belastungen auf die Polizei durch neue Demonstrationen zukommen. Deswegen wäre es fahrlässig, heute zu sagen, wir versuchen, das alles durch den Bestand abzudecken. So viele Überstunden können nicht abgebummelt werden, ohne dass die Präsenz in den Revieren gefährdet würde. Deswegen muss nachgebessert werden. Und das tun wir auch.

Wir wollen den **Verfassungsschutz** an die neue Lage anpassen. Allerdings sind wir sehr skeptisch über das, was geplant ist. Das sage ich auch Ihnen ganz besonders, Herr Innenminister. Wir erwarten, dass der Parlamentarischen Kontrollkommission ein Konzept vorgelegt wird. Das werden wir allerdings nicht öffentlich diskutieren. Einerseits gehören sicherlich entsprechende Sprachkenntnisse sowie ein kulturelles und historisches Wissen dazu. Andererseits glaube ich aber, dass wir sehr vorsichtig sein müssen, Herr Minister Buß, wenn wir darüber reden, ein Islamreferat schaffen zu wollen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich stelle mir einmal vor, welche Schlagzeilen es geben würde, wenn beim ägyptischen Geheimdienst ein „Christenreferat“ geschaffen würde.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gibt es!)

- Ich sage nur, dass ich persönlich darauf hinweisen möchte, dass man hier sehr vorsichtig sein sollte und vielleicht zu einem anderen Begriff kommen müsste, der trotzdem dem Sachstand gerecht wird. Denn es geht offensichtlich nicht um Mohammedaner, genauso wenig wie es um Christen geht, sondern es geht um Terroristen, die zufällig islamischer Religionsangehörige sind.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das „zufällig“ stelle ich in Frage!)

Meine Fraktion hat gestern außerdem beschlossen, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass der Verfassungsschutz der norddeutschen Länder zusammengelegt wird, und zwar auch mit Hamburg trotz Schill oder vielleicht auch wegen Schill. Ich meine, es ist durchaus sinnvoll, den Verfassungsschutz zusammenzulegen. Es wäre nicht sinnvoll, dass zum Beispiel ein V-Mann aus Hamburg, der sich nicht an die Ländergrenzen hält, nach Schleswig-Holstein kommt und dort von einem schleswig-holsteinischen V-Mann beobachtet wird. Und möglicherweise kommt dann ein

**(Karl-Martin Hentschel)**

Mitarbeiter des MAD in gleicher Angelegenheit und beobachtet die beiden und macht tolle Berichte. Das kann nicht die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz sein, wie wir sie brauchen.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Unruhe)

Deshalb glaube ich, dass eine Zusammenarbeit der norddeutschen Verfassungsschutzeinrichtungen sinnvoll und notwendig ist. Wir sollten uns weiter dafür einsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das hat der Herr Innenminister doch hinreichend erläutert, Herr Kollege!)

Wir haben uns ebenfalls darauf geeinigt, die **Identitätsfeststellung** bei der Vergabe von **Visa** zu verbessern. Das ist ein sehr kritischer Punkt; denn wir wissen sehr gut, dass wir heute schon Probleme haben, zum Beispiel ausländische Fachleute und Wissenschaftler nach Deutschland zu holen. Der Generalverdacht gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich politisch betätigen, ständige Kontrollen durch die Schleierfahndung und Ähnliches, was hier vorgeschlagen wird, werden nicht dazu beitragen, meine Damen und Herren von der CDU, einen „Schläfer“ zu finden, der sich unauffällig verhält und ausgezeichnete Papiere besitzt.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das steht alles im Antrag drin!)

Solche Maßnahmen werden vielmehr dazu beitragen, das Klima für die Menschen in diesem Lande nachhaltig zu verschlechtern. Davor sollten wir sie bewahren.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das machen Sie auf Bundesebene doch alles mit!)

Deshalb gilt es auch hier in diesem Lande, Geld und Ressourcen auf solche Maßnahmen zu konzentrieren, die Erfolg versprechen. Dazu gehören in der Tat entsprechende Schritte, die die Identität einer Person so sicher wie möglich ermitteln.

Eine der größten Gefährdungen geht von den Atomkraftwerken aus, Herr Wadephul.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht von den Atomkraftwerken! Von den Flugzeugen, die hineinfliegen!)

Wir werden nachher noch darüber reden, aber eine Anmerkung möchte ich jetzt schon machen. Auch hier wird die Diskussion mit der ideologischen Brille geführt.

(Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der FDP)

Wer seit Jahren die Gefahren der Atomkraft herunterspielt, dem fällt es jetzt schwer, seine Einstellung plötzlich überprüfen zu sollen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Quatsch! Wir reden doch über die Gefahrenvorsorge!)

Angesichts der veränderten Situation müssen wir alle über unsere eigene Einstellung nachdenken.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja! - Martin Kayenburg [CDU]: Sie über Ihre auch!)

Da ist jeder gefordert, seine Einstellung zu überprüfen. Das tun wir sehr intensiv. Wir haben das in den letzten Tagen in sehr vielen Fragen getan und haben gesagt, wir müssen jetzt Dinge tun, die wir vorher abgelehnt haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben Sie da Kriegsrat gehalten?)

Aber das ist keine exklusive Lehrveranstaltung für Friedensbewegte und Grüne.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ach, Sie haben Kriegsrat gehalten?)

Alle Parteien sind gefragt und das gilt auch für die CDU und ihre Haltung zu den Atomkraftwerken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstaunlich fand ich auch Ihre Reaktion auf den Vorschlag des Bundesfinanzministers, die Kontrolle des Kapitalmarktes und der Bankkonten zu verbessern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Unglaublicher Vorgang!)

Die Union warnte doch tatsächlich davor, Steuerzahler und Bankkunden unter Kardinalverdacht zu stellen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ja auch so!)

Die CDU-Mittelstandsvereinigung monierte sogar - Zitat -: „Alle Konten zentral zu durchleuchten, ist eine Steuerrasterfahndung und ein Angriff auf den Vertrauensschutz der Steuerzahler und der Bankkunden.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Wenn ich das richtig sehe, lehnt die CDU neuerdings die Rasterfahndung ab, nachdem sie die **Rasterfahndung** zuvor in mehreren Bundesländern sogar ohne Gerichtsvorbehalt eingeführt hatte.

(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]: Was? - Martin Kayenburg [CDU]: Das lehnen wir

**(Karl-Martin Hentschel)**

ab? - Klaus Schlie [CDU]: Was lehnen wir ab?)

- Das Zitat macht es deutlich: Die Rasterfahndung bei Bankkunden lehnt die CDU ab. Die Kontrolle von Kontobewegungen erscheint doch als eine der wenigen Möglichkeiten, „Schläfer“ aufzuspüren, da auch sie Geld benötigen. Die Kontrolle von Finanzbewegungen ist darüber hinaus auch ein mögliches Mittel,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die macht das Debakel transparent!)

die Geldwäsche von kriminellen Organisationen zu bekämpfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Steuerdelikte - meine Damen und Herren, da bin ich allerdings anderer Auffassung als Sie - sind keine Kavaliersdelikte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Fragen Sie mal den Finanzminister!)

Alle, die uns hier davor warnen, genauer hinzuschauen, und die behaupten, das sei geschäftsschädigend, sollten mal in die USA schauen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Nein, Herr Wadephul, keine Unterbrechung!

(Glocke des Präsidenten)

Wussten Sie, dass alle Schweizer Banken, die doch als Trutzburgen des Steuergeheimnisses gelten, den US-Steuerbehörden Kontrollmitteilungen über die Einkünfte von US-Bürgern liefern?

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das können Sie doch alles nicht bestätigen! - Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die EU hält das offensichtlich für unmöglich. Es ist schon komisch, dass das, was in den USA gilt, bei der Union als wirtschaftsfeindlich gilt. Ich finde das seltsam.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] - Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Kubicki, es gibt nicht das Recht auf Zwischenrede, sondern nur auf Zwischenrufe.

(Heiterkeit - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Danke, Herr Präsident.

Wenn sich Deutschland am Krieg gegen **Afghanistan** beteiligt, sei es direkt oder indirekt, dann müssen wir auch über die humanitäre Situation und über die Flüchtlinge reden. Wir müssen prüfen, was wir tun können, um den Menschen zu helfen, und wie es möglich ist, die Menschen, die verletzt, gefoltert und am Verhungern sind, bei uns aufzunehmen.

Ich appelliere in diesem Zusammenhang auch an Sie, das Einwanderungsgesetz nicht zu vergessen. Das gilt gerade für die Union. Wir brauchen eine Regelung für nicht staatlich Verfolgte, wie die schleswig-holsteinische Regierung fordert. Es kann doch nicht sein, dass Frauen, die gesteinigt würden, weil sie keinen Schleier tragen wollen, bei uns kein Asyl finden, nur, weil die Union sich weigert, im Bundesrat eine entsprechende Änderung mitzutragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Entschuldigung! Das lehnt Herr Schily ab!)

Meine Damen und Herren von der Union, denken Sie darüber bitte einmal nach.

Terroristen und Mitglieder internationaler krimineller Organisationen sind keine armen Flüchtlinge und Einwanderer. Es sind auch keine Kleinkriminellen und Drogensüchtigen aus Hamburg-St. Georg. Terroristen und internationale Organisationen sind weltweit organisiert, verfügen über umfangreiche Geldmittel, die bis hin zu Milliardenbeträgen reichen.

Ich stimme mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten überein,

(Zurufe von CDU und FDP: Oh, oh!)

wenn er sagt, dass der Kampf lange dauern wird. Unüberlegte Schnellschüsse nützen wenig. Ohne Unterstützung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, von Polizisten ausländischer Abstammung, ohne Unterstützung von islamischen und arabischen Regierungen wird der Kampf gegen den Terrorismus nicht erfolgreich sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn sich die Situation zu einem Kampf der Kulturen, der Religionen, der Rassen, des Abendlandes gegen das Morgenland entwickelt, dann wird sie außer Kon-

**(Karl-Martin Hentschel)**

trolle geraten. Deshalb hat meine Partei eine Unterbrechung der Bombardierungen gefordert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist keine mangelnde Entschlossenheit, den Terrorismus zu bekämpfen, sondern es ist notwendig, das Humanitäre zu tun, und es ist notwendig, um die internationale Allianz gegen den Terrorismus zusammenzuhalten. Sie darf nicht auseinander brechen. Deswegen ist es auch in dieser Situation notwendig, immer den nächsten Schritt zu überprüfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter sagte mir, als ich mich bei ihr für ihre eindrucksvolle Rede in der Nicolai-Kirche am Tag nach dem Anschlag bedankte: „Sie sind Politiker. Sie haben in der kommenden Zeit schwierige Entscheidungen zu treffen. Ich wünsche Ihnen die Kraft, das Richtige zu tun.“ - Meine Damen und Herren, das wünsche ich uns allen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sicherlich richtig, dass seit dem 11. September die Tagesordnung der Welt eine andere ist. Aber es ist nicht alles richtig, was seit dem 11. September auf der politischen Tagesordnung steht. Da reicht es nicht zu sagen, dass der Terrorismus Angst macht und ein wachsendes Bedürfnis nach Sicherheit schafft, dass der Terror den Weg nach Deutschland finden könnte. Auch die Lösungen, die uns angeboten werden, wecken Besorgnis.

Besonders erschreckend ist es für den SSW festzustellen, dass jetzt Maßnahmen Hochkonjunktur haben, die wir bisher als untauglich für die Kriminalitätsbekämpfung oder schädlich für die freiheitlichen Grundrechte angesehen haben. Jetzt kommen schnell Lösungen auf den Tisch, die schon lange in Schubladen verstauben, alte Schreckensinstrumente, die angeblich die neuen Probleme lösen werden. Als Universallösung wird uns wieder einmal die Überwachung präsentiert. Man muss sich aber vor Augen halten, dass auch die vorgeschlagenen Maßnahmen das Inferno am World Trade Center nicht verhindert hätten.

(Manfred Ritzek [CDU]: Das wissen Sie doch nicht!)

Seit dem 11. September haben die Bürgerinnen und Bürger hierzulande ein Stück Sicherheit verloren, das sie gern wiederhaben möchten. Der rücksichtsvolle Umgang mit solchen Ängsten ist ein legitimes politisches Ziel. Trotzdem muss eines in diesen Tagen betont werden: Verantwortungsbewusste Politik handelt nicht von der schnellsten Lösung, sondern von der effizientesten.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht darum, den Terrorismus wirksam zu bekämpfen, ihn vorbeugend zu verhindern. Wir gewinnen jedoch nichts, wenn wir die **Freiheitsrechte** jetzt gegen die Sicherheit ausspielen. Ebenso wie Freiheit innere Sicherheit voraussetzt, gibt es andersherum die persönliche und öffentliche Sicherheit nicht ohne Freiheit. Es wäre wirklich fatal, wenn die Politik und die Bürger jetzt eine Einschränkung der Bürgerrechte in Kauf nähmen, nur weil ganz schnell etwas passieren soll.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zugegeben, die Freiheitsrechte finden dort ihre Grenzen, wo sie den Feinden der Freiheit Tür und Tor öffnen. Der **Datenschutz** ist keine in Beton gegossene Verfassung, sondern lebendiger Schutz der Bürger, der an die gesellschaftliche Wirklichkeit angepasst werden muss. In diesem Sinne muss auch der Schutz der informationellen Selbstbestimmung immer gegen andere Rechte in die Waagschale geworfen werden. Die Grenzen des Datenschutzes müssen nach dem 11. September neu verhandelt werden, aber nicht in dem Sinne, dass der Bundesinnenminister schon wenige Tage nach dem Desaster die einzig richtigen Glaubenssätze zur inneren Sicherheit verkündet, sondern indem man sich seriös mit dem Für und Wider der verschiedenen Maßnahmen auseinandersetzt.

Es ist Aufgabe der Politik, die Spreu vom Weizen zu trennen und festzustellen, was wirklich wirksam gegen Terrorismus ist. Im Moment scheint aber ein Wettbewerb um die härteste Politik entbrannt zu sein, in dem Argumente kaum noch zählen. Es scheint nicht einmal mehr notwendig zu sein zu begründen, weshalb Freiheitsrechte auf dem Altar der Terrorismusbekämpfung geopfert werden sollen. Viele der Vorschläge werden einfach in die Welt gesetzt, ohne überhaupt zu erklären, wie sie denn gegen den Terrorismus wirken sollen. Dies gilt zum Beispiel für die vom Kanzler wie auch vom Kollegen Wadephul favorisierte massenhafte



(Anke Spoorendonk)

Einsammlung von Fingerabdrücken, Sprachprofilen und anderen Persönlichkeitsmerkmalen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Damit meine ich, dass es jetzt erst einmal wichtig ist zu analysieren, was die bestehenden Gesetze für die Bekämpfung des Terrorismus hergeben. Immerhin sind in den letzten Jahren zig Gesetze zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität geschaffen oder geändert worden. In vielen Bereichen müssen erst die bestehenden Möglichkeiten genutzt werden. Mit anderen Worten: Es geht zunächst einmal nicht um die Verschärfung von Regeln, sondern darum, die bestehenden Einrichtungen zu stärken und effektiv einzusetzen. Das heißt auch, dass es für uns nicht hinnehmbar ist, wenn vorgeschlagen wird, die Rechte der Geheimdienste auszuweiten oder die Bundeswehr im Inneren einzusetzen, wenn also die Trennung von Bundeswehr, Polizei und Geheimdienst aufgehoben werden soll. Zu Recht wird darauf verwiesen, dass diese Trennung zu den **rechtsstaatlichen Grundprinzipien**, das heißt zu den Sicherungen unserer Republik gehört. Nicht nur Elektriker wissen, was passieren kann, wenn auf Sicherungen verzichtet wird.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wir müssen jetzt nicht in Panik die Innenpolitik neu erfinden.

(Beifall bei SSW, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade weil wir bisher keine Erfahrung mit dieser Form des Terrors gehabt haben, ist es falsch zu behaupten, dass die bisherige Politik der inneren Sicherheit völlig geändert werden muss. Es muss erst einmal zwischen Maßnahmen unterschieden werden, die den Terrorismus wirksam bekämpfen können, und Maßnahmen, die dies nur vorgeben.

Auch bei den vom Kollegen Wadephul vorgeschlagenen Ideen haben wir teilweise erhebliche Zweifel, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen im Einzelfall wirklich Terroristen stoppen können. Das gilt natürlich nicht für alles.

Eines möchten wir ganz sicher nicht, nämlich dass bei ausländischen und deutschen Bürgern unterschiedliche Rechtsmaßstäbe angewandt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Das gilt auch für die schwierige Frage der Abschiebung. In diesem Bereich benötigen wir ganz sicher keine Verschärfung. Die bisherigen Regelungen reichen aus.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Einrichtung einer Einheit für islamischen Extremismus beim Verfassungsschutz macht vom Ansatz her Sinn, weil wir bisher keine ausreichenden Informationen über dieses Problem haben. Wir begrüßen deshalb auch dementsprechende Pläne der Landesregierung. Allerdings warnen wir schon jetzt vorbeugend davor zu glauben, dass für diese neuen Aufgaben Mittel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Anspruch genommen werden können, wie es die Bundesregierung bereits vorgeschlagen hat. Es dient bestimmt nicht der inneren Sicherheit, wenn die Mittel von der Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Bekämpfung des extremistischen Islamismus umgeschichtet werden. Skinheads schlagen in Deutschland immer noch öfter zu als extreme Islamisten.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber mit geringerer Wirkung!)

Was die Katastrophenschutz- und Alarmplanung betrifft, so muss eine Überprüfung stattfinden.

Es sind neue Gefahrenszenarien entstanden, die entsprechende Maßnahmen erfordern. Die Landesregierung hat bereits Vorhaben zur Verbesserung der Ausrüstung eingeleitet. Allerdings glauben wir nicht, dass wir durch eine personelle und sachliche Verstärkung von Organisationen des Katastrophenschutzes auf die Folgen der terroristischen Gewalt in der jetzt deutlich gewordenen Dimension vorbereitet sein können - wie es in dem CDU-Antrag steht - und müssen. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass wir nicht jederzeit für alles vorbeugend gewappnet sein können.

Die **Bundesmittel** für die **Bereitschaftspolizei** sind gekürzt worden. Das war falsch. Deswegen können wir der Forderung nach Erhöhung dieser Gelder nur beipflichten. Es ist absurd, wenn der Bund auf der einen Seite seinen Beitrag für die Bereitschaftspolizeien der Länder kürzt, während der Bundesinnenminister auf der anderen Seite die Aufgabengebiete für den Bundesgrenzschutz ausweiten möchte und so manche die Bundeswehr gar als Wach- und Schließgesellschaft einsetzen wollen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Wir meinen, dass die Polizeihöhe der Länder nicht ausgehöhlt werden darf.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Fazit lautet also: Unsere freiheitliche Demokratie baut darauf, dass der Staat nur solche Maßnahmen ergreift, die wirklich notwendig sind, um ein Problem

**(Anke Spoorendonk)**

zu lösen, und die möglichst wenig Nebenwirkungen haben. Mit anderen Worten: Die Politik der inneren Sicherheit muss möglichst mit einem feinen Skalpell arbeiten und nicht mit dem Buschmesser, auch wenn Letzteres sicherlich tatkräftiger aussieht und mehr Eindruck schindet. Im Moment scheinen in der Innenpolitik aber markige Worte und Härte Konjunktur zu haben. Dass sich hierdurch der Terrorismus effektiv bekämpfen lässt, das wagen wir zu bezweifeln.

(Beifall bei SSW, SPD und vereinzelt bei der FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich dem Innenminister, Herrn Buß.

**Klaus Buß, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Menschen in Schleswig-Holstein konnten und können hier in unserem Land sicher leben. Damit das so bleibt, hat die **Landesregierung** gestern - wir haben dazu schon Diskussionsbeiträge gehört - ein umfangreiches **Sicherheitspaket** verabschiedet, das die notwendige Voraussetzung schafft, damit unsere Sicherheitsbehörden den neuen Herausforderungen gewachsen sind. Ich bin der Auffassung, wir haben neue Herausforderungen, Herr Kubicki. Das Täterbild, das sich aufgrund der Anschläge ergeben hat, ist neu. Bisher sind alle Reaktionsbilder aller Polizeien davon ausgegangen - egal, ob es kriminelle oder terroristische Akte sind -, dass der jeweilige Täter oder die jeweilige Täterin am Leben bleiben will. Diese neue Dimension schafft neue Herausforderungen. Vielleicht müssen Sie sich einmal mit dem einen oder anderen Fachmann unterhalten.

Wir erhöhen die polizeiliche Präsenz durch mehr Personal. Wir verbessern die Ausstattung unter anderem dadurch, dass alle Beamtinnen und Beamten des Revier- und Streifendienstes eine persönliche und individuell angepasste Schutzweste bekommen. Wir stellen zusätzlich rund 3 Millionen € zur Verfügung, um Überstunden zu bezahlen. Wir stärken den Verfassungsschutz, damit er seine Aktivitäten im Bereich des Islamismus intensivieren kann. Der Verfassungsschutz wird Konzepte entwickeln, um den neuen Herausforderungen wirksam begegnen zu können. Ich werde sie gern in der PKK vorstellen, Herr Hentschel. Wir werden die Mittel für den Katastrophenschutz aufstocken. Wir werden die Staatsanwaltschaften, die Gerichte und den Strafvollzug personell stärken und für eine bessere Sachausstattung sorgen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den Beamtinnen und Beamten für ihren bisherigen anstrengenden und

engagierten Einsatz bei der Bewältigung der Einsatzlage nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten zu danken.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir - ich denke, wir alle, das zeigt mir Ihr Beifall - wissen, welche zusätzlichen Anstrengungen unsere **Landespolizei** seit gut einem Monat unternimmt, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Das ist eine großartige Leistung, die ich im Namen der gesamten Landesregierung öffentlich würdigen möchte. Die Menschen in Schleswig-Holstein können stolz auf ihre Polizei sein. Ich bin überzeugt, im Namen aller zu sprechen, die in unserem Land politische Verantwortung tragen, wenn ich der Polizei unseres Landes auch für die Zukunft unsere volle Unterstützung zusage.

Das Sicherheitspaket der Landesregierung leistet dazu - davon bin ich fest überzeugt - einen wichtigen Beitrag.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir werden 100 zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter einstellen. Nun kann man das natürlich beklagen, Herr Kubicki, und sagen: Das ist alles viel zu wenig. Ich habe auch gesagt: Ganz zufrieden ist ein Fachminister nie. Aber Sie haben selber über die Schwierigkeiten gesprochen, überhaupt junge Anwärterinnen und Anwärter zu finden. Alles das, was Sie gesagt haben, ist richtig. Ich denke also, 100 ist eine realistische Zahl, die uns sehr hilft.

Ich darf die Zusammenarbeit mit Hamburg erwähnen. Ich bin von Herrn Kayenburg deswegen kritisiert worden.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Ich weiß nicht, warum. Rechtlich könnten wir uns darüber unterhalten. Artikel 12 sagt etwas ganz anderes: Berufsfreiheit. Aber das nur nebenbei.

Wir haben uns auf der letzten Innenministerkonferenz der norddeutschen Küstenländer darauf verständigt - der Hamburger Vertreter, Herr Staatsrat Reiners, war dabei -, dass wir uns in Kenntnis der schwierigen Lage nicht gegenseitig Beamtinnen und Beamte abwerben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin sehr sicher, dass sich auch der neue Hamburger Innensenator oder die neue Hamburger Innensensorin daran gebunden fühlen wird. Wir werden ihn oder sie, wenn er oder sie bekannt ist, daraufhin anschreiben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Viel Spaß mit Herrn Schill!)

**(Minister Klaus Buß)**

Ich bin ganz sicher, dass er sich an diese Verabredung gebunden fühlt.

Das Landeskriminalamt wird zusätzlich drei Bilanzbuchhalter zur Bekämpfung von Geldwäschdelikten erhalten. Für Rasterfahndung und Datenerfassung werden wir zwölf zusätzliche Angestellte einstellen. Für Benzin, Dieselöl sowie für den Unterhaltungs- und Instandsetzungsbedarf der Polizeifahrzeuge und Wasserschutzpolizeiboote werden wir zusätzlich 1,25 Millionen € zur Verfügung stellen. Unser Sicherheitspaket enthält auch einen, wie ich meine, sehr, sehr wichtigen Motivationsschub: 150 Kommissare können zu Oberkommissaren befördert werden. Die Ernennungen betreffen hauptsächlich Angehörige des Streifen- und Ermittlungsdienstes, also den Teil der Polizei, der vor allem die von uns allen im Grunde genommen beklagten Überstunden zu leisten hat.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Eine Entspannung der Lage ist leider nicht in Sicht. Die nächsten Wochen und Monate werden von der Polizei weiterhin vollen Einsatz abverlangen. Ich weiß, dass die Polizei dazu bereit ist.

Man kann immer sagen: Das alles ist zu wenig. Man kann immer auf angebliche Versäumnisse der Vergangenheit hinweisen. Das hilft überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielmehr müssen wir uns mit der **aktuellen Situation** auseinander setzen. Wir müssen sehen: Was können wir äußerstenfalls leisten? Dann müssen wir auf dem aufbauen, was wir vorfinden. Man kann natürlich immer sagen, nicht jeder Spiegelstrich, nicht jede einzelne Maßnahme des Paketes diene unmittelbar und allein der Bewältigung der Lage seit dem 11. September. Aber so kann man nicht argumentieren. Man muss vielmehr fragen: Wie kann man das, was man hat, sinnvollerweise verstärken, um auf diese Lage richtig und ordnungsgemäß reagieren zu können?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin fest davon überzeugt: Das tun wir. Sie wissen, ich habe mich intensiv mit dieser Sache beschäftigt. Ich sage Ihnen nochmals: Ich bin fest davon überzeugt, dass die Landesregierung mit diesem Sicherheitspaket eine wirklich runde Sache geschaffen hat, die dem Land und ihren Bürgerinnen und Bürgern hilft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich kurz auf den Gesetzentwurf der CDU zur **Einführung verdachts- und anlassunabhängiger Personenkontrollen** zur Gefahrenabwehr eingehen. Was bringt dieser Antrag Neues gegenüber Ihrem Antrag aus der letzten Legislaturperiode, meine Damen und Herren von der CDU? - Sie begründen Ihre Initiative erneut mit dem Wegfall der Grenzkontrollen des sich vergrößernden Schengen-Raumes und ignorieren dabei die bisher durchweg positiven Erfahrungen nach der Grenzöffnung zu Dänemark seit Frühjahr dieses Jahres, die einen Bedarf für anlasslose Kontrollen mitnichten belegen. Das zeigt die Richtigkeit der Empfehlung der Experten, die diese bei der Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss und im Europaausschuss im Oktober 1997 dem Landtag gegeben hatten.

Die Alternative ist für mich eindeutig, nämlich die konsequente Anwendung unseres geltenden Rechts. Lagebildabhängige Kontrollen unserer Landespolizeien, insbesondere auf Bundesautobahnen und anderen bedeutenden Straßen, praktizieren wir schon seit mehreren Jahren sehr erfolgreich. Allein bis Ende September, bezogen auf 2001, meldete die Verkehrspolizeidirektion 739 Aufgriffe auf den Autobahnen unseres Landes. Dafür nutzen wir ausschließlich das geltende Recht und beachten dabei den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich erkenne kein gesetzgeberisches Erfordernis für das erneut eingeforderte Instrument. Ein Bedarf lässt sich tatsächlich und rechtsstaatlich nicht belegen.

Lassen Sie mich zum Schluss auf den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Einführung des automatisierten Datenabgleichs** in das Landesverwaltungsgesetz eingehen. Wir alle wissen - auch ich habe mich natürlich mit der Historie und der Debatte befasst, die hier 1992 geführt worden ist -, dass sie gerade hier in Schleswig-Holstein ein nicht unumstrittenes Instrument polizeilicher Kompetenz zur Gefahrenabwehr darstellt. Wir alle aber mussten zur Kenntnis nehmen, dass sich Attentäter der grausamen Terroranschläge des 11. September 2001 und ihre Unterstützer auch in Deutschland aufgehalten hatten und noch aufhalten könnten. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die so genannten „Schläfer“, das heißt Täter künftiger terroristischer Anschläge, aus ihrer Anonymität herauszuholen, um geplante Terrorakte möglichst zu verhindern. Eine geeignete Maßnahme zur Verhinderung bevorstehender Terrorakte ist der von der Polizei durchzuführende elektronische Datenabgleich nach fallspezifischen, kriminalistischen, tätertypisierenden

**(Minister Klaus Buß)**

Prüfkriterien mit Datenbeständen öffentlicher und privater Stellen.

Mit dem Gesetzentwurf setzen wir den Beschluss der Innenministerkonferenz vom 18. September 2001 in Schleswig-Holstein um und helfen, die noch bestehende rechtliche Lücke in Deutschland zu schließen. Die Befugnis der Polizei, vom Ausländerzentralregister, von Einwohnermeldeämtern, Versicherungsunternehmen und Hochschulen personenbezogene Daten zu erlangen, wird vor allem das informationelle Selbstbestimmungsrecht von Personen berühren, die an Vorbereitungs- und Unterstützungshandlungen weiterer Terrorakte nicht beteiligt sind. Dieser Tatsache ist sich die Landesregierung bewusst. Doch gerade die, die wir enttarnen wollen, schwimmen - sinnbildlich gesprochen - im Strom der Unbescholtenen mit. Für Letztere ist jedoch der Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht mit keinerlei weiteren Beschränkungen oder Nachteilen verbunden. Deren Daten werden sehr schnell - ich betone: sehr schnell - und vollständig gelöscht.

Die Landesregierung will den automatisierten Datenabgleich unter Richtervorbehalt stellen, nicht - dies betone ich ausdrücklich - aus Misstrauen gegenüber unserer Landespolizei, die mit den ihr zustehenden sensiblen Eingriffsrechten sehr behutsam umgeht, sondern um breite Akzeptanz zu erreichen. Um Bedenken hinsichtlich möglicher Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht Nichtverdächtiger zu begegnen, ist die Unterrichtung des Datenschutzbeauftragten über Beginn und Abschluss einer entsprechenden Maßnahme vorgesehen. Schließlich schlägt die Landesregierung vor, das Gesetz zu befristen und dem Landtag jährlich über abgeschlossene und laufende Maßnahmen des automatisierten Datenabgleichs zu berichten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es bleibt also ausreichend Zeit, Erfahrungen mit der Vorschrift zu sammeln und dann zu evaluieren, ob sie Erfolg gehabt hat.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur feststellen: Mit den rechtsstaatlichen Kontrollelementen - so möchte ich es einmal bezeichnen -, die wir in unseren Gesetzentwurf eingebaut haben, stehen wir im Vergleich zu allen anderen Bundesländern einsam da. Ich behaupte, dass wir mit diesen Elementen mehr Kontrollmechanismen eingebaut haben als alle anderen Bundesländer zusammen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg

[CDU]: So macht man sich handlungsunfähig!

Daher bitte ich sehr herzlich um Ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. - Nun ist meine Redezeit leider zu Ende. Ich hätte Ihnen so gern noch ein, zwei Zitate gebracht, aber vielleicht besteht dafür nachher noch Gelegenheit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Klaus Schlie.

**Klaus Schlie [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir heute eine relativ breit angelegte Debatte zum Thema innere Sicherheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag führen. Denn anders, als einige - Herr Kollege Kubicki - es glauben, haben wir eine **veränderte Sicherheitslage** in unserem Land Schleswig-Holstein, nicht nur aufgrund des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch aufgrund objektiver Tatbestände.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Welche?)

Es ist richtig, dass der Kollege Hay angemahnt hat, heute eine sehr differenzierte Debatte zu führen. Ich teile auch seine Auffassung, dass die Ereignisse des 11. September nicht dazu missbraucht werden dürfen, irgendwelche parteipolitischen Süppchen zu kochen, der Bevölkerung irgendetwas geifernd oder opportunistisch vorzugaukeln

(Holger Astrup [SPD]: Dann können Sie ja jetzt aufhören, Herr Kollege!)

- ich würde erst einmal zuhören - oder gar unseren Rechtsstaat mit Vorschlägen in seinen Grundfesten zu erschüttern. Das ist sicherlich alles richtig. Aber - das sage ich an die Adresse der SPD - es gilt auch, dass niemand diese Situation dazu missbrauchen sollte, die Versäumnisse der Vergangenheit mit dem 11. September sozusagen zu überdecken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich glaube schon, dass das zu einer ehrlichen und sachlichen Debatte am heutige Tage dazugehört. Bleibt am Rande vorweg die Frage zu klären: Was will eigentlich die FDP? - Herr Kollege Kubicki, ich habe sehr aufmerksam zugehört und habe versucht herauszufiltern - -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Klaus Schlie)

- Hören Sie doch erst einmal zu, bevor Sie dazwischenrufen! Eventuell lohnt es sich, einfach einmal zuzuhören und darüber nachzudenken, was andere sagen, anstatt immer nur das herauszuposaunen, was einem gerade durch den Kopf geht.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wünschen wir uns auch von der CDU!)

Sie sollten sich einmal fragen lassen: Gibt es nicht auch aus Ihrer Sicht eine objektiv veränderte Sicherheitslage in Schleswig-Holstein? Ist es wirklich richtig, jeden Vorschlag, der gemacht wird - egal, ob von den Regierungsfractionen oder von uns -, gleich zu verdammen und zu sagen: „Damit werden die Grundsätze unseres Rechtsstaats erschüttert“?

Natürlich müssen wir differenziert darüber reden, ob wir mit Einzelvorschlägen so weit gehen, dass wir **Individualrechte** von Bürgerinnen und Bürgern in unserem demokratischen Rechtsstaat unrechtmäßig einschränken, und ob das wirklich angemessen ist. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, jeder Vorschlag, der kommt, sei unnötig, wir bräuchten bloß die bestehenden Gesetze anzuwenden, ist keine richtige Politik und damit liegen Sie völlig falsch, nicht nur im subjektiven Empfinden der Menschen, sondern auch objektiv.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wäre es viel sinnvoller, sich anhand der einzelnen Maßnahmepakete dezidiert darüber zu unterhalten, was sinnvoll ist und was nicht sinnvoll ist. Dazu sind wir gern bereit.

Lassen Sie mich eingangs eine kurze Bemerkung zur **Abwerbung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten** machen. Ich möchte hier nicht auf die Begriffe Naivität und Dummheit eingehen; jeder muss in eigener Verantwortung wissen, was er dazu sagt. Was soll denn diese Debatte jetzt? Die Problematik ist doch eine andere, Herr Innenminister. Die Problematik ist doch die, dass wir seit Jahren die Situation haben, dass junge Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, die gern Polizeibeamte werden wollen, ihre Ausbildung nicht in Schleswig-Holstein machen können, sondern nach Hamburg gehen - und dort gab es einen rot-grünen Senat -, und zwar deshalb, weil die Voraussetzungen dort besser sind.

(Widerspruch bei Minister Klaus Buß - Heinz Maurus [CDU]: Er hat Recht!)

- Aber selbstverständlich! Dass wissen Sie doch. Wir haben in diesem Haus eine Debatte über die Ausbildungssituation und die Polizeisituation im Hamburger Randbereich geführt.

Sie haben selber zugeben müssen, dass es eine Abwanderung junger Menschen nach Hamburg gibt, die Polizeibeamte werden wollen. Was soll jetzt diese Debatte mit diesen Begriffen?

(Beifall bei der CDU)

Ich würde mir mit der gleichen Ernsthaftigkeit wünschen, dass die Ministerpräsidentin nicht einfach nur mit Polemik überdeckt, was man ja kritisch beäugen und kritisch betrachten kann, nämlich dass der zukünftige Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sagt, er wolle eine **geschlossene Heimunterbringung**, und zwar in Schleswig-Holstein. Vielleicht achtet man auch einmal darauf, warum er das gesagt hat, warum Ole von Beust gesagt hat, dass das ein bisschen weiter weg vom Zentrum Hamburgs sein soll.

(Zurufe von der SPD)

Er ist nämlich der Auffassung, dass die jungen Menschen nicht ständig wieder in Konflikt geraten und in die Nähe der Verführungsmechanismen kommen sollten, die in Hamburg bestehen. Ob man das für richtig hält, ist eine andere Sache. Ich bin aber der Meinung, dass man sich über die grundsätzliche Notwendigkeit geschlossener Heimunterbringung überhaupt und über die Frage unterhalten soll, ob man das nicht in einem norddeutschen Verbund realisieren kann. Aber man darf doch nicht gleich mit Polemik die Klappen runterziehen, wie die Ministerpräsidentin das hier gemacht hat.

(Beifall bei der CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie rechtfertigen auch jeden Blödsinn! - Konrad Nabel [SPD]: Wie es in den Wald hineinschliet, so schillt es wieder raus!)

Herr Nabel, wir können darauf natürlich auch mit blanker Polemik reagieren. Ich habe das Angebot gemacht, sich darüber zu unterhalten und nachzudenken. Denn Polemik verhindert oft ein Nachdenken, bei Ihnen hoffentlich nicht.

Bei Ihrem **Maßnahmepaket** geht es in erster Linie nicht um Maßnahmen, die sich aus den Anschlägen vom 11. September ergeben. Bei den wenigen Maßnahmen, die sich darauf beziehen, übernehmen Sie unsere Vorschläge. Das ist auch in Ordnung so. Das hat die Ministerpräsidentin auch gesagt. Das Islamismus-Referat beim Verfassungsschutz, die Rasterfahndung - das sind Dinge, die sicherlich in Ordnung sind, und wir werden ja auch vom Grundsatz her zustimmen. Aber die Lage der Landespolizei ist doch eine andere, als Sie sie vorgeben.

Bei den Vorstellungen, die die Landesregierung jetzt entwickelt hat, geht es wirklich vor allen Dingen dar-

(Klaus Schlie)

um, Versäumnisse der Regierungszeit von Frau Simonis aufzuarbeiten. - Wenn sie jetzt noch da wäre und noch Interesse an dieser Debatte hätte, könnte man ihr das auch persönlich sagen. - Ich denke schon, dass dieses Paket mit einem Kostenvolumen von 12,8 Millionen € ein erster Schritt ist, um diese Versäumnisse aufzuarbeiten.

Was ist denn tatsächlich geschehen? Seit 1996 sind real 220 Stellen abgebaut worden. Sie sind bewusst abgebaut worden, Herr Innenminister. Das ist doch die Realität. Dadurch, dass relativ immer weniger **Auszubildende** eingestellt worden sind, ist die **Situation der Landespolizei** im personellen Bereich immer weiter verschärft worden. Die Überstundenzahl hat überproportional zugenommen, aber doch nicht erst seit dem 11. September. Das wussten Sie doch vorher schon, obwohl Sie es uns als Parlament nicht sagen wollten. Sie hat in einem derart hohen Maß zugenommen, dass dies unverantwortlich ist. Da muss natürlich etwas getan werden.

Ich sehe jetzt die Lampe leuchten, denke aber, dass meine Redezeit, da es ja eine verbundene Debatte ist, noch etwas auszudehnen wäre.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Kollege, für die verbundene Debatte wurde beim Präsidium dahin gehend angemeldet, dass wir die Redezeiten schon zusammengezogen haben. Die Redezeiten, die hier aufleuchten, sind so genannte Gesamtredeweiten. Deswegen steht keine zusätzliche - ordentliche - Redezeit zur Verfügung. - Allerdings ist dieser Hinweis des Präsidiums von Ihrem Redebeitrag zeitlich nicht abzuziehen. Insofern haben Sie noch 30 Sekunden.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

**Klaus Schlie [CDU]:**

Da mir eigentlich insgesamt 15 Minuten zur Verfügung standen, ist mir die Bemerkung des Präsidenten nicht ganz verständlich, aber ich werde mich natürlich daran halten.

Ich denke schon, dass die Lage der Landespolizei im Bereich der sächlichen Ausstattung eine andere ist. Sie reagieren jetzt mit diesem Maßnahmenpaket, um die Versäumnisse der Vergangenheit nachzuholen.

Gleiches gilt für den Bereich des **Verfassungsschutzes**. Jahrelang - wir erinnern uns alle an die Debatten, die in den letzten Jahren hier geführt wurden - sind wir dafür verteufelt worden, wenn wir das Wort „Verfassungsschutz“ überhaupt nur in den Mund genommen haben. Jahrelang ist uns gesagt worden: Wir brauchen eigentlich gar keinen Verfassungsschutz in

Schleswig-Holstein. Erst als der Rechtsextremismus um sich griff, ist die Notwendigkeit des Verfassungsschutzes wieder anerkannt worden. Aber wenn wir gefordert haben, dass der Verfassungsschutz insgesamt, also auch in seinen operativen Elementen, verstärkt werden sollte,

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie gar nicht gefordert!)

dann - Frau Kollegin Heinold - ist immer wieder gesagt worden, dass der Verfassungsschutz gar nicht notwendig sei, dass wir ihn letztendlich gar nicht brauchten.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Anträge haben das nie umfasst!)

Sie haben die Lage, die Situation einfach unterschätzt. Ich glaube, dass wir eine weitere Arbeitseinheit „Islamismus“ brauchen, dass wir schon eine zweite vollständige Observationsgruppe brauchen. Aber ich frage mich natürlich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Wo kriegen wir denn die Fachleute her? Wo sind sie denn jetzt? Natürlich braucht jetzt jedes Land diese Kräfte und das ist auch beim Bundesamt für Verfassungsschutz der Fall. Hätten wir eine richtige Politik gemacht, dann hätten wir schon vor Jahren den Verfassungsschutz langfristig tatkräftig und schlagkräftig aufgebaut und nicht erst jetzt, in letzter Sekunde, nach den Anschlägen vom 11. September, erkannt, dass wir in diesem Bereich etwas tun müssen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

30 Sekunden!

**Klaus Schlie [CDU]:**

Ähnlich - Herr Kollege Astrup, Sie sind ja auch Kommunalpolitiker - sieht das auch im **Katastrophenschutz** aus. Was ist denn in den letzten Wochen geschehen? Fragen Sie doch einmal bei Ihrer Kreisverwaltung nach. Gerade in den letzten Wochen und Monaten sind all diese Dinge - -

(Zuruf von der SPD: Redezeit!)

- Nein, meine Redezeit ist nicht zu Ende. Das wird der Präsident schon entscheiden. - In den letzten Wochen und Monaten ist gerade im B- und C-Bereich Entsprechendes vernichtet, abgebaut worden. Jetzt fangen Sie wieder an, darüber nachzudenken, ob man hier nicht etwas voranbringen soll. Ich denke schon, dass das notwendig ist. Aber bisher war die angebliche politische Weltlage nicht dazu geeignet, über Katastrophenschutz in diesem Lande überhaupt nachzudenken. Wer das getan hat, war angeblich gegen Entspannungspoli-

**(Klaus Schlie)**

tik. Wenn wir auch nur die Worte „Zivil- und Katastrophenschutz“ in den Mund genommen haben, wurden wir politisch sofort in eine bestimmte Ecke gestellt. Das ist der Fehler in Ihrer Politik gewesen. Diesbezüglich müssen Sie jetzt schnell nacharbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Bereich der **Justiz**. Wenn wir uns einmal anschauen, was jetzt im Bereich der Justiz gemacht werden soll, fragen wir uns natürlich sehr konkret und sehr genau: Was hat das alles mit dem 11. September zu tun?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Frage habe ich auch gestellt!)

Was haben denn die zusätzlichen Staatsanwälte, was haben denn die zusätzlichen Richterstellen, was haben denn die zusätzlichen Angestellten und Beamten im Justizvollzugsdienst mit dem 11. September zu tun? Was hat denn die Erkenntnis, dass man in unseren Justizvollzugsanstalten insbesondere auf die ausländischen Strafgegangenen eingehen muss, mit dem 11. September zu tun? - Nein, das ist das Eingeständnis Ihrer Versäumnisse der letzten Jahre. Sie haben in diesem Bereich einfach versagt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir fordern seit vielen Jahren, nachzulesen in unseren Haushaltsanträgen, eine Staatsanwaltschaft mit dem Schwerpunkt Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

(Thorsten Geißler [CDU]: So ist es!)

Wir fordern seit vielen Jahren eine weitere Strafkammer. Immer wieder haben Sie dies abgelehnt und gesagt, alles sei ausreichend, alles sei bestens. Wir arbeiten momentan im Kern das auf, was in den letzten Jahren bei Ihnen schief gegangen ist. Deswegen glaube ich, dass es nicht legitim ist und dass es nicht in Ordnung ist, wenn Sie die Dinge jetzt einfach miteinander vermischen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich darf einmal eine geschäftsleitende Bemerkung machen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ruhe, bitte! - Im Präsidium sind wir von einer Redezeit von 25 Minuten ausgegangen. Dann gab es - das wollen wir der Ehrlichkeit halber sagen - im Rahmen dieser Diskussion ein Signal von allen Geschäftsführern, es könnten 30 Minuten sein. Mittlerweile sind

wir der Auffassung - das ist auch richtig so -, dass das Präsidium am Anfang mit 25 Minuten richtig lag, weil die Atomdebatte nicht zur verbundenen Debatte zählt.

(Holger Astrup [SPD]: Die ziehen wir dann wieder ab, Herr Präsident!)

- Jetzt wird nichts abgezogen. Das war eine Vereinbarung, die die Geschäftsführer an das Präsidium herangetragen hatten. Die Auffassung des Präsidiums war bekannterweise eine andere. Deswegen wird jetzt der Kollege Schlie seine letzten beiden Sätze formulieren und dann werden wir im Rahmen der vereinbarten Redezeit fortfahren.

(Holger Astrup [SPD]: Einverstanden!)

**Klaus Schlie [CDU]:**

Für den Redner ist es eine sehr auskömmliche Situation, Gedanken im Zusammenhang vortragen zu dürfen. Aber ich werde mich natürlich an das mahnende Wort des Präsidenten halten und will abschließend sagen: Wir werden der Rasterfahndung, so wie sie im Gesetzentwurf vorgeschlagen ist, unsere Zustimmung geben, wengleich wir bei den einschränkenden Elementen, die hier vorgesehen sind, erhebliche Bedenken haben. Sie selber, Herr Innenminister, haben ja vorgetragen, dass diese Elemente in der Bundesrepublik Deutschland einmalig sind. Diese werden zu einem unnötigen bürokratischen Aufwand führen, sie werden dazu führen, dass wir diese Fahndung nicht genauso schnell durchführen können wie andere Bundesländer.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unsinn!)

Wir haben Hemmnisse aufgebaut, die im Übrigen, Herr Kollege Kubicki, aus unserer Sicht überhaupt nicht dazu dienen, dem Rechtsstaatsprinzip in irgendeiner Form Genüge zu tun. Wir würden gern mit uns über den Richtervorbehalt reden lassen. Aber alles andere, so zum Beispiel die Vorlage eines Berichts hier im Landtag, ist - das wissen Sie doch genauso gut wie ich - reine Bürokratie und dient letztendlich nicht der notwendigen Rasterfahndung, die wir im Sinne einer schnellen Tätererfassung einführen wollen.

Wir werden trotz dieser Bedenken dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Bevor ich jetzt Herrn Klaus-Peter Puls das Wort erteile, will ich zur Orientierung die restlichen - gerundeten - Redezeiten der einzelnen Fraktionen nennen: Die SPD verfügt noch über 16 Minuten Redezeit, die Grünen verfügen über neun Minuten, der SSW über 15 Minuten. Herr Kubicki hatte sich nach § 56 Abs. 4

**(Vizepräsident Thomas Stritzl)**

der Geschäftsordnung gemeldet, weil die Redezeit der FDP aufgebraucht ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich habe die verbundene Debatte tatsächlich geführt! Ich konnte mich auf die neue Lage einstellen, Herr Präsident!)

- Sehr geehrter Herr Kubicki, Ihre Flexibilität ist bekannt. Aber ich bitte Sie doch, das Kommentieren der geschäftsleitenden Bemerkungen zu unterlassen, und darf jetzt dem Kollegen Klaus-Peter Puls das Wort erteilen.

**Klaus-Peter Puls [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dauerhafte Freiheit, grenzenlose Gerechtigkeit, uneingeschränkte Solidarität sind angesagt, werden propagiert. Geschieht das, um zu dokumentieren, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ohne verstärkende Attribute nicht mehr aussagefähig sind?

Der SPD als Rechtsstaatspartei wird in der öffentlichen Diskussion gelegentlich vorgehalten, nicht mehr streng und sauber rechtsstaatlich zu sein, wegen der terroristischen Attentate von Washington und New York möglicherweise bereit zu sein, die Grundwerte unserer Verfassung im Namen der Sicherheit preiszugeben. Dem ist nicht so.

Alles, was die Landesregierung hier heute vorgeschlagen hat, was von der Landtagsfraktion der SPD an Maßnahmen unterstützt und gleichermaßen gefordert wird, ist rechtsstaatlich, ist über jeden Anwurf erhaben, es verstoße gegen das Grundgesetz, gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, gegen ganz bestimmte Grundrechte, die es zu schützen gilt.

§ 247 des schleswig-holsteinischen Landesverwaltungsgesetzes lautet sinngemäß: Für Maßnahmen, die nach den Bestimmungen des Landesverwaltungsgesetzes, also unseres Polizeigesetzes, getroffen werden können, wird das Recht der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz) eingeschränkt. - Die Möglichkeit gibt es; sie ist verfassungsrechtlich vorgesehen.

Allen Kritikern - auch in der Landespresse -, die da meinen, **Grundrechtseinschränkungen** seien als solche rechtsstaatswidrig, ist zu sagen, dass sie von falschen Voraussetzungen ausgehen. Entscheidend für jede Maßnahme, die die Politik in einer bestimmten Situation ergreift oder in Erwägung zieht, ist erstens, ob die Maßnahme geeignet, zwecktauglich ist, zweitens, ob die Maßnahme erforderlich ist - will sagen, ob es Maßnahmen gibt, die möglicherweise Bürgerrechte weniger berühren oder beeinträchtigen -, und drittens, ob die Maßnahme verhältnismäßig ist, ob also akzep-

tiert werden kann, dass ein bestimmtes Grundrecht - zum Beispiel die persönliche Freiheit - eingeschränkt wird, wenn dadurch essenziell und substanziell mehr für die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung getan werden kann.

Gemessen an diesen Maßstäben sind die von der Landesregierung vorgeschlagenen und von uns mitgetragenen unterstützenden Maßnahmen verfassungsgemäß, rechtsstaatlich sauber und aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger nicht nur zumutbar, sondern geboten.

Zu unseren Forderungen im Einzelnen, die sich ja ausdrücklich nicht auf die Bekämpfung des aktuell bedrohlichen internationalen Terrorismus, sondern generell auf die Stärkung und Erhöhung der **inneren Sicherheit** in unserem Land beziehen!

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das ist gut, dass Sie das sagen!)

- Es ist richtig, Herr Kollege Wadephul - Sie haben darauf hingewiesen -, dass sich ein Teil unserer Forderungen mit Ihren decken. Das sind insbesondere die Forderungen nach erhöhten Bundeszuschüssen für die Bereitschaftspolizeien der Länder, die Forderung nach Anpassung des Verfassungsschutzes an die aktuelle Sicherheitslage, die Forderung nach Anpassung des Katastrophenschutzes an die aktuelle Sicherheitslage, die Forderung nach einer Verbesserung der Identitätsfeststellung bei der Vergabe von Visa. In diesen Bereichen sind wir selbstverständlich bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Wir sind es auch in zwei weiteren Punkten, die in unserem Antrag enthalten sind, nämlich in dem Punkt, der an allererster Stelle steht und zu dem die Regierung ausführlich vorgetragen hat - wir möchten ihr hierfür auch herzlich danken -: Verbesserung der Personal- und Sachausstattung von **Polizei** und **Justiz** ist angesagt. Dies ist die originäre Landesverantwortlichkeit und dieser Aufgabe wollen wir uns mit ganz konkreten haushaltspolitischen Ansätzen stellen. Das scheint uns die wichtigste Botschaft aus der heutigen Landtagssitzung zu sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

Der zweite Punkt, mit dem Sie sich ja auch einverstanden erklären können, ist, auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass in Sachen **Bankgeheimnis** etwas geschieht; das ist ein Punkt, der in Ihrem Katalog nicht enthalten ist, aber ich vermute einmal, dass Sie möglicherweise auch in diesem Bereich mit uns gemeinsame Lösungen anstreben könnten.



(Klaus-Peter Puls)

Nicht mit der CDU-Fraktion einig sind wir in zwei Punkten: Das ist einmal der Punkt **Kronzeugenregelung**. Dazu hat Herr Kubicki ausreichend vorgetragen. Wir werden gleichwohl das, was auf Bundesebene hierzu konkret für die Gesetzgebung vorbereitet wird, kritisch überprüfen. Es soll jedenfalls nach unserer Meinung nicht mehr zu einem Wiederaufleben der 1999 abgeschafften Kronzeugenregelung kommen. Hier müssen differenzierte Lösungen her, die wir dann im Einzelnen auch mit Ihnen beraten werden.

Aber die Ablehnung ganz konsequent bezieht sich auf diesen Punkt - jedenfalls so, wie er bei Ihnen formuliert ist, Herr Kollege Wadephul -: Die Landesregierung möge dafür Sorge tragen, dass Ausländer, die sich extremistisch und verfassungsfeindlich betätigen, ausgewiesen werden. Wir verbinden mit diesem allgemeinen Satz die Gefahr der Pauschalverdächtigung von Moslems, Arabern, Ausländern in diesem Sicherheitszusammenhang. Dem sollten wir in jeder Beziehung vorbeugen, Herr Kollege Wadephul. - Ganz abgesehen davon, dass für extremistische und terroristische Täter aus dem Ausland schon die Ausweisungsmöglichkeit in unserem **Ausländerrecht** ausreichend geregelt ist. Ich verweise hierzu nur auf die §§ 45 und 46 des Ausländergesetzes, wonach ein Ausländer ausgewiesen werden kann, wenn sein Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt. Nach § 46 kann dann insbesondere ausgewiesen werden, wer die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt, zu Gewaltanwendung aufruft oder mit Gewaltanwendung droht. Die Ausweisung, Abschiebung in solchen Fällen ist unabhängig von strafrechtlicher Relevanz möglich und sie ist auch möglich, ohne ein langwieriges Rechtsschutzverfahren zu durchlaufen. Die Rechtsprechung ist sich einig, dass für betroffene Ausländer etwa, die terroristische Vereinigungen unterstützen und die eine Sicherheitsgefahr für die Bundesrepublik Deutschland darstellen, der Rechtsschutz einstweilig zurückzustellen ist, sodass Abschiebung ermöglicht werden kann. Das ist geltendes Recht.

Zur so genannten Rasterfahndung lassen Sie mich den Datenschutzbeauftragten unseres Landes - -

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Kollege Puls, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul?

**Klaus-Peter Puls [SPD]:**

Ja, bitte.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:** Herr Kollege Puls, Sie haben die einschlägigen Vorschriften des Ausländerrechts zitiert. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass wir zwar die rechtliche Möglichkeit zur Ausweisung haben, dass sie aber derzeit nicht in dem Maße praktiziert wird, wie der Antrag das will und wie das offenbar auch Ihre Auffassung ist?

- Ich gehe davon aus, dass die Behörden, die die Gesetze umzusetzen haben, dies auch tun, und ich bin insoweit auch mit Ihnen einig, dass das geschehen sollte.

Zur so genannten Rasterfahndung lassen Sie mich den Datenschutzbeauftragten Helmut Bäuml zitieren, der heute in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ Folgendes schreibt:

„Wenn es stimmen würde, dass sicherheitsbehördliche Effizienz und rechtsstaatliche Vorgehensweise nicht zusammenpassen, dann stünde es schlecht um den demokratischen Rechtsstaat; denn das sind genau die beiden Herausforderungen, vor die er nun gestellt ist.

Er muss seine Bürger wirksam schützen und darf dabei die Werte nicht selbst preisgeben, denen der Anschlag vom 11. September galt.“

Und weiter heißt es:

„Wer jetzt so tut, als seien Sicherheitsbehörden durch rechtsstaatliche Bedenkenräger die Hände gebunden, der verhindert auch eine kritische Analyse der Vollzugsdefizite und der spielt ungewollt jenen in die Hände, die mit noch einfacheren Parolen versprechen, die Sicherheit noch wirkungsvoller zu schützen. Schleswig-Holstein sollte bei seiner nüchternen, abgewogenen Haltung in Fragen der inneren Sicherheit bleiben und sich darauf konzentrieren, seine polizeilichen Mittel möglichst effizient einzusetzen.“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Genau das tun wir, wenn wir den Gesetzentwurf der Landesregierung zum automatisierten Datenabgleich auf den Weg bringen. Wir würden es nicht tun, wenn wir mit Ihnen wieder in Ihre konservative Grabbelkiste hineingreifen würden

(Lachen der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW] - Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

**(Klaus-Peter Puls)**

und die Schleierfahndung erneut auf den Tisch des Hauses brächten. - Dazu wird der Kollege Rother aber gleich noch vortragen.

Zur **Rasterfahndung** hat der **Datenschutzbeauftragte** in seiner Stellungnahme konkret zum Gesetzentwurf ausdrücklich gesagt, es sei nunmehr Aufgabe der Politik und des Gesetzgebers, angesichts der neuen Qualität terroristischer Bedrohung eine erneute Gewichtung der betroffenen Belange vorzunehmen. Der Datenschutzbeauftragte begrüßt ausdrücklich die vorgesehene Befristung der Regelung bis zum Jahr 2005. Der Datenschutzbeauftragte hebt ausdrücklich positiv hervor, dass sich der Gesetzentwurf um eine konsequent rechtsschutzfreundliche verfahrensrechtliche Ausgestaltung der präventivpolizeilichen Rasterfahndung bemüht. Dies betreffe vor allem die alleinige richterliche Anordnungsbefugnis, die Benachrichtigung von Betroffenen weiterer Maßnahmen im Anschluss an die Rasterfahndung sowie die Unterrichtung des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz sowohl über den Beginn als auch über den Abschluss einer Rasterfahndung.

Das ist die datenschutzrechtliche Beurteilung und der Datenschutzbeauftragte hat angeregt - die Stellungnahme stammt vom 5. Oktober -, in den Gesetzentwurf ergänzend eine Berichtspflicht der Landesregierung gegenüber dem Landtag aufzunehmen. Herr Schlie ist auf diesen Punkt eben etwas abfällig eingegangen; wir als SPD-Fraktion halten ihn für sehr wichtig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

In der überwiegenden Mehrheit unserer Fraktion halten wir ihn für wichtiger als die Befristung. Die Befristung - Herr Kubicki hat es vorhin auch gesagt - ist eher nachrangig. Auf der Grundlage der alljährlich vorzulegenden Berichte der Landesregierung, des Innenministers sind wir als souveränes Landesparlament nämlich in die Lage versetzt, eine Erfolgskontrolle und eine Auswertung konkreter Maßnahmen zu betreiben und dann zu sagen, ob wir das Gesetz weiter gelten lassen oder ob wir es wieder aufheben wollen. Das können wir alljährlich aufgrund einer konkreten Prüfung und Erfolgskontrolle machen,

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Können Sie nicht machen! Sie haben eine Befristung!)

sodass es eigentlich nicht darauf ankommt, dass das automatische Außer-Kraft-Treten des Gesetzes auf fünf oder wie viele Jahre begrenzt wird.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie haben beides!)

Wir wissen heute noch gar nicht, wie lange die terroristische Bedrohung noch anhalten wird, sodass jede

Begrenzung und Befristung im Grunde eine willkürliche sein wird. Sie ist allerdings ein Symbol dafür, dass wir uns zu ständiger Überprüfung und ständiger Erfolgskontrolle verpflichten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Geißler!

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Vielen Dank, Herr Kollege Puls, dass Sie die Arbeit des Präsidiums nicht übernehmen wollen.

**Thorsten Geißler [CDU]:** Herr Kollege Puls, wenn Sie mit uns übereinstimmen, was ich mit großem Interesse gehört habe, dass diese Befristung eigentlich keinen Sinn macht, weil wir ein Gesetz ohnehin jederzeit außer Kraft setzen können, wären Sie bereit, einem entsprechenden Antrag meiner Fraktion auf Streichung dieser Befristung Ihre Zustimmung zu erteilen?

**Klaus-Peter Puls [SPD]:**

Nein. Das sollten meine Schlussbemerkungen sein, Herr Kollege Geißler. Wir stimmen dem Gesetzentwurf, wie er von der Landesregierung vorgelegt wurde, einschließlich der Befristung in Gänze zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Mein Schlusssatz, alles umfassend, was hier heute besprochen worden ist, lautet: Die SPD-Fraktion wird jede Maßnahme unterstützen, die geeignet ist, den internationalen Terrorismus wirksam zu bekämpfen und die innere Sicherheit zu verbessern. Für erforderliche Maßnahmen werden wir die erforderlichen Haushaltsmittel bereitstellen. Den Gesetzentwurf der Landesregierung zur so genannten Rasterfahndung bitten wir, in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Irene Fröhlich.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die **Terroranschläge** vom 11. September haben uns gezeigt, dass vieles nicht sicher ist, was wir immer

(Irene Fröhlich)

für sicher hielten. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir alle unsere Sicherheitskonzepte gründlich überdenken und auch das, was wir vor kurzem vielleicht noch abgelehnt oder vehement befürwortet haben, neu bewerten.

Was wir aber nicht machen sollten, ist, die gesamte verstaubte Klamottenkiste „Terrorabwehr“ aus den 70er-Jahren herauszukramen und alles hier in den Landtag zu kippen. Egal, ob die Mittel von damals irgendeinen Nutzen gegen fanatisch-religiösen Terror haben, und egal, ob hier ganze Bevölkerungsteile als Terroristen verdächtigt werden, schmeißt die CDU alles einfach mal in die Diskussion.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist Unsinn! - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wir schmeißen nicht! Sie sollten Ihre Sprache überprüfen! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie werfen!)

Durch ständige **Identitätskontrollen** an der dänischen Grenze und auf allen Durchgangsstraßen wird man keinen Terroristen erkennen, dessen religiös ummantelter Fanatismus bis zur Todesbereitschaft geht. Wir haben es mit Terroristen zu tun, die legal und völlig angepasst hier in Deutschland gelebt haben und für ihre Taten mit einem Teppichmesser bewaffnet waren.

Die Schleierfahndung ist ein untaugliches Mittel für die Terrorismusbekämpfung.

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Statt verantwortungsbewusst zur Diskussion um die **Terrorismusbekämpfung** beizutragen, behandeln Sie in Ihrem Antrag illegal in Deutschland lebende Ausländer so, als seien sie die Mörder von New York und Washington.

(Widerspruch bei der CDU)

Statt die Aufgaben der Polizei auf die nun dringenden Aufgaben der inneren Sicherheit zu konzentrieren, fordern Sie jetzt personalintensive und ineffiziente Straßen- und Grenzkontrollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, was Sie hier betreiben, ist verantwortungsloser Populismus. Sie sollten sich nicht so sehr mit Ihren internen Querelen beschäftigen, sondern sich der inneren Sicherheit zuwenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thorsten Geißler [CDU]: Unerhört!)

Wenn Sie auch noch sagen „unerhört“, möchte ich gern, dass Sie uns noch einmal zeigen, wo denn Ihre Anträge zur Ausweitung des Verfassungsschutzes waren.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das haben wir in all den Jahren im Haushalt beantragt!)

Seit ich in diesem Landtag bin, seit 1996, ist mir ein solcher Antrag nicht bekannt geworden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da haben die Grünen gependet!)

Das unterstreicht nur, dass es Ihnen nicht wirklich ernst ist

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist Unsinn!)

mit der Terrorismusbekämpfung, sondern Sie hier nur Ihre ollen Kamellen diskutieren wollen. Das haben wir hier schon öfter gehabt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben überhaupt nichts verstanden! - Klaus Schlie [CDU]: Wie kann man in so kurzer Zeit so viel Unsinn reden!)

- Ich habe dazu von Ihnen bisher keinen Antrag gesehen. Insofern ist das, was Sie hier sagen, alles verlogenes Gerede.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Das ist eng an der Grenze! - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Was ist das für eine Tonlage?)

Ich möchte noch einen anderen Gedanken in diese Debatte bringen. Wir Politikerinnen und Politiker, die wir uns auf den Weg gemacht haben, unsere Wählerinnen und Wähler in diesem hohen Haus zu vertreten, haben selbstverständlich ein Bild davon, wie wir uns Gesellschaft vorstellen und was wir vorrangig für eine solche Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, benötigen.

Für uns Grünen stehen dabei nach wie vor Bildung, Ausbildung und Prävention im Vordergrund, Prävention natürlich auch und gerade im Bereich der Polizei. Hier kann sich Schleswig-Holstein mit seinen Präventionskonzepten durchaus sehen lassen.

Genau an dieser Stelle ist für mich ein Stück Verbindung zwischen innerer und so genannter äußerer Sicherheit gegeben. Bildung, Ausbildung, Prävention, das nützt der freien, der demokratischen, aber auch der sicheren Gesellschaft. Das nützt nicht nur in der Gesellschaft. Ich glaube, wir müssen uns in der globalisierten Weltgesellschaft genau darüber Gedanken machen, wo die Prioritäten liegen.

Dementsprechend schafft man sich seine Gesetze. Dementsprechend werden auch die Prioritäten im Haushalt gesetzt. Das ist völlig klar.

(Irene Fröhlich)

Wir stehen jetzt tatsächlich vor der Notwendigkeit, neue Prioritäten zu setzen. Das tun wir hier. Das tun wir gemeinsam mit der Landesregierung.

Unser Augenmerk gilt natürlich Sicherheitsrisiken - das hat mein Kollege Martin Hentschel schon gesagt -, die wir uns selber geschaffen haben. Das sind nukleare und chemische Großanlagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sollten Ihre Klamottenkiste zu lassen!)

Dies sollte uns zu denken geben. Darüber sollten wir uns Gedanken machen. Ich bin Frau Scheicht sehr dankbar für ihre Kleine Anfrage zum Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein. Auch dazu hat die Landesregierung etwas gesagt. Auch da werden wir aktiv werden und neu überdenken müssen, welche Maßnahmen wir fördern müssen, was wir wirklich brauchen, um unsere Gesellschaft vor ganz neuen, bisher unbekanntem Risiken zu schützen.

Nach dem 11. September gibt es für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei zentrale Herausforderungen: **Sicherheit** bewahren und **Freiheit** sichern. Das darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ohne das jeweils andere kann weder Sicherheit noch Freiheit existieren.

Wer nach den Terroranschlägen von New York und Washington in hilflosem Aktionismus und Notstandshysterie verfällt, wer massive Einschränkungen von Freiheitsrechten und rechtsstaatliche Kontrollen in Kauf nimmt, betreibt die Arbeit derer, die uns mit ihren Anschlägen Angst vor unserer Freiheit machen wollen.

(Werner Kalinka [CDU]: Wen meinen Sie denn damit?)

Der Schrecken darf nicht über die Freiheit siegen.

(Werner Kalinka [CDU]: Wen meinen Sie denn?)

- Hören Sie einfach zu, Sie werden es schon herausfinden.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist bei Ihrer Rede schwer!)

Dennoch müssen wir nach den Terroranschlägen, die unsere Vorstellungskraft überstiegen haben, unsere bisherigen Konzepte überdenken. Ob die Rasterfahndung zur Gefahrenabwehr eine Erfolg versprechende Fahndungsmethode ist, ist sehr zweifelhaft.

(Klaus Schlie [CDU]: Warum stimmen dann zu?)

Aber es ist nicht auszuschließen. Bei der präventiven **Rasterfahndung** besteht im Gegensatz zur Kronzeugenregelung oder zur Schleierfahndung wenigstens die Hoffnung, potenziellen Selbstmordattentätern rechtzeitig auf die Spur zu kommen.

Strafverfolgungsinstrumente machen bei Selbstmordattentätern keinen Sinn. Deshalb mussten wir hier ein präventives Instrument einführen. Die Rasterfahndung kann nicht erst eingesetzt werden, wenn - Sie werden das drastische Beispiel entschuldigen - das Flugzeug bereits in der Luft ist.

Angesichts der Terroranschläge in den USA und der bitteren Erfahrung, dass die mutmaßlichen Terroristen hier in Norddeutschland unauffällig und vordergründig integriert gelebt haben, halten wir diese Fahndungsmethode zum gegenwärtigen Zeitpunkt für unumgänglich.

Ich möchte nicht Schuld daran gewesen sein, verweigert zu haben, ein Instrument zu schaffen, das vielleicht nutzen würde.

Um Grund- und Bürgerrechte möglichst wenig zu beeinträchtigen, haben wir folgende Regelungen getroffen.

Erstens. Die Rasterfahndung ist nur auf Beschluss eines Richters möglich.

Zweitens. Sie wird zeitlich befristet bis Ende 2005 eingeführt.

Drittens. Alle Daten werden gelöscht, soweit sie für die richterlich genehmigte Fahndung nicht mehr erforderlich sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens. Der Ablauf des Datenabgleichs wird vom Landesdatenschutzbeauftragten kontrolliert.

Mit dieser fein austarierten Ausgestaltung, die auch von Dr. Bäumlner vom Datenschutzzentrum gelobt wurde, ist unsere Regelung einmalig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein anderes Bundesland hat für die Rasterfahndung so klare rechtsstaatliche Grenzen gesetzt, wie wir sie in Schleswig-Holstein einführen wollen. Sicherheit und Bürgerrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ich wiederhole das. Wer schreibt das bloß unserem Bundesinnenminister ins Stammbuch?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Bevor ich gleich Herrn Kollegen Lars Harms das Wort gebe, darf ich noch eine Anmerkung machen. Bei allem notwendigen Streit und auch unterschiedlicher Pointierung von Meinungen wäre das Präsidium doch dankbar, wenn wir - insbesondere bei dieser Debatte - auf den gegenseitigen Vorwurf von Verlogenheit als Begrifflichkeit in der Debatte verzichten könnten.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gegenwärtig läuft ein aufrichtiger konservativer Mensch schon richtig Gefahr, dass sein gesamtes Weltbild durcheinander gerät. Da redet die CDU von innerer Sicherheit, aber wenn sie zum Sturm auf die Bundesregierung bläst, war der vermeintlich rote Bundesinnenminister Schily immer schon da, wo die strammen Konservativen gerade erst hin wollten. Die CDU gerät aufgrund der stockkonservativen Haltung des SPD-Innenministers immer mehr in argumentative Notlage. Das ist wohl der einzig wirkliche konkrete Notstand, den wir in Deutschland derzeit haben.

Während dem SSW in solchen Situationen immer noch der pädagogisch wertvolle Blick gen Norden bleibt, ist der Rettungsanker der CDU in Berlin nur noch eine Politik aus Absurdistan: Grundgesetzänderung und Einsatz der Bundeswehr im Innern. Das ist ein mehr als traurig stimmender Vorschlag!

Mit dem Antrag der CDU zur Einführung der **Schleierfahndung** in Schleswig-Holstein unternimmt jetzt auch der Kollege Wadephul einen verzweifelten Versuch, Herrn Schily noch zu überholen. Das ist umso betrüblicher, als bislang gerade vom designierten CDU-Fraktionsvorsitzenden Zeichen der Öffnung in der CDU Schleswig-Holstein gesetzt wurden. Das meine ich wirklich so. Was aber jetzt von Ihnen kommt, Herr Kollege Wadephul, ist ein Rückschritt in längst vergangene Zeiten.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Die Schleierfahndung ist kein geeignetes Mittel, um die neue Gefahr des Terrorismus zu verhindern, auch wenn die zeitliche Nähe zu anderen Initiativen dies unterstellt. Noch mehr als bei anderen Maßnahmen wie der Rasterfahndung wird mit der Schleierfahndung im Trüben gefischt. Gerade weil mit der Schleierfahndung unschuldige Bürgerinnen und Bürger belästigt

werden, aber kaum große Fische - oder auch „Schläfer“ - ins Netz gehen, ist der SSW gegen diese Maßnahme.

(Klaus Schlie [CDU]: Lesen Sie, welche Erfolge in Baden-Württemberg erreicht wurden!)

Das scheint die CDU auch erkannt zu haben, denn als Begründung für ihren Antrag gibt sie nicht an, Terroristen jagen zu wollen, sondern begründet die Notwendigkeit der Schleierfahndung mit der Vergrößerung des Schengenraumes und der Öffnung der Grenze nach Dänemark. Schengen hat das Ziel, die Grenzen und Regionen innerhalb der EU offener zu machen. Mit der EU-Osterweiterung werden die Außengrenzen der EU verschoben. Will man Kontrollen, so muss man diese an den Grenzen der EU ermöglichen. Hieran wird gerade intensiv gearbeitet, wovon sich eine Gruppe von Parlamentariern aus unserem Hause erst kürzlich in Polen und in der Ukraine überzeugen konnte. Wenn Sie also davon sprechen, die Polizei für die zukünftige EU-Erweiterung rüsten zu wollen, so sollten Sie nicht die Schleierfahndung einführen, sondern die Strukturen in den EU-Beitrittsländern und in deren Nachbarländern stärken.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zweite Begründung ist, dass die Grenzkontrollen zu Dänemark weggefallen sind. Ich verweise wieder darauf, dass Schengen das Ziel hat, die Grenzen und Regionen innerhalb der EU offener zu gestalten.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Das ist auch gut so!)

Die Polizei in Schleswig-Holstein und die Polizei in Dänemark beginnen, Strukturen zu schaffen, die ihnen eine noch bessere Zusammenarbeit ermöglichen. Die kriminalistische Zusammenarbeit im Grenzland ist sehr gut. In jedem Fall darf die Zusammenarbeit der Polizei aber nicht zum Ziel haben, verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchzuführen. Würden wir das wollen, hätten wir die Grenzhäuschen auch stehen lassen können.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass die Grenzen zu den Niederlanden, Belgien und nach Frankreich seit vielen Jahren offen sind und dies niemals auch nur im Ansatz zum Anlass genommen wur-

(Lars Harms)

de, die Schleierfahndung in den dortigen Grenzregionen zu fordern.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Doch, natürlich!)

Wenn man die wieder entfachte Diskussion um die **innere Sicherheit** verfolgt, dann kann man schon den Eindruck gewinnen, dass jetzt alles aus dem Hut gezogen wird, was greifbar ist. Auf der nach unten nur begrenzt offenen Sinnhaftigkeits- und Vernunftsskala ist Ihr Vorschlag, Herr Kollege Wadephul, ganz unten anzusiedeln.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Der SSW bleibt auf dem Standpunkt, dass der Staat nur mit solchen innenpolitischen Instrumenten in die individuelle Freiheitssphäre der Menschen eingreifen darf, wenn diese auch wirklich dazu taugen, das angestrebte Ziel zu erreichen, wenn sie den Einzelnen möglichst wenig belasten und die Vorteile insgesamt die Nachteile überwiegen. Die Schleierfahndung erfüllt diese Kriterien nicht.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Bevor ich Herrn Thomas Rother für die SPD-Fraktion das Wort erteile - es bleiben noch zirka drei Minuten -, gebe ich folgenden Hinweis: Wir würden danach in die Folge der Kurzbeiträge eintreten. Ich weise darauf hin, dass wir danach noch Abstimmungen vorzunehmen haben. Das bedeutet für das Haus, dass wir den Eintritt in die Mittagspause um - wie es bisher aussieht - rund 15 Minuten verschieben müssen. Dies nur, damit Sie sich darauf vorbereiten können.

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Rother.

**Thomas Rother [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus macht es erforderlich, über die Solidarität mit den Opfern hinaus notwendige Gegenmaßnahmen zu ermöglichen und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen. Genau darüber reden wir. Diese Maßnahmen sollen zielgenau sein. Dazu gehört auch die Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung. Herr Schlie, falls Sie zuhören, dieses Gefühl hat sich nach dem 11.09.2001 verändert. Genau darauf muss man reagieren und darauf wird auch reagiert.

Damit hat allerdings nichts zu tun, wenn Vorhaben, die noch auf irgendeiner Festplatte schmoren und für die endlich ein Vehikel zur Durchsetzung gefunden

werden soll, in diesem Zuge zum Ziel gebracht werden sollen. Der Vorschlag der CDU-Fraktion, das Landesverwaltungsgesetz zu ändern und für die Schleierfahndung zu öffnen, gehört zu dieser Art Vorhaben. Schleierfahndung soll auch ohne einen konkreten Verdacht und ohne eine konkrete Gefahrensituation polizeiliche Kontrollen ermöglichen, Kontrollen, die ähnlich den Verkehrskontrollen sind, die wir schon kennen. Allerdings könnte man dann über die Kontrolle der Fahrzeugpapiere und der Ausstattung hinaus beispielsweise auch die Durchsuchung eines Kraftfahrzeugs durchführen. Das ist schon ein qualitativer Unterschied.

Kontrollstellen werden schon jetzt lageabhängig, bei Vorliegen eines Verdachts oder an gefährlichen Orten eingerichtet. Das alles ist schon gesetzlich geregelt. Hinzu kommt, dass der Bundesgrenzschutz im Abstand von diesen berühmten 30 km zu einer Grenze, aber auch auf Durchgangsstraßen und in öffentlichen Einrichtungen des internationalen Verkehrs jede Person anhalten, nach dem Ausweis fragen und mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen oder untersuchen kann. Aber auch hier sind grenzpolizeiliche Erfahrungen Voraussetzung für die Kontrollen. Verdachts- und **anlassunabhängige Kontrollen** sind zur Bekämpfung des **Terrorismus** ganz einfach ungeeignet, da eben diese Personen - „Schläfer“ und wie auch immer man sie bezeichnen mag - darauf bedacht sein werden, kein belastendes Material bei sich zu führen, um ihre unauffällige Lebensweise nicht zu gefährden. Auch die Attentäter von New York und Washington wären bei solchen Kontrollen kaum aufgefallen, da bei Maschinenbaustudenten der Fachrichtung Flugzeugtechnik entsprechende Unterlagen und Handbücher wohl nicht als auffällig gelten.

Deshalb wird die Hoffnung des bayerischen Innenministers Beckstein, durch eine Ausweitung der Schleierfahndung über den 30-km-Gürtel hinaus potenzielle Attentäter bei der Ein- und Ausreise zu entdecken, nur ein frommer Wunsch bleiben. Daher besteht in Schleswig-Holstein in dieser Hinsicht auch keine Sicherheitslücke. Die lageabhängigen Kontrollen sind völlig ausreichend und - ganz wichtig - auch erfolgreich. Selbst Herr Kubicki hat - neben dem Innenminister - darauf hingewiesen. Wirklich nicht alles, was möglich ist, ist auch notwendig und sinnvoll. Eine Politik der inneren Sicherheit à la Beckstein, der einmal meinte, dass jeder kontrolliert werden sollte, „dem man nicht zutraut, dass er schon mal 100 DM selber verdient hat“, ist ganz gewiss nicht unsere Politik. Bei solchen Vorstellungen zur inneren Sicherheit gibt es keine Gemeinsamkeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Thomas Rother)

Einen Dämpfer haben die Freunde der Schleierfahndung vor kurzem durch das Urteil des Verfassungsgerichts in Mecklenburg-Vorpommern erhalten. Demnach ist das Reisen auf Durchgangsstraßen allein kein Tatbestand, an den ein solcher Eingriff in Grundrechte geknüpft werden könnte. Es ist also durchaus Vorsicht angebracht, auch wenn in anderen Bundesländern schon entsprechend verfahren wird und Niedersachsen in diesem Falle sogar ganz nahe bei Bayern liegt.

Schlimm genug, dass wir uns mit der 30-km-Regelung für den BGS und den Zoll eine zweite Grenzlinie leisten müssen, obwohl wir die Grenzkontrollen durch das Schengener Abkommen - der Kollege Harms hat darauf hingewiesen - ganz abschaffen wollten.

Eine Maßnahme zur Tourismusförderung ist das übrigens auch nicht. Wer schon einmal in eine solche Kontrolle gekommen ist, wird wissen, wovon ich rede.

Im Inland gilt eigentlich Freizügigkeit. Hier darf nur überprüft werden, wer durch sein Verhalten dazu Anlass gibt, wegen einer konkreten Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder wegen eines Verdachts auf eine Straftat. Gesetzestreue Menschen sind vom Staat eigentlich ganz einfach in Ruhe zu lassen. Prinzipiell muss die Redlichkeit von jedermann vermutet werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir sollten uns von diesen liberalen Grundsätzen nicht weiter entfernen, als es unbedingt notwendig ist, was wir durch die Rasterfahndung ein Stück weit machen werden. Daher werden wir als SPD-Fraktion den Gesetzentwurf der CDU zum Landesverwaltungsgesetz im Innen- und Rechtsausschuss ablehnen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt der Kollege Dr. Johann Wadephul.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss sagen, der Beitrag, Frau Fröhlich, in dem Sie uns verlogenes Gerede vorgeworfen haben, hat mich ein bisschen erschüttert. Er wird dem Ernst der Situation nicht ganz gerecht und entspricht auch nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben ausgeführt, Ihre Reaktion auf das, was uns in diesen Tagen bedroht, sei - ich hoffe, ich zitiere Sie richtig - Bildung, Ausbildung und Prävention.

Den Tätern, die in New York zugeschlagen haben, können Sie im Bereich Bildung und Ausbildung nicht den geringsten Vorwurf machen. Mit noch so guter Ausbildung werden Sie dieser Menschen nicht Herr werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Im Gegenteil!)

Das ist die Situation, vor der wir stehen, Frau Kollegin Fröhlich. Deswegen müssen wir zu neuen Methoden kommen. Wir befinden uns in einer Situation, in der wir anders reagieren müssen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es fragt sich nur, welche Methoden!)

- Darüber diskutieren wir ja gerade in sachlicher Art und Weise oder wir bemühen uns jedenfalls darum, dies in sachlicher Art und Weise zu tun.

Es besteht schon Einigkeit darüber, dass die **Rasterfahndung** an sich eine notwendige Maßnahme ist, die wir an dieser Stelle ergreifen müssen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine mögliche!)

Nun kann man sich noch darüber unterhalten, wie man diese Rasterfahndung ausgestaltet. Verschiedene Redner haben darauf hingewiesen, dass wir in Schleswig-Holstein einen Sonderweg gehen. Wir haben einen Richtervorbehalt, den es in 13 Bundesländern nicht gibt. Wir sehen eine umfangreiche Information des Datenschutzbeauftragten vor, was ich völlig in Ordnung finde. Ferner machen wir diesen Unsinn mit der Befristung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denken Sie auf der linken Seite des Hauses doch einmal darüber nach, dass wir - genauer gesagt: Sie; wir von der CDU ja nicht - die Einzigen in Deutschland sind, die an dieser Stelle zu der richtigen Erkenntnis kommen, während viele andere Bundesländer, von Sozialdemokraten und Grünen geführte Landesregierungen zu anderen Ergebnissen kommen. Glauben Sie eigentlich, nur Sie haben die Weisheit in diesem Bereich mit Löffeln gefressen? Nein, das haben Sie nicht.

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die benutzen gar keine Löffel!)

- Das traue ich ihnen letztlich gar nicht mehr zu.

Wir müssen in dieser Situation sehr ernsthaft darüber diskutieren, was wirklich gemacht werden muss; denn wir haben als Deutsche eine gewisse Verantwortung,

**(Dr. Johann Wadephul)**

in dieser Situation das Notwendige zu machen, weil die Attentäter sich in Deutschland aufgehalten haben. Sie haben sich nicht in einem anderen Land aufgehalten, sondern waren hier „Schläfer“. Deswegen müssen wir hier reagieren.

Abschließend eine Bemerkung zum Thema **Schleierfahndung**. Es ist nun einmal so - Herr Kollege Harms, das Schengener Abkommen ist nun einmal so gedacht, bei allen auf europäischer Ebene -, dass man auf Kontrollen zwischen den Mitgliedstaaten verzichtet, aber ergänzend dazu die Binnenkontrolle verstärkt. Das geht nur durch verdachtsunabhängige Kontrollen, durch kein anderes Mittel. Deswegen ist es konsequent, das zu machen.

Wenn der Kollege Kubicki hier einen Vier-Minuten- oder auch Vier-Sekunden-Kursus für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte anbietet, wie man das umgehen kann

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- das könnte ich als Anwalt auch machen; da fangen wir bei der Verkehrskontrolle und solchen Geschichten an -, dann finde ich das an der Stelle, Herr Kollege Kubicki, unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten - so hat es auch Herr Rother eben angesprochen - sehr bedenklich.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Klaus Schlie [CDU])

Wenn wir von unseren Polizeibeamten verlangen, dass sie einschreiten, dann sollen sie das nicht aufgrund eines defekten Blinkers tun, sondern dann brauchen sie eine klare Rechtsgrundlage, aufgrund derer sie handeln können und müssen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich möchte nur kurz bekannt geben, welche Redner noch auf der Liste stehen. Es sind noch einige Wortmeldungen hinzugekommen.

(Holger Astrup [SPD]: Man kann auch zurückziehen, Herr Präsident!)

- Herr Kollege, es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder Sie melden sich im Rahmen der Geschäftsordnung offiziell zu Wort oder Sie kommen zum Präsidium. Die dritte Möglichkeit, die Sie hier probieren, besteht so nicht.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

Jetzt hat zunächst der Abgeordnete Konrad Nabel das Wort zu einem Kurzbeitrag. Ihm folgt mit einem

Kurzbeitrag der Abgeordnete Wolfgang Kubicki. Dann folgt mit einem Beitrag Frau Kollegin Spoorendonk; ihr stehen formal noch zehn Minuten zur Verfügung. Dann hat sich noch Frau Kollegin Heinold zu einem Kurzbeitrag gemeldet. Ich sage das deshalb, weil es angesichts der Debatte angemessen erscheint, dass wir bei der Abstimmung möglichst vollzählig im Raum sind.

Das Wort hat jetzt zu einem Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Kollege Nabel.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Meine Damen und Herren! Die schleswig-holsteinische SPD hat sich viele Jahre lang erfolgreich gegen die Einführung der **Rasterfahndung** zur Gefahrenabwehr in unserem Land gewehrt. Weder die Erfahrungen aus der Verfolgung der RAF in den 70er-Jahren noch die im Zusammenhang mit anderen Verfahren in den vergangenen Jahren gesammelten Erfahrungen konnten bisher unsere Skepsis gegen diese Form polizeilicher Ermittlungen mindern, die die Unschuldsvermutung aufhebt, in **Persönlichkeitsrechte** eingreift und die **informationelle Selbstbestimmung** missachtet.

So hat der Vertreter meiner Partei zu einem Gesetzentwurf der CDU am 15. September 1994 in diesem Haus ausgeführt - ich zitiere -:

„Schon die Begriffe ‘verdeckte Ermittler’ und ‘Rasterfahndung’ belegen, dass es sich eigentlich und allenfalls um Instrumente zur Aufklärung bereits begangener Straftaten handelt.“

Diese seien, so der Redner damals, in der Strafprozessordnung richtig aufgehoben. Er fügte hinzu:

„Dabei soll es auch bleiben. Selbst im Bereich der Strafverfolgung ist die Wirksamkeit dieser Mittel höchst zweifelhaft und nicht belegt.“

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Den genannten Eingriffsformen sei gemeinsam - ich zitiere weiter -, „dass es sich um besonders schwerwiegende Eingriffe in den Persönlichkeitsschutz handelt“.

Abschließend verwies der Redner zur Untermauerung seiner Ablehnung des Gesetzentwurfs der CDU auf den Datenschutzbeauftragten. Er sagte zur CDU, er lehne alle ihre Vorschläge auch deshalb ab, weil bei Realisierung der Vorschläge der CDU die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in das Grundrecht der infor-



**(Konrad Nabel)**

mationellen Selbstbestimmung nicht mehr sichergestellt wäre.

Eigentlich wäre dem nichts hinzuzufügen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber die Zeiten ändern sich. Es besteht heute eine besondere Gefährdungssituation, die für alle von uns sichtbar ist. Es mag sein, dass durch die Weiterentwicklung der Computertechnik sowie der Methoden der Statistik und Stochastik das an sich fragwürdige Instrument der Rasterfahndung weniger unschuldige Menschen für weniger lange Zeit in den Fahndungscomputern hängen lässt und gleichzeitig aus der Masse der Gerasterten wirklich einige potenzielle Täter herausgefiltert werden. Es kann aber auch sein, dass durch die Rasterfahndung - da zitiere ich den Berliner Staatsrechtler Kutscha - „eine Riesenzahl von Leuten mit einem Pauschalverdacht überzogen wird und die Behörden anschließend in den Daten ertrinken“. Aber das wäre zu überprüfen. Nach der Überprüfung wäre diese Maßnahme neu zu bewerten. Die Landesregierung hat diesen Auftrag dankenswerterweise aufgenommen. Aber das darf nicht vier Jahre dauern, sondern es muss in weit kürzerer Zeit geschehen;

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

denn wer einen starken Rechtsstaat will, der darf nicht zulassen, dass seine Maßnahmen öffentlich mit Begriffen wie „Stochern im Nebel“, „Hexenjagd“ und „Sippenhaft“ belegt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass auf Dauer ganze Studentenschaften verunsichert und muslimische Kommilitonen ausgegrenzt werden oder, wie der eben schon erwähnte Staatsrechtler Kutscha in der letzten Woche sagte, hier im Lande immer mehr Ausnahmezustände in den Normalzustand verlagert werden. Ich erwarte, dass die Mehrheit, die heute dieses Instrument in Kraft setzt, sich selbst in die Verantwortung nimmt, dieses Gesetz und seine Wirksamkeit noch in dieser Wahlperiode zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern.

(Beifall bei der FDP)

Das geht leider nicht, wenn dieses Gesetz bis 2005 gelten soll. Ich bin der festen Überzeugung, dass es ausreicht, diese Überprüfung nach drei Jahren durchzuführen und am Ende dieses Zeitraums, im Herbst 2004, zu einer Neubewertung dieses Gesetzes zu kommen.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Beitrag nach § 56 Abs. 4 erteile ich dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Ausführungen des Kollegen Nabel, der den Kollegen Puls zitiert hat, ist, was die **Rasterfahndung** angeht, eigentlich nichts hinzuzufügen. Ich denke, über die Terminfrage werden wir uns im Ausschuss noch einigen. Aber wir sollten uns - der Kollege Hentschel hat in bedenkenwerter Weise darauf hingewiesen, welche unverbrüchliche Solidarität ihn mit George Bush verbindet - an den Amerikanern ein Beispiel nehmen. Alle Gesetze, die Sie jetzt in Kraft setzen, die der **Terrorismusbekämpfung** dienen, sollten ein Verfallsdatum haben. Alle gehen nach fünf Jahren automatisch wieder außer Vollzug, es sei denn, es gibt eine entsprechende andere Bewertung. Dann ist auch die Sachlage ganz anders.

Die Worte des Kollegen Hentschel haben mich veranlasst, noch einmal das Wort zu ergreifen. Herr Hentschel, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass ich hier nicht anders rede, als ich in Hamburg vor meinen Parteifreunden oder im Bundesvorstand meiner Partei reden würde oder öffentlich rede. Das unterscheidet mich dramatisch von Ihnen. Denn Sie als Grüner reden hier anders als im Kriegsrat, den Sie Parteirat nennen, oder anderswo.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das werden Sie nicht erleben, Herr Kubicki!)

Sie müssen aufpassen, dass Sie im politischen Meinungsraum noch ernst genommen werden.

Der Kollege Schlie verfiert seit Jahren eine Position, die ich in vielen Bereichen nicht teile, die er aber begründet und die man einnehmen kann. Sie wird jetzt fast flächendeckend von den Sozialdemokraten und überwiegend auch von den Grünen eingenommen. Das mag Sie befriedigen, Herr Schlie, mich befriedigt das nicht.

(Klaus Schlie [CDU]: Ich habe auch meine Probleme damit!)

Ich habe gesagt: Ich teile diese Position nicht. Aber ich bin gern bereit, mich eines Besseren belehren zu lassen. Nach wie vor bin ich vielen Ihrer Maßnahmen gegenüber äußerst skeptisch, auch den Maßnahmen gegenüber, die die Landesregierung ins Werk gesetzt hat. Aber Sie werden nie erleben, dass ich mich hinstelle und sage: Ich bin bereit, das mitzutragen, und

(Wolfgang Kubicki)

das mit der Erklärung verbinde, das sei das Gelbe vom Ei, das sei das Richtige, das sei eigentlich das, was wir schon lange hätten machen sollen. Das unterscheidet uns übrigens auch von der Positionsbeschreibung der Grünen hier im Lande und auf Bundesebene. Die haben sich jahrelang gegen diese Maßnahmen gewehrt und erklären sie jetzt für das richtige Mittel, statt zu sagen: Wir geben hier einer Spannung nach.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Schlie, ich fand Ihren Eindruck bemerkenswert, dass wir gegen alles seien, was nicht stimmt, dass wir Maßnahmen, die Sie vorschlagen, kritisieren, dass wir Maßnahmen, die die Landesregierung vorschlägt, kritisieren. Auch das stimmt nicht. Sie haben im zweiten Teil Ihrer Rede alles das, was ich zu den Maßnahmen der Bundesregierung gesagt habe, voll unterstützt.

(Klaus Schlie [CDU]: Es hat nichts mit Terrorismus zu tun!)

- Es ist das Nachholen der Versäumnisse der Vergangenheit.

In diesem Zusammenhang möchte ich dem Innenminister etwas auf den Weg geben. Ich finde es sehr toll, wie Sie das machen. Sie sagen, man muss zufrieden sein, dass man nun, positiv nach vorn blickend, etwas gemacht habe. Noch einmal: Wir müssten die Diskussion, die wir jetzt führen, gar nicht führen. Sie müssten nicht verkünden, welch ein toller Held Sie seien, was Sie dankenswerterweise ja sind. Sie müssten das aber nicht tun. Wenn Sie die Vorschläge von Union und FDP gerade bei der Frage der Personal- und Sachmitteleinsatzung in den letzten Jahren befolgt hätten,

(Beifall bei FDP und CDU)

dann hätten wir die 200 Polizeibeamten mehr, dann hätten wir die Ausbildungskapazitäten mehr, dann hätten wir die Strafrichter mehr, dann hätten wir einen besseren Vollzug und es müsste nicht als großes Maßnahmenbündel der Regierung verkündet werden. Das heißt, auch Sie müssen sich schon - nicht Sie als Person, sondern die Landesregierung - an den Versäumnissen der Vergangenheit messen lassen. Sie müssen der Opposition erlauben zu erklären, dass Sie die Versäumnisse zu verantworten haben und nicht wir.

Sie können heute sagen, der 11. September war der richtige Einstieg, die Debatte wieder auf die Füße zu stellen, die Sie unter anderer Gemengelage so gar nicht hätten führen können. Das wäre dann ehrlich. Aber zu sagen, dass dies Maßnahmen seien, die der Terrorismusbekämpfung dienen, das ist falsch. Sie dienen - noch einmal - dem schlichten Aufholen der Versäumnisse der Vergangenheit, weil die **Polizei** bereits vor

dem 11. September, wie wir wissen, aus dem letzten Loch pfiß und weil die **Justiz** bereits vor dem 11. September 2001 erklärt hat, dass sie in vielen Bereichen überlastet ist. Nicht mehr und nicht weniger realisieren wir jetzt. Wir sollten nicht aus moralischer Überhöhung so tun, als sei das ein Kampf gegen den Terrorismus.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich erteile jetzt der Sprecherin des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Frau Abgeordnete Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW hat zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Rasterfahndung einen Änderungsantrag eingebracht. Ich denke, es ist richtig, dass ich dazu noch einige Anmerkungen mache.

Zum Komplex innere Sicherheit nur so viel: In den bisherigen Redebeiträgen dürfte deutlich geworden sein, dass der SSW für eine behutsame Anpassung der Innenpolitik an die aktuelle Situation ist. Entscheidend ist, ob die gewählten Maßnahmen wirklich geeignet sind, den Terrorismus zu bekämpfen. Das habe ich schon gesagt. In diesem Sinne begrüßen wir, dass die Landesregierung auf die neuen Herausforderungen besonnen reagiert hat. Das tut sie unserer Meinung nach mit ihrem Maßnahmenkatalog.

Es ist natürlich so, dass einige professionelle Rechthaber in diesem Hause behaupten, die Aufstockung hätten sie schon immer gefordert und es habe nichts mit Terrorismus zu tun.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist keine Aufstockung!)

Auch das stimmt. Tatsache bleibt aber, dass diese Aufstockung - die vielleicht keine Aufstockung ist -, die Aufstockung bei den Anwärtern, bei der Polizei, sowie die Verbesserung des Schutzes vor ABC-Waffen, die Verbesserung bei der Justiz und beim Justizvollzug dennoch die **innere Sicherheit** verbessern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Richtig! Das ist unbestritten!)

Das ist der Punkt und dabei sollten wir es belassen.

Jetzt zur Rasterfahndung. Denn prominentester Bestandteil dieses Pakets zur inneren Sicherheit ist die Rasterfahndung. Hier erfolgt eine vorsichtige, befristete Umsetzung dieser umstrittenen Maßnahme. Auch

(Anke Spoorendonk)

wir vom SSW erkennen, dass die Erwägung der Rasterfahndung auf der Hand liegt. Denn einerseits ist es logisch, wenn man eine bestimmte Person finden will und nicht weiß, wo oder gar wer sie ist, dann definiert man Eigenarten der gesuchten Person und durchsucht anhand dieser Merkmale verschiedene Datensammlungen. Seitdem der legendäre Terroristenjäger Horst Herold bei seiner Jagd auf die Rote-Armee-Fraktion in den 70er-Jahren das BKA mit Computern aufrüstete, gilt die Rasterfahndung als das Mittel der Wahl bei der Fahndung nach gewalttätigen Extremisten.

Andererseits ist die **Rasterfahndung** aber auch umstritten, und das aus gutem Grund. Denn werden zu enge Kriterien für die Suche angelegt, bleibt das Raster am Ende leer. Werden zu breite Kriterien angelegt, dann geraten viele unschuldige Menschen ins Visier der Fahnder. Nüchtern betrachtet sind die Erfolgsaussichten allenfalls mittelpärchtig. Es können erhebliche Nebenwirkungen entstehen, wenn Unbeteiligte im Raster hängen bleiben. Das ist der Grund, warum der SSW und viele andere Menschen gegen die Rasterfahndung waren.

Allerdings müssen wir erkennen, dass wir heute in einer anderen Lage sind. Heute sprechen wir über so genannte „Schläfer“, die aus dem Ausland einwandern und kaum mit traditionellen Mitteln wie Beobachtung und verdeckter Ermittlung aufgedeckt werden können. Wenn man Terroristen in der gegenwärtigen Situation vorbeugend aufspüren will, dann ist der Griff zur Rasterfahndung leider logisch. Bei den „Schläfern“ hat sich typischerweise kein Anfangsverdacht ergeben. Möchte man diese Personen finden, dann bleiben lediglich die vagen Profile, die sich aus der Person und der Persönlichkeit bisheriger Attentäter ableiten lassen. Sie bleiben die einzige Hoffnung für die Aufdeckung unauffälliger Personen.

Der SSW hegt also auch die Hoffnung, dass die Rasterfahndung in der aktuellen Situation ein Mittel sein kann, um weitere Terroranschläge zu verhindern. Man könnte sagen, dass der Terror eine Qualität angenommen hat, die in einem gewissen Rahmen die vorbeugende Belästigung Unbeteiligter rechtfertigt, allerdings nur unter strengen Auflagen. Entscheidend bleibt, in welchen Situationen die Rasterfahndung genutzt wird, welche Daten hinzugezogen werden, nach welchen Auswahlkriterien beziehungsweise nach welchem Profil gerastert wird, welche Maßnahmen erfolgen, wenn jemand im Raster hängen bleibt, und wie lange die Ergebnisse solcher Rasterungen gespeichert werden.

Die aktuelle Lage kann grundsätzlich die präventive Rasterfahndung begründen. Das heißt aber lange noch

nicht, dass man jetzt alle Daten rastern soll, die man in die Finger kriegt.

Wir bleiben skeptisch, was die Umsetzung und die Erfolgsaussichten dieser Maßnahmen betrifft. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag der Landesregierung, die **Rasterfahndung mit Auflagen** einzuführen. Die Befristung, die richterliche Genehmigung, die Kontrolle durch das Parlament und die vom SSW vorgeschlagenen Änderungen sind Bedingungen für unsere Zustimmung zum Gesetz. Gerade weil es uns wichtig ist, dass dieses Instrument mit Bedacht eingeführt wird, haben wir einen eigenen Änderungsvorschlag eingebracht, der die Stellungnahmen des Datenschutzbeauftragten und des Kollegen Nabel mit aufgreift.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass die Rasterfahndung nur bei einer gegenwärtigen Gefahr begründet ist, dass die Kontrolle auch über Berichte an die Parlamentarische Kontrollkommission erfolgen soll, dass der Schutz von Berufs- und Amtsgeheimnissen präzisiert wird und die Befristung verkürzt werden muss. Die Befristung bis 2005 ist zu lang. Es muss die Möglichkeit geben, die Rasterfahndung bei Nichterfolg zeitnah abzuschaffen.

Andererseits erscheint uns der vom Kollegen Kubicki vorgeschlagene Zeitraum von weniger als zwei Jahren unrealistisch. Die Umsetzung und Evaluation der Maßnahmen wird in so kurzer Zeit, wenn man das Instrument ernst nimmt, kaum machbar sein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb haben wir uns die vom Kollegen Nabel vorgeschlagene Befristung auf drei Jahre zu Eigen gemacht. Anderen Vorschlägen aus dem Änderungsantrag des Kollegen Kubicki - auch das möchte ich hinzufügen - können wir ohne weiteres zustimmen.

Insgesamt können wir mit diesem Gesetzentwurf und unseren Änderungen neue Wege erproben, ohne mit unausgegorenen Lösungen vollendete Tatsachen zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen es uns zu einfach, wenn man sagt: Die Befristung hat nur Symbolfunktion. Denn im Grunde genommen wissen wir nicht, was wir mit diesem Instrument anfangen. Darum muss es evaluiert werden und wir müssen uns es von vornherein zugestehen, dass es dazu kommen muss. Wenn wir feststellen, dass die Rasterfahndung nichts bringt, wird sie in drei Jahren - hoffentlich - wieder Geschichte werden. Auch das müssen wir den Menschen im Lande von vornherein klarmachen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms  
[SSW])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Monika Heinold.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich in einem Kurzbeitrag zwei Dinge ansprechen. In Schleswig-Holstein - und hier regiert nun einmal Rot-Grün - wird die zeitliche Befristung umgesetzt, Herr Kubicki. In keinem anderen Land ist das so. Das unterscheidet die Grünen von der FDP, dass wir es zumindest in einem Land schaffen, dies zu realisieren. Bitte halten Sie mit uns mit und nennen Sie uns ein Land, in dem die FDP dies durchgesetzt hat; Sie sind ja auch an Regierungen beteiligt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das zeigt die Schwäche der SPD in diesem Land! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Zum Verfassungsschutz! Wenn wir es nicht „verlogen“ nennen wollen, weil dieses Wort in dieser Debatte nicht fallen soll, so ist es zumindest widersprüchlich, Herr Wadephul, wenn Sie sich heute hier hinstellen, gemeinsam mit Ihrem Kollegen Schill - -

(Heiterkeit)

- Entschuldigung, das tut mir wirklich Leid. Das sind einfach die Buchstaben, das hat natürlich nichts mit den Personen zu tun.

(Unruhe)

Wenn Sie gemeinsam mit Ihrem Kollegen Schlie sagen, Sie hätten immer für ein Mehr beim **Verfassungsschutz** gekämpft, halte ich Ihnen - vielleicht haben Sie nicht eine so gute Aktenablage wie ich - dieses Papier „Weniger Staat in Schleswig-Holstein“ entgegen, das Sie aufgelegt haben. Das enthält unter der Zielsetzung Kostenersparnis und mehr Effizienz - Kostenersparnis! - eine Passage zum Verfassungsschutz. Das heißt, es war nicht nur unser, sondern auch Ihr Interesse, den Bereich Verfassungsschutz nicht aufzustocken,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Vorlesen!)

sondern möglichst kostensparend zu organisieren. Es ist ja erst einmal nichts Falsches, etwas kostensparend organisieren zu wollen. Das ist ja etwas Positives.

(Wortmeldung des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] - Glocke des Präsidenten)

- Ich möchte meinen Kurzbeitrag zu Ende führen.

(Zurufe von der CDU)

Gerade weil wir derart effizient und kostensparend in Schleswig-Holstein regieren,

(Lachen bei der CDU)

haben wir überhaupt nur die Möglichkeit, jetzt aufzustocken. Wenn wir all das, was CDU und FDP in den letzten Jahren hier beantragt haben, ausfinanziert hätten, könnten wir heute überhaupt nicht nachrücken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält jetzt Herr Abgeordneter Klaus Schlie.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Papier stammt von Ihnen! - Weitere Zurufe)

**Klaus Schlie** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel, ich erinnere das und deswegen habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vier Jahre ist das her!)

Sehr verehrte Frau Kollegin Heinold, es wäre redlich gewesen, wenn Sie insgesamt das zitiert hätten, was als Aussage in dem Papier enthalten ist. Wir haben nämlich schon damals gefordert - und wir haben Sie erst lange vor uns hertreiben müssen, bevor Sie erkannt haben, dass das richtig ist -, dass wir im norddeutschen Raum zu einer Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes kommen wollen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Zusammenlegung“ steht im Papier!)

- Lassen Sie mich doch erst einmal ausreden. Ich weiß, was in dem Papier steht; das brauchen Sie mir nicht zu erzählen. Es wäre sinnvoller gewesen, wenn Sie das hier vollständig zitiert hätten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wollen zu einer Zusammenarbeit kommen

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zusammenlegung!)

in dem Sinne, dass wir die Behörden zusammenlegen wollen. Sie haben in diesem Haus als Regierung vehement bestritten, dass das überhaupt geht.

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Klaus Schlie)**

- Selbstverständlich! Lesen Sie die Debatten nach! Ich habe das zwar nicht immer in der Tasche wie Sie, aber dafür habe ich es im Kopf.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Es sind verfassungsrechtliche Bedenken dagegen vorgebracht worden. Sie haben gesagt: Das geht überhaupt nicht.

(Widerspruch der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Selbstverständlich stimmt das. Ich werde Ihnen das nach der Mittagspause beweisen. Wenn Sie mit uns gemeinsam jetzt der Auffassung sind, dass der **Verfassungsschutz** effizienter arbeiten muss, dass er personell so ausgestattet werden muss, dass er seine Arbeit auch im Bereich der Bekämpfung des Extremismus und Terrorismus tatsächlich leisten kann, und wir zu einer gemeinsamen Verfassungsschutzbehörde in Norddeutschland kommen, dann ist alles in Ordnung; dann haben Sie uns endlich begriffen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium im Moment nicht vor.

(Holger Astrup [SPD]: Ausnutzen, Herr Präsident! - Unruhe)

Ich schließe die Beratung und wir treten in die Abstimmung ein.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich verzichte auf eine Wortmeldung, um das richtig zu stellen! - Unruhe)

Ich verstehe, dass eine solche Debatte für alle Beteiligten viel Konzentration erfordert und die verdiente Pause droht auch gleich. Wir sollten vorher nur noch in die Abstimmung eintreten. Wir hatten eine verbundene Debatte zu den Tagesordnungspunkten 18, 5, 6 und 19.

Zu Tagesordnungspunkt 18 lagen uns zwei Anträge vor, zum einen der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1259, und zum anderen der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/1292, der zwei Nummern enthält. Nummer 1, unter der ein Bericht der Landesregierung gefordert wird, ist ebenso erledigt wie der unter Tagesordnungspunkt 19 gestellte Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1260.

Damit stellt sich die Antragslage nun wie folgt dar: Die Drucksache 15/1259 sowie die Drucksache 15/1292 Nummer 2 werden gemeinsam in den zustän-

digen Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 5: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1257. Diesen Gesetzentwurf haben wir in erster Lesung behandelt. Er muss in den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6: Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung des automatisierten Datenabgleichs, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/1267. Hierzu liegen ein Änderungsantrag des Abgeordneten Konrad Nabel in der Drucksache 15/1277, ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 15/1288 sowie ein Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW in der Drucksache 15/1289 vor. Wer den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den dazugehörigen soeben aufgerufenen Änderungsanträgen zur weiteren Beratung in den Innen- und Rechtsausschuss überweisen will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist alles einstimmig und einvernehmlich beschlossen und wir haben uns die Mittagspause verdient.

Nach der Mittagspause beginnen wir mit der Hochschulpolitik. Danach wird der Tagesordnungspunkt 26 erörtert werden. - Guten Appetit!

(Unterbrechung: 13:32 bis 15:01 Uhr)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir treten in die Tagesordnung ein. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich zunächst auf der Tribüne neue Gäste begrüßen. Es sind Damen und Herren des CDU-Ortsverbandes Witzworth sowie Soldaten aus dem Munitionshauptdepot in Boostedt. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

### Hochschulstrukturentwicklung in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1123

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 15/1253

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich der Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hochschulen sind Orte zukunftsfähiger Ausbildung. Sie sind Orte der Forschung zum Wohle der Allgemeinheit und sie sind Orte geistiger und kultureller Auseinandersetzung. Dieses Grundverständnis und den politischen Konsens vorausgesetzt, möchte ich anhand von drei Beispielen unsere Vorstellungen zur Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein darstellen.

Das ist erstens die Entwicklung neuer Ausbildungswege, Studiengänge und neuer Schwerpunkte im Bereich von vorhandenen Studiengängen mit dem Ziel, unseren Absolventen eine optimale Ausbildung und eine entsprechend gute Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Schleswig-Holstein hat im Bereich der außeruniversitären Forschungsinstitute ein klares Profil, exzellente Leistungen und Voraussetzungen.

Der zweite Punkt ist deshalb die Verknüpfung dieses Bereichs mit den Hochschulen, personell und inhaltlich. Das ist schon ein guter Weg - zukunftsweisend, aber noch ausbaufähig. Wir wollen an den Hochschulen und an den externen Forschungseinrichtungen die Voraussetzungen für Höchstleistungen in der Forschung schaffen. In der Zukunft sollen vor allem die anwendungsorientierte Forschung, die anwendungsorientierten Projekte gefördert werden, um den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter zu verbessern und auszubauen. Dass daneben natürlich die Grundlagenforschung ihren Stellenwert behält, muss nicht besonders betont werden. Die Grenzen zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung beginnen jedoch immer weiter zu verschwimmen.

Drittens soll ein umfassendes Netz der wissenschaftlichen Weiterbildung im Sinne eines berufs- und lebensbegleitenden Lernens geschaffen werden.

Bei all diesen Überlegungen müssen wir uns eine Schlüsselfrage stellen: Reichen die vorhandenen **Hochschulstrukturen** aus, sind sie geeignet, um diese Zielvorgaben verwirklichen zu können?

Schleswig-Holstein zeichnet sich durch ein ebenso ausgeprägtes wie auch regional differenziertes Hoch-

schulsystem aus. Ich glaube, diese positive Wirkung, die insbesondere durch die regionale Struktur entsteht, wird niemand hier im Haus ernsthaft bezweifeln. Ich gehe davon aus, dass auch das hier im Haus politischer Konsens ist. Damit dürfen wir uns aber nicht zufrieden geben und uns auf unseren Lorbeeren ausruhen. Die Hochschulen stehen unter nationalem, mehr noch unter internationalem Konkurrenzdruck. Es kommt also darauf an, die spezifischen Strukturen so weiterzuentwickeln, sodass das, was wir an wissenschaftlichem Potenzial haben, optimal genutzt wird, klare Profile weiter entwickelt werden und dass Leistungsfähigkeit und Wettbewerb gestärkt werden. Nur so können wir auf Dauer die Standorte sichern.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich ist der Finanzrahmen des Landes begrenzt. Unsere Antworten machen aber deutlich, wie konsequent die Landesregierung den Umbau und die Modernisierung der Hochschulen vorantreibt. Lassen Sie mich dazu die einzelnen Schritte in der Kürze der Zeit wenigstens grob umreißen.

Im Bereich der **Strukturplanung** - ich will sie zunächst nur nennen und dazu nachher noch Ausführungen machen - sind zu nennen die Fusion der Universitätskliniken, die Entwicklung der Muthesius-Hochschule zu einer Kunsthochschule, die Konzentration im Bereich der Studiengänge Architektur und Bauwesen, die Zusammenlegung der Hochschulverwaltungen an den Standorten Flensburg und Lübeck sowie ferner die Verhandlungen mit den Hochschulen über neue Zielvereinbarungen für einen erheblich längeren Zeitraum. Wir arbeiten weiter an einer Novelle des Hochschulgesetzes. Weiter ist zu nennen die Erstellung von **Hochschulentwicklungsplänen** für die Hochschulen und schließlich die Erarbeitung eines Landeshochschulplans mit langfristigen Perspektiven, der im März 2003 vorgelegt werden soll.

Lassen Sie mich auf einige inhaltliche Aspekte der Großen Anfrage im Folgenden kurz eingehen. In den laufenden Verhandlungen über die neuen **Zielvereinbarungen** mit den Hochschulen geht es zum einen um die Profilbildung der einzelnen Hochschulen, zum anderen um die Möglichkeit hochschulübergreifender Kooperation beziehungsweise Arbeitsteilung. Ein weiterer Schwerpunkt sind Maßnahmen zur **Internationalisierung** des Studienangebots. Auf dem europäischen und internationalen Bildungsmarkt kann nur bestehen, wer kundenorientiert, wer wirtschaftlich

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

handelt und wer für die Hochschulen ein professionelles Qualitätsmanagement aufbaut.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das alles sind die Kernpunkte bei den Verhandlungen der Zielvereinbarung, die wir derzeit mit allen Hochschulen führen.

In der Große Anfrage wird nach Haushaltseckwerten gefragt. Zum jetzigen Zeitpunkt der Beantwortung der Großen Anfrage können das natürlich nur Haushalts-eckwerte der Regierung sein. Sie kennen den Haushaltsentwurf. Er setzt eine deutliche Priorität im Hochschulbereich. Es sollen Zuschüsse in Höhe von 241,7 Millionen DM zur Verfügung stehen. Das bedeutet gegenüber dem Haushalt 2001 eine Steigerung um rund 4,6 Millionen €. Das sind fast 2 %. Ich finde, das ist angesichts der Kürzungen und der Probleme, die wir bei den Haushaltsberatungen insgesamt haben, eine deutlich hervorzuhebende Kraftanstrengung, die geleistet wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ferner ist vorgesehen, in die Zielvereinbarungen eine Vereinbarung über die Tarifmehrkosten aufzunehmen, die allerdings vorsehen wird, dass die Zielvereinbarungen die Hälfte der Tarifmehrkosten jeweils für die einzelnen Jahre garantieren sollen. Dass hier die Hochschulen mehr erwarten, liegt in der Natur der Sache. Ich finde aber, das ist das, was wir maximal leisten können.

Die Strukturmaßnahmen, über die in der Großen Anfrage berichtet wird, sind alle auf den Weg gebracht worden: der Umbau und die Weiterentwicklung der **Muthesius-Hochschule** und die Bündelung der Kapazitäten im Raum Kiel/Eckernförde. Im Interesse eines neu zu entwickelnden und innovativen Studienfachs an der künftigen Hochschule wird der **Architekturstudiengang** in Eckernförde aufgegeben. Die Bauingenieurausbildung wird dort - bei Aufgabe des Studiengangs an der FH Lübeck - konzentriert. Erhalten bleibt in Lübeck der Architekturstudiengang, der allerdings im Bereich Bauwesen verstärkt wird. Insgesamt dienen alle diese Maßnahmen der qualitativen Verbesserung der Hochschulstruktur in Schleswig-Holstein. Die Muthesius-Hochschule - lassen Sie mich das noch einmal sagen - soll einen Status erhalten, der es ihr endlich ermöglicht, gleichberechtigt mit Kunsthochschulen im In- und Ausland zu konkurrieren. Die Konzentration der Architekturausbildung von drei auf nunmehr nur noch zwei Standorte entspricht einer langjährigen Forschung des Wissenschaftsrates.

(Jürgen Weber [SPD]: So ist es!)

Die Konzentration im Bereich Bauingenieurwesen - ich will es hier gern noch einmal betonen - sichert den Hochschulstandort Eckernförde. Es hat Zeiten gegeben, in denen dieser Hochschulstandort generell infrage gestellt worden ist.

(Jost de Jager [CDU]: Von Ihrer Regierung!)

Der Hochschulstandort Eckernförde mit einem neu konzipierten Kompetenzzentrum Bau soll erhalten bleiben. Er soll auch in der Tradition der Bauschule, wie sie in Eckernförde einmal entstanden war, erhalten bleiben.

An der Fachhochschule Lübeck trägt die Erweiterung um die betriebswirtschaftliche Komponente den gestiegenen Anforderungen, wie sie heute an eine Ingenieurausbildung gestellt werden, Rechnung.

Zu den wichtigen und als eines der vielleicht größten Strukturvorhaben zu nennenden Vorhaben der Regierung, die bereits in Arbeit sind, zählt die Fusion der **Universitätskliniken**. Die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein soll ihre Kräfte bündeln. Sie muss ihre Schwerpunkte ausbauen, um leistungsfähiger zu werden. Die Effizienz der Hochschulmedizin muss gestärkt werden. Nur so wird sie für den absehbaren Umbau des Gesundheitssystems überhaupt gerüstet sein. Das dabei die Versorgung der Patienten auf einem hohen Niveau sicher zu gewährleisten ist, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, soll hier aber noch einmal sehr deutlich gesagt werden.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An den Standorten Lübeck und Kiel sollen sichere und krisenfeste Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Mancher glaubt, man könne alle Probleme, alle Strukturfragen, alle Standortinteressen, auch alle regionalen Probleme sozusagen mit einem einzigen Wurf lösen. Die im Sommer dieses Jahres vom Präsidenten der Unternehmensverbände und vom Beirat der CAU geäußerte Auffassung, nach der das Land die Vielzahl eigenständiger Hochschulen in der bisherigen Form nicht mehr länger halten könne, hat im Land erhebliche Unruhe ausgelöst. Die Vorstellung von nur einer Universität und einer Fachhochschule halte ich für überzogen. Aber für richtig und umsetzbar halte ich den Weg, der die regionale Vielfalt der Hochschulangebote im Grundsatz erhält, aber sehr wohl im Blick auf Effizienz, auf Nachfrage, auf finanzielle Leistungsfähigkeit alle Möglichkeiten der Kooperation und der Arbeitsteilung konsequent weiterverfolgt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Lassen Sie mich deshalb abschließend Folgendes sagen. Die Hochschulen in Schleswig-Holstein werden sich auch weiterhin im wissenschaftlichen Wettbewerb national und international behaupten können. Unerlässlich für den Erfolg aber ist, dass die skizzierten Strukturveränderungen konsequent weiterbetrieben werden und dass Profilbildung und Schwerpunktsetzung allein garantieren, dass der Fortbestand der Schleswig-Holsteinischen Hochschullandschaft mit seinen Besonderheiten gesichert bleibt. Daran arbeiten wir mit Hochdruck, nicht immer ohne Konflikte, aber in konstruktiver Zusammenarbeit mit unseren Hochschulen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der CDU hat der Herr Abgeordnete Jost de Jager.

Solange Herr de Jager auf dem Weg zum Mikrofon ist, begrüße ich in der Loge Herrn Professor Dr. Block, den Direktor der Technologiestiftung, ganz herzlich.

(Beifall)

**Jost de Jager [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich glaube, das Ziel, Zentren wissenschaftlicher Exzellenz in Schleswig-Holstein zu erreichen, einigt uns alle hier im Parlament, zumindest verbal. Der interessante Punkt - deshalb haben wir die heutige Debatte - ist die Frage, ob Ihre Politik das tatsächlich erreicht. Als wir die Große Anfrage gestellt haben - das war im Juni -, ging es darum, dass die Landesregierung ein ums andere Mal isolierte Strukturentscheidungen mit Auswirkungen auf einzelne Standorte beschlossen hat, ohne dass irgendjemand genau wusste, wohin die Reise eigentlich gehen soll - inklusive der Landesregierung selbst.

Ein Charakteristikum der Antwort auf die Große Anfrage besteht darin, dass ein erkennbare Vision für die Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft komplett fehlt. Wir wissen von Ihnen eigentlich nur, was nicht geht. Nicht geht - das haben Sie eben noch einmal ausgeführt - der Vorschlag des Präsidenten der Unternehmensverbände Nord, Professor Dr. Driftmann, der eine **Neuordnung der Hochschulen** durch ein gemeinsames Dach vorgeschlagen hat. Ebenfalls geht aus Ihrer Sicht nicht das Holding-Modell unseres Fraktionsvorsitzenden. Schweigen herrscht in der Antwort auf die Große Anfrage allerdings darüber, wie das nach Vorstellung der

Landesregierung funktionieren soll. Gar nicht. Denn weit reichende Vorstellungen sucht man vergebens.

Wohin diese Planlosigkeit führt, kann man geradezu beispielhaft an dem Bäumchen-wechsel-dich-Spiel erkennen, das die Pläne hinsichtlich der Aufwertung der Muthesius-Fachhochschule ausgelöst hat, was Sie eben fälschlicherweise versucht haben, als Profilbildung darzustellen. Wir haben seinerzeit beklagt, dass mit den Plänen hinsichtlich der **Muthesius-Fachhochschule** erneut nur Stückwerk betrieben worden ist, dass erneut Teile der Hochschullandschaft Schleswig-Holsteins neu geordnet werden sollten, ohne dass ein Gesamtbild bekannt wäre. Anfangs waren nicht einmal die Einzelheiten klar.

Natürlich war die Resonanz in der Öffentlichkeit auf diese Pläne zunächst einmal positiv. Klar, denn wer will im eigenen Land nicht eine eigene Kunsthochschule haben? - Nur, nachdem wir die Bedingungen dieser Aufwertung der Muthesius-Fachhochschule kennen, sagen wir: Uns ist der Preis dieser Aufwertung zu hoch. Denn deren Grundlage ist ein Ringtausch an den Studiengängen unter den Fachhochschulen Kiel, Lübeck und der Muthesius-Fachhochschule.

So sollen die **Bauingenieure** komplett von Lübeck nach Eckernförde gehen. Dafür soll der Architekturstudiengang der Fachhochschule Kiel von Eckernförde an die Muthesius-Kunsthochschule verlagert werden. Im Gegenzug gibt die Muthesius-Schule den Studiengang **Technisches Design** an die Fachhochschule Kiel ab, die wiederum sieben Professoren in der Betriebswirtschaft an die Fachhochschule Lübeck abgeben soll, damit erstmals in Lübeck Betriebswirtschaftslehre angeboten werden kann - mit dem Ergebnis, dass die Personaldecke und die Personalausstattung für BWL weder in Kiel noch in Lübeck reicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit Profilbildung hat das gar nichts zu tun. Mit **Profilbildung** hat übrigens auch die Konzentration der Bauingenieure in Eckernförde nichts zu tun. Von allen Fachverbänden ist immer wieder angeführt worden, dass gerade die Tatsache, dass Bauingenieure und Architekten in Eckernförde wie in Lübeck unter einem Dach waren, hervorragend zur inhaltlichen Stärkung dieser Standorte beigetragen hat. Das auseinander zu reißen, ist eine falsche Politik.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Frau Erdsiek-Rave, wenn Sie sich jetzt noch hier hinstellen und sagen - das darf ich als Eckernförder Abgeordneter sagen -, wir sollten dankbar sein, denn immerhin werde der Standort nicht ganz zugemacht, kann ich nur sagen: Diese Pläne stammen von Ihrer



(Jost de Jager)

Vorgängerin, Frau Böhrk, die auch Mitglied der SPD ist. Stellen Sie sich also nicht hierhin und verkaufen das als Wohltat.

Was Sie hier vorhaben, dieser Ringtausch der Studiengänge, passt in das Bild Ihrer Hochschulpolitik. Sie rühren den Topf ständig um und trotzdem schmeckt die Suppe am Ende nicht besser als vorher.

Sie setzen damit Ihre seit Jahren betriebene Politik fort, dass die einen Hochschulen als Steinbruch für die anderen Hochschulen erhalten müssen - und das auch noch mit Schwund. Auf dem Weg von dem einen Steinbruch zum Nächsten nämlich gehen einige gehörige Brocken verloren. Es gibt Transportverluste. Im Zuge dieses eben beschriebenen Ringtausches bauen Sie die de facto Studienplätze in Schleswig-Holstein ab.

Die Zahl der Bauingenieurstudienplätze wird sich nach Ihren eigenen Angaben aus der Antwort auf die Große Anfrage von 649 auf dann 360 verringern. Das ist ein Minus von 290 Studienplätzen und beinahe eine Halbierung. Die Zahl der **Architekturstudienplätze** soll sich in Schleswig-Holstein laut der Antwort auf die Große Anfrage von 1.021 auf 760 verringern, ein Minus von etwa einem Viertel. Das ist Studienplatzvernichtung. Das ist zumal Studienplatzvernichtung bei den Fachhochschulen, ausgerechnet dort, wo Sie ursprünglich, laut Koalitionsvertrag die Zahl der Studienplätze eigentlich ausweiten wollten.

Weil diese Landesregierung offensichtlich weder über die Kraft noch über die hochschulpolitische Fantasie verfügt, zukunftsgerichtete Vorschläge für die Weiterentwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein vorzulegen, erneuern wir unsere Forderung nach einem Landeswissenschaftsrat.

(Beifall bei der CDU - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Schon einer auf Bundesebene ist einer zu viel!)

- Man soll Kollegen auch einmal klatschen lassen.

Dieser **Landeswissenschaftsrat** soll das leisten, was die Landesregierung nicht vermag, nämlich die Hochschulentwicklung an den einzelnen Standorten landesweit und nicht vom einzelnen Standort aus zu betrachten. Er soll nach unseren Vorstellungen die Aufgabe haben, Empfehlungen für die Profilbildung an einzelnen Hochschulen abzugeben er soll eine Evaluation der Hochschulentwicklung vornehmen und er soll Vorschläge zur Kooperation von Hochschulen erarbeiten, und zwar unter der Prämisse nicht nur räumlicher Nähe, sondern vor allem inhaltlicher Anknüpfungspunkte.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Natürlich sind uns die Gegenargumente geläufig. Zu viel Bürokratie, heißt es, zu teuer, ein Sich-Verstecken hinter Gutachten. Die Frage ist aber: Wie sieht die Wirklichkeit im Moment aus? - Für jeden einzelnen Schritt, den diese Landesregierung hochschulpolitisch machen will, gibt sie teure Gutachten in Auftrag, die von den Hochschulen auch noch selbst bezahlt werden müssen.

Wenn Sie ohnehin schon für jede Einzelentscheidung Gutachter bemühen und viel Geld dafür ausgeben, dann können wir dieses Gutachtergremium auch fest in Schleswig-Holstein institutionalisieren und zu einer echten Kompetenzadresse für Hochschulentwicklung in diesem Lande weiterentwickeln.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir werden künftig immer stärker einen Wettbewerb um die Köpfe in der Wissenschaft bekommen. Es wird einen Wettbewerb um die besten Lehrenden und um die besten Lernenden geben. Das werden wir in den folgenden Tagesordnungspunkten noch besprechen. Wir werden diesen Wettbewerb in der Wissenschaft als Standort Schleswig-Holstein nur dann bestehen können, wenn es uns gelingt, Zentren echter wissenschaftlicher Exzellenz zu bilden. Dazu bedarf es eines Einsatzes, der über die bisherigen Anstrengungen des Landes hinausgeht. Dazu bedarf es einer Konzentration von **Mitteluweisungen** und Planstellen sowie Komplementärmittel für die Drittmittel in größerem Umfang, als wir es jetzt haben. Um das zu erreichen, brauchen wir ein weiteres neues Instrument, nämlich eine Mittelvergabe nach Leistungs- und Wettbewerbsgesichtspunkten.

Die CDU-Fraktion hat bereits im vergangenen Jahr vorgeschlagen, einen Teil der Zuschüsse für die Hochschulen für einen so genannten High-Potential-Pool zu reservieren. Dieses Geld würde dann nach Leistungs- und Wettbewerbsgesichtspunkten für Maßnahmen und Projekte einer besonderen Profilbildung ausgegeben werden. Dieser „High-Potential-Pool“ wäre ein Instrument, um die Dosierung der **Landeszuschüsse** für besonders leistungsfähige Institute und wissenschaftliche Einrichtungen über die derzeitige Förderung hinaus zu erhöhen. Wir freuen uns, dass sich auch die Landesregierung peu à peu dieser Erkenntnis nähert. Das können wir der Antwort auf unsere Große Anfrage entnehmen.

Ohne ein solches Instrument befürchten wir, dass wir in Schleswig-Holstein zu einer Nivellierung und einem Mittelmaß kommen, das uns teuer zu stehen kommen wird. Derzeit nimmt sich die Diskussion um die **Hochschulfinanzierung** hier im Lande ausgesprochen trist aus. Sie dreht sich immer noch um die Frage, ob das

(Jost de Jager)

Land die vollen Kosten der **Tarifsteigerungen** im Bereich der Hochschulen übernehmen soll, was sich von selbst versteht, oder nur die Hälfte. Wir reden dabei über einen Betrag von 3,5 Millionen DM und beklagenswerterweise reduziert sich die gesamte Diskussion über die Finanzierung der Hochschulen darauf, ob das Land diese 3,5 Millionen DM übernimmt oder nicht. Dabei wissen wir ganz genau, dass die eigentliche Unterfinanzierung der Hochschulen in Schleswig-Holstein weit darüber hinaus geht. Aus diesem Grund hat die CDU-Landtagsfraktion im vergangenen Jahr bereits 20 Millionen DM mehr für die Hochschulen des Landes insgesamt gefordert.

Ich glaube, dass man die Fragen der Finanzierung der Hochschulen, der Zielvereinbarungen und der 3,5 Millionen DM, die wir mehr übernehmen müssen oder auch nicht, besonders vor dem Hintergrund bedenken muss, dass andere Bundesländer in ganz anderen Größenordnungen denken und operieren. Wenn man sich zum Beispiel vor Augen führt, dass der bayerische Wissenschaftsminister Zehetmair mittlerweile öffentlich vor Rektoren darüber spekuliert, welche Wissenschaftler er aus Schleswig-Holstein herauskaufen möchte, weil sie gut sind und er ihnen in Bayern bessere Arbeitsbedingungen schaffen kann, dann erkennen wir, vor welchen Herausforderungen wir nicht nur international, sondern auch schon national stehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir erkennen hingegen leider nicht, was die Landesregierung wirklich dagegen unternehmen will. Frau Erdiek-Rave, wir müssen vielmehr nach Lektüre der Antwort auf diese Große Anfrage feststellen, dass Sie hochschulpolitisch nur in den kleinen Dingen groß sind.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Jürgen Weber das Wort.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege de Jager, seit Jahren versuchen Sie uns davon zu überzeugen, welche Vorrangigkeit ein Landeshochschulplan hat. Jetzt versuchen Sie, uns davon zu überzeugen, welche Bedeutung ein **Landeswissenschaftsrat** hat. Wir sind der Auffassung, dass die Dynamik des Hochschulsystems mit einem Räteystem mit hoher Planhaftigkeit nur begrenzt bedient werden kann.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zur Antwort auf die Große Anfrage lassen Sie mich drei kurze Vorbemerkungen machen. Erstens. **Hochschulentwicklung** in unserem Flächenland wird auch in Zukunft nicht losgelöst von struktur- und regionalpolitischen Gewichtungen behandelt werden können. Ich füge aber hinzu: Wissenschaft hat vor allem mit Qualität zu tun. Deswegen muss gelten: So viel regionale Kriterien wie unbedingt nötig, so viel wissenschaftliche Kriterien wie überhaupt möglich.

Zweitens. Neue Instrumente wie **Zielvereinbarungen**, die wir im Hochschulgesetz verankert haben, müssen ganz offensichtlich gelernt werden. Das gilt für beide Seiten. Die Praxis bestätigt das meines Erachtens.

Drittens. **Hochschulentwicklung** muss sich um einen äußert effektiven Einsatz der knappen öffentlichen Mittel bemühen. Das fordert mehr Qualitätsmanagement. Gleichzeitig dürfen wir aber nicht aus dem Auge verlieren, dass wir auch quantitativ das Niveau der Hochschulausbildung steigern müssen.

(Beifall bei der FDP)

Meines Erachtens ist klar und unstrittig, dass wir in Zukunft mehr und nicht weniger wissenschaftlich qualifizierte Menschen benötigen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Ich komme auf eine aktuelle Entwicklung zu sprechen. Ich finde es mehr als irritierend, wenn ich lese, dass die Landesfinanzministerkonferenz erst jüngst unisono beschlossen haben soll, ab 2005 deutliche Einsparungen in allen Bildungshaushalten der Länder vorzunehmen. Hinzu kommt, dass die Finanzminister in ihrem Beschluss der OECD-Aussage widersprechen, dass die Industrienation Deutschland im internationalen Vergleich zu wenig Studenten habe. Ich frage mich, auf welcher Grundlage solche Papiere verabschiedet werden und woher die Finanzminister diese Erkenntnisse haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Eine solche Auffassung spiegelt jedenfalls nicht die Auffassung der SPD-Fraktion wider und ich kann mich auch nicht entsinnen, dass eine entsprechende Auffassung hier im Landtag bisher vertreten worden ist.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wo ist Möller überhaupt?)

Deshalb möchte ich ausdrücklich die Bundesbildungsministerin zitieren, die in diesem Zusammenhang gesagt hat:

„Wir haben heute schon Fachkräftemangel in einigen Bereichen und auch im internationalen Vergleich können wir uns weniger Mittel

(Jürgen Weber)

für die Hochschulen - und damit weniger Bildungsbeteiligung - nicht leisten.“

Mehr Effektivität, mehr Qualität und mehr Kooperation im Hochschulbereich ist nicht allein, vielleicht nicht einmal in erster Linie, eine Geldfrage. Viele notwendige Strukturveränderungen in den letzten Jahren waren wahrscheinlich erst durch knappe öffentliche Kassen möglich. Als Beispiel kann man die Anpassung, Abstimmung und manche Innovation im Bereich der Ingenieurausbildung an den Fachhochschulen heranziehen. Seit zwei Jahren haben wir ein System, in dem wir als Haushaltsgeber den Gesamtrahmen im Landshaushalt bestimmen, die Landesregierung aber mit den Hochschulen einzelne **Zielvereinbarungen** aushandelt. Es ist nicht abzustreiten, dass die derzeit laufenden Gespräche über neue Zielvereinbarungen unter schwierigen Rahmenbedingungen stattfinden. Bei aller Kritik, die in den Hochschulen formuliert wird, darf nicht übersehen werden, dass die Bereitschaft des Landes, Zielvereinbarungen auf volle vier Jahre - für den Zeitraum 2002 bis 2005 - abzuschließen, diesen wichtigen Einrichtungen des Landes eine Planungssicherheit gibt, wie sie in keinem anderen Bereich, in dem das Land Verantwortung trägt, existiert. Das ist eine positive Entwicklung, die auch deutlich unterstrichen werden soll.

Letztlich werden wir im Dezember über den Haushalt im Detail reden. Daher will ich noch zu drei Aspekten Stellung nehmen, die in der Großen Anfrage der CDU besonders herausgehoben waren, nämlich Zusammenarbeit der Hochschulen in Flensburg, Neuordnung der Hochschulklinika und Stellentausch zwischen den Fachhochschulen Kiel und Lübeck sowie der Muthesius-Hochschule.

Da die Fragesteller dem kleinsten dieser Bereiche in ihren Fragen den größten Umfang gewidmet haben, möchte ich mit diesem Bereich, nämlich der Frage des Bauwesens und allem, was damit zusammenhängt, beginnen. Für uns waren vier Vorgaben maßgebend. Erstens. Alle Studienorte müssen erhalten bleiben. Zweitens. Es muss eine nachfragegerechte Anpassung der Studienplätze erfolgen, denn wir haben bundesweit dramatische Einbrüche im Bereich der Nachfrage nach einem Studium des Bauingenieurwesens. Drittens. Die Muthesius-Hochschule muss gesichert und zu einer kleinen, aber feinen Kunsthochschule entwickelt werden. Viertens. Das ganze Modell muss kostenneutral bleiben.

Deshalb begrüße ich es, dass wir es uns leisten wollen und können, eine kleine, leistungsfähige Kunsthochschule zu etablieren. Ich begrüße es auch, dass der Studienort Eckernförde der Fachhochschule Kiel bezüglich Lehrpersonal und Studierenden gesichert wird.

Ich begrüße es weiter, dass der **Fachhochschule Lübeck** der Einstieg in ein grundständiges Angebot der Betriebswirtschaftslehre ermöglicht wird.

Ich verstehe, dass in der Fachhochschule Lübeck die Auflösung der zumindest dort funktionierenden Verzahnung von Architektur und Bauingenieurwesen beklagt wird. Ich kann auch nachvollziehen, dass die Fachhochschule Kiel nicht damit einverstanden ist, einen Teil ihrer BWL-Kapazitäten zu verlagern.

Eine allerbeste Lösung, die alle zufrieden stellt, wird es unter den von mir genannten Bedingungen nicht geben können. Aber es gibt, was die Einzelfragen dieses so genannten Ringtauses angeht, noch einen detaillierten Beratungsbedarf im Ausschuss. Diese Diskussion wollen auch wir dort mit der Landesregierung noch einmal führen.

Die Diskussion über das Bauwesen an unseren Hochschulen in den letzten Jahren ist ein Lehrstück dafür, dass die **Autonomie** der **Hochschulen** allein noch keine Gewähr dafür ist, dass es eine vernünftige **Kooperation** unter den Hochschulen gibt. Eine Selbststeuerung allein scheint nicht zu funktionieren. Aber auch die Politik - das füge ich hinzu - muss sich um mehr Mut und auch um mehr Verbindlichkeit bei ihren Entscheidungen bemühen.

Zum Thema Flensburg möchte ich an dieser Stelle nur so viel, und das zum wiederholten Mal, sagen: Es sind, was den **Studienstandort Flensburg** angeht, sprichwörtlich wirklich genügend Säue durchs Dorf getrieben worden. Man erinnere sich nur an die Überlegungen, dort eine Technische Universität zu errichten, was Herr Rühle damals vorgeschlagen hat, oder an die Versuche, die Teilkonzentration der Lehrerausbildung rückgängig zu machen.

Damit Hochschule in Flensburg künftig gelingt, müssen beide Partner in der Fördestadt wissenschaftlich verträglich - das betone ich - zusammenfinden. Das darf gerne etwas schneller gehen, als es bisher der Fall gewesen ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zum Thema **Hochschulmedizin**. Auch darüber ist hier schon mehrfach debattiert worden. Für November ist ein Referentenentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes angekündigt worden. Deshalb möchte ich dazu heute nur Folgendes sagen. Ich möchte die Fakultäten und Rektorate, aber auch die Vorstände und Personalräte der Kliniken und nicht zuletzt das Ministerium ausdrücklich dafür loben, dass dieser Prozess bisher an der Sache orientiert, unaufgeregt und fair gelaufen ist. Wir brauchen einen solchen fairen Prozess, weil

(Jürgen Weber)

jede Synergie im Bereich der Hochschulmedizin uns dringend notwendige Luft für mehr Innovationen in anderen Bereichen der Universitäten verschafft. Deswegen ist es wichtig, diesen Bereich, in dem es um sehr viel Geld geht, ordentlich abzuarbeiten. Ich glaube auch, dass wir, wenn wir, was den Bereich der Medizin selbst angeht, Exzellenz sichern und ausbauen wollen, hier zu vernünftigen Ergebnissen kommen müssen.

Lassen Sie mich bei allen finanziellen Schwierigkeiten und strukturellen Mängeln, die nicht alle kurzfristig zu beheben sind, auf die Zahlen des gerade begonnenen Wintersemesters hinweisen, die auch für die Hochschulen in Schleswig-Holstein durchaus einen positiven Trend deutlich machen. Wir haben, was die Frage der Studierwilligkeit junger Leute angeht, national noch eine Reihe von Problemen zu lösen. Das ist ein anderes Thema, das wir an anderer Stelle auch noch diskutieren wollen. Wenn ich aber lese und höre, dass an der CAU in Kiel 13 % der Studienanfänger aus dem Ausland kommen - das sind übrigens mehr als jemals zuvor -, dann ist das ein Zeichen für die Attraktivität des Studiums hier in diesem Land. Meines Erachtens ist das auch ein Anlass zum Beifall.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Na, na, na! - Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Der Kollege Klug darf nicht klatschen, weil sein Fraktionsvorsitzender gerade Einspruch erhoben hat. - Ich unterstütze ausdrücklich das, was die Wissenschaftsministerin bei der Semestereröffnung an der CAU gesagt hat: Gerade in diesen Tagen der weltweiten Verunsicherung darf und wird sich an der Gastfreundlichkeit Schleswig-Holsteins und seiner Hochschulen nichts ändern. Ich glaube, das ist ein Signal, das wir nach draußen senden sollten.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass nicht nur die knappen öffentlichen Kassen, sondern auch die **Internationalisierung** des Wettbewerbs zwischen den **Hochschulen**, die Entwicklung der Nachfrage am Arbeitsmarkt und das Studierverhalten eine hohe Dynamisierung im Hochschulbereich nach sich ziehen werden. Ich bin sicher, dass alle wissenschaftlichen Institutionen und Ausbildungsstätten in Schleswig-Holstein, von den Universitäten bis zur Berufsakademie, diesen Herausforderungen standhalten werden. Wir müssen politisch unseren Teil dazu beitragen, dass Sie dazu in die Lage versetzt werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die rot-grüne Landesregierung betreibt Hochschulpolitik wie ein Abbruchunternehmen. Mit erheblichem Aufwand an Schönfärberei und Desinformation wird diese Veranstaltung zu allem Übel auch noch als Hochschulstrukturentwicklung bezeichnet. Zweiprozentige Tarifsteigerungen - diese Zahl geht auch aus der Antwort der Landesregierung hervor - bedeuten für die **Hochschuletats** etwa 7,5 Millionen DM Mehraufwand pro Jahr. Die Landesregierung vertritt die Auffassung, dass das Land den Mehraufwand in Höhe von 7,5 Millionen DM nicht aufbringen könne, sondern lediglich die Hälfte dieses Betrages.

Wenn die **Kostensteigerungen** bis 2005 - das ist das Vorhaben der Landesregierung - jeweils nur zur Hälfte vom Land ausgeglichen werden, dann bedeutet das für die Hochschulen massive Stellenstreichungen; das geht gar nicht anders. Nennenswerte neue Akzente in Forschung und Lehre können dann bis zur Mitte des Jahrzehnts nicht mehr finanziell unterlegt werden.

Nehmen wir das Beispiel der Universität Kiel. Pro Jahr bedeutet der Beschluss der Landesregierung etwa 20 zusätzliche Stellenstreichungen für die CAU. Der erst im vergangenen Jahr beschlossene **Struktur- und Entwicklungsplan der Kieler Universität** sieht ohnehin vor, dass im Laufe dieses Jahrzehnts von 2.000 Stellen 200 wegfallen sollen, und zwar 100 davon völlig; 100 sollten für neue Studiengänge und neue Forschungsgebiete umgewandelt werden. Das ist erst im vergangenen Jahr zwischen Landesregierung und Universität als Sparkonzept vereinbart worden.

Dieser ohnehin schon erhebliche Einschnitte bedeutende Plan vom vergangenen Jahr ist aufgrund der Entscheidung der Landesregierung vom Juni Makulatur. Das geht nicht mehr; denn gerade die Stellen, die zur Umwandlung für neue Forschungsgebiete und Studiengänge vorgesehen waren, wird das Rektorat der Universität einbringen müssen, um die neue Finanzlücke, die sich durch den Beschluss der Landesregierung Jahr für Jahr auftut, schließen zu können. Das ist die Realität in diesem Land: ein Jahr für Jahr voranschreitender Bildungsabbau.

Dabei hat Schleswig-Holstein - das geht aus den letzten Grund- und Strukturdaten des Bundesbildungsministeriums hervor; das ist dieses schöne kleine Taschenbuch, das uns jährlich vom Bund zugesandt wird - eine neue Rekordmarke beim Studentenausport er-

**(Dr. Ekkehard Klug)**

reicht. Mit einem Minus von fast 32 % sind wir das Bundesland, das seinen akademischen Nachwuchs im stärksten Umfang zur Abwanderung zwingt. Der erste und bisher letzte **Landeshochschulplan**, den eine Landesregierung vorgelegt hat - das war vor zehn Jahren die damalige Regierung Engholm -, ist, ausgehend von einem Studentenexport von knapp 28 %, zu dem Schluss gekommen, dass die Hochschulen ausgebaut werden müssten, um einen größeren Anteil des wissenschaftlichen Nachwuchses im eigenen Land zu halten. Das war seinerzeit die Zielsetzung. Wir sind, was den Studentenexport angeht, hinter die Marke von 1991 zurückgefallen.

Die finanzielle Auszehrung, die nach Auffassung der Landesregierung bis zum Jahre 2005 fort dauern soll, wird nie und nimmer ohne die Schließung von Studiengängen und ohne den Abbau von Forschungsbereichen zu verkraften sein, es sei denn, die Landesregierung würde eine allgemeine Auszehrung aller Hochschulbereiche in Kauf nehmen. Das würde massiv die Attraktivität all jener Institute und Forschungsbereiche tangieren, die wir im überregionalen und internationalen Vergleich nach wie vor vorzeigen können.

(Beifall bei FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die Landesregierung hat die **Probleme der Hochschulen** durch Fehlentscheidungen in der Vergangenheit verschärft. Ich will nur daran erinnern, dass der kleinen Flensburger Universität vor vier Jahren die alleinige Verantwortung für die Ausbildung eines wesentlichen Teils des Lehrernachwuchses aufgebürdet worden ist.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das war eine sehr gute Entscheidung!)

In den letzten Jahren sind jährlich rund 150 Absolventen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen aus Kiel gekommen. Da dort seit 1998 keine Studienanfänger mehr aufgenommen werden, wird diese Ausbildungsleistung der Kieler Universität jedoch bald nicht mehr da sein. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel, dass Flensburg die dadurch entstehende Lücke - diese wird ja größer, weil der Lehrerberuf in der nächsten Zeit wachsen wird - nicht zu schließen in der Lage sein wird; jedenfalls wird sie in den vor uns liegenden fünf bis acht Jahren keinen Ausgleich für diese Ausbildungsleistung schaffen können.

Das heißt, Sie haben Folgendes verursacht. In einer Zeit, in der wir einen steigenden Lehrerberuf haben, haben Sie die Ausbildungsleistung im eigenen Bundesland extrem verknappt. Das fällt zusammen. Das ist wirklich verfehlte Landespolitik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ist schon angesprochen worden: Neuerdings werkt die Landesregierung an einer neuen tollen Idee für den Standort Flensburg, an der Zusammenlegung der Verwaltungsfunktionen von Universität und Fachhochschule in einer „gemeinsamen Management- und Verwaltungsorganisation“ beider Flensburger Hochschulen. Wir wissen, schon heute haben beide Hochschulen, so weit sie schon jetzt in Teilen nebeneinander auf dem Sandberg-Campus residieren, Abgrenzungsprobleme beim Rasenmähen zwischen den Institutsgebäuden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist Geschichte, Herr Kollege!)

Dort, wo gemeinsame Einrichtungen bestehen, Frau Kollegin, gibt es getrennte Kaffeemaschinen und Fotokopiergeräte, jeweils in der Fachhochschule und in der Universität.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Kollege Dr. Klug, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch?

**Brita Schmitz-Hübsch** [CDU]: Herr Kollege Klug, wann sind Sie das letzte Mal in Flensburg auf dem Campus gewesen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Um Rasen zu mähen!)

um sich zu überzeugen, um wie viel besser jetzt die Zusammenarbeit zwischen den beiden Hochschulen funktioniert?

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Dr. Ekkehard Klug** [FDP]:

Frau Kollegin, ich bin im Juli diesen Jahres da gewesen. Da war alles grün.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich bitte um Entschuldigung, ich muss meine Rede zu Ende bringen. Die Zeit ist knapp.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich gebe zu, das waren ein paar überspitzte Beispiele. Aber ich frage mich, wie das mit der gemeinsamen Verwaltung funktionieren soll, wenn bei allen Entscheidungen, die zu treffen sind, zwei Rektorate, zwei Senate, zwei Frauenbeauftragte, vier Personalräte, nämlich zwei wissenschaftliche und zwei nicht wis-

**(Dr. Ekkehard Klug)**

senschaftliche, und zwei Allgemeine Studierendenausschüsse mitzureden und mitzubestimmen haben. Da wird es nicht nur Sand, da wird es regelrechte Granitklötze im Getriebe geben.

(Beifall bei der FDP - Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Ich kann jetzt keine Zwischenfrage mehr zulassen. Sonst komme ich mit meiner Rede nicht weiter.

Das Einzige, was ich mir als praktikablen Weg vorstellen kann, ist eine echte Ausgliederung, ein echtes Outsourcing, also die Schaffung einer Serviceeinrichtung, die bestimmte Dienstleistungsfunktionen übernimmt und über befristete Verträge an beide Hochschulen angekoppelt ist, ohne dass wir diesen ganzen Klumpatsch an Mitbestimmungsprozeduren für eine gemeinsame Verwaltungseinrichtung haben. Das darf es nicht geben.

(Beifall bei der FDP)

Das müssen die Sozialdemokraten wissen: Wenn Sie beides wollen - die Gruppenuniversität in extenso und angeblich effiziente wirtschaftliche Organisationsformen -, dann sprengen Sie die ganze Veranstaltung, dann machen Sie wirklich die Arbeitsfähigkeit beider **Flensburger Hochschulen** kaputt. Das ist meine feste Überzeugung. Das sagen Ihnen auch Leute aus den Hochschulen.

(Beifall bei der FDP)

Sie müssen sich für das eine oder andere entscheiden. Beides zusammen geht nicht.

Wenn wir schon über Chaos sprechen, muss über das Thema **Muthesius-Hochschule** geredet werden. Was da passiert ist, ist wirklich ein Bilderbuchbeispiel für die total bürokratisierte Regelungsdichte deutscher Hochschulpolitik. Die Muthesius-Hochschule selbst nehme ich in Schutz. Die Ursache für den Verschiebebahnhof, um den es geht, hat die Landesregierung nicht zu verantworten. Sie arbeitet innerhalb der Rahmenbedingungen, die das Bundesrecht setzt. Das Ergebnis ist aber wirklich katastrophal. Die Ursache besteht schlicht und einfach darin, dass sich die Muthesius-Hochschule in absehbarer Zeit in totaler Raumnot befindet. Es wäre sinnvoll, sie in das Gebäude zu transferieren, das in der Legienstraße vom bisherigen Fachbereich Technik der Kieler Fachhochschule frei gemacht wird. Dieser geht auf den Ostufer-Campus über.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie verwechseln Ursache und Wirkung!)

- Nein, das war die Ursache der ganzen Geschichte. Das weiß ich sehr wohl.

Dann hat man sich gedacht: Wenn wir da einziehen wollen, müssen wir mit der Muthesius-Hochschule in die Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz kommen. Denn nur wenn die Muthesius-Hochschule in dieser Anlage aufgeführt ist, dann kann auch das Gebäude genutzt werden. Sonst fordert der Bund die Bundesgelder zurück, die in dem Gebäude in der Legienstraße stecken.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist das!)

- So ist das! - Also hat man gesagt: Jetzt stellen wir einen Antrag auf Aufnahme in die Anlage. Das, was der Kollege Weber zum christdemokratischen Vorschlag mit diesem Wissenschaftssowjet gesagt hat, kann ich absolut teilen. Aber jetzt sind wir beim Wissenschaftsrat des Bundes. Der ist beauftragt worden, Gutachten zu erstellen. Bloß saßen da, weil es sich bei der Muthesius-Hochschule um eine Fachhochschule handelt, lauter Leute aus dem Fachhochschulbereich, die mit so einer Kunstfachhochschule qua Herkunft und qua Tradition gar nichts anfangen konnten. Das ganze Verfahren drohte zu scheitern. Hier hat die Regierung in der Tat etwas Vernünftiges gemacht. Sie hat den Antrag zurückgezogen und nochmals nachgedacht. Nur kam bei diesem Nachdenken als Ergebnis heraus: Wir machen sie zur Kunsthochschule, dann kriegen wir bei einem zweiten Antragsverfahren lauter freundliche, verständnisvolle Gutachter aus dem Bereich der Kunsthochschulen. Die sagen Ja. Aber um das Ganze zustande zu kriegen, müssen wir den **Ringtausch** zwischen den **Hochschulen** organisieren. Diesen hat der Kollege de Jager eingehend beschrieben. In der Tat machen Sie mit diesem Ringtausch alles Mögliche im Fachhochschulbereich kaputt. Zum Beispiel - das darf ich zum Schluss noch anfügen - zerreißen Sie den Zusammenhang von Bauingenieurwesen und Architektur im Hochschulangebot in diesem Land.

(Beifall bei der FDP)

Es wird schon bald festzustellen sein, dass die Bauwirtschaft im Raum Lübeck, die auf den Nachwuchs an Bauingenieuren von der dortigen FH angewiesen ist, über fehlende Nachwuchskräfte klagen wird. Das, was Sie bei der Lehrerbildung erlebt haben, dass nämlich der Transfer von Studenten von einem Standort zum anderen nicht klappt, werden Sie in Lübeck genauso erleben. Denn die dortigen bisherigen Studenten werden in Zukunft nicht alle in Eckernförde auftauchen. Mit anderen Worten: Im Saldo haben Sie ein Minus.

Letzter Punkt. Dass die **Fachhochschule Westküste** von neun beantragten Professuren fünf nicht zur Aus-

(Dr. Ekkehard Klug)

schreibung bewilligt bekommen hat: Ist das jetzt der Anfang vom Ende des Ausbaus der Fachhochschule Westküste in Heide? Auch dazu sollten wir gelegentlich eine Antwort von der Landesregierung bekommen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Angelika Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In die **Hochschullandschaft** ist viel **Bewegung** gekommen. In der letzten Legislaturperiode ist die Grundsatzentscheidung gefallen, Zielvereinbarungen zu treffen, um mit diesem Instrument zu steuern und trotz der vielen Sparbeschlüsse neue Strukturen auf den Weg zu bringen. Diese Entscheidung hat sich bewährt. Dies beweist, dass die schleswig-holsteinischen Hochschulen lebendig sind. Es beweist insbesondere, dass sie auf internationalem Niveau arbeiten. Sie haben sich neue Studienabschlüsse gegeben. An allen Hochschulen ist man auf dem Weg. Es werden sogar ganze Vorlesungsreihen und Seminare auf Englisch abgehalten. Wer hätte vor wenigen Jahren gedacht, dass das so schnell gehen kann? Dieser Weg muss weiter beschritten werden. Bei allen Differenzen, die wir hier im Landtag zu Einzelfragen haben, ist es wichtig, diese Gemeinsamkeit festzuhalten.

Neue Studiengänge insbesondere im Bereich der Medien, der Informationstechnologien und der Biotechnologie werden geschaffen. Gleichzeitig wurde, wie von den Koalitionsfraktionen gefordert, damit begonnen, die Zahl der Medizinstudienplätze zu verringern. Es vergeht kein Monat, an dem nicht die Hochschulen aus allen Ecken dieses Landes über internationale Begegnungen und Neuerungen berichten. Das ist gut so. Aber es ist auch richtig, dass wir gerade angesichts knapper Ressourcen einen Überblick darüber behalten müssen, wie sich die Hochschullandschaft entwickelt. Insofern begrüße ich die **Ankündigung** der Ministerin, hier einen **Hochschulplan** vorzulegen. Aber - dies sage ich an die Reihen der Opposition - es ist auch richtig, gerade angesichts der Kritik, die Sie vorgebracht haben, dass dieser Plan nicht von oben verordnet wird, sondern dass er auf dem aufbaut, was die Hochschulen selber an Planungen entwickeln.

Das enthebt uns hier nicht einer politischen Beurteilung. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Die Hochschulautonomie, die Verantwortung für Wissenschaft, Forschung und Lehre ist das eine. Die Weichenstellung, die wir mit den grundlegenden Zielsetzungen, mit

den Zielvereinbarungen verbinden, mit dem Beschluss, den wir im Landtag vorgenommen haben, ist das andere. Wir haben zum Beispiel beschlossen, dass es Evaluationen geben soll, dass Frauen in Lehre und Forschung einen besseren Platz als bisher bekommen, dass wir im Bereich der ökologischen Verantwortung dieses Landes einen entsprechenden Schwerpunkt an den Hochschulen erwarten. Diese Dinge sind mit der Autonomie nicht aufgehoben. Vielmehr haben wir im Einzelnen zu beurteilen, welche Grundrichtung die Hochschullandschaft nehmen soll.

Das **Parlament** wird also auch zukünftig an **grundlegenden Entscheidungen** zu beteiligen sein. Insofern begrüße ich, dass wir bald sowohl über geplante gesetzgeberische Entscheidungen im Hochschulbereich als auch über weitere Planungen im Bereich der Zusammenlegung der Uni-Kliniken Näheres erfahren.

Entscheidungen, die die Existenz einer oder gar mehrerer Hochschulen betreffen, gehören natürlich nach wie vor trotz Zielvereinbarung ins Parlament, dem Haushaltsgesetzgeber und Verantwortlichen für Bildung.

Nun zu den einzelnen Fragen, die bei der Großen Anfrage eine Rolle gespielt haben. Zunächst zur Muthesius-Hochschule! Die **Muthesius-Hochschule** hat in einem vorbildlichen Beteiligungsprozess aller an der Hochschule Tätigen, insbesondere auch der Studierenden, ein innovatives Konzept erarbeitet, um als Kunsthochschule anerkannt zu werden. Herr Klug, ich finde es ein bisschen billig, wenn Sie das auf ein Raumproblem reduzieren. Es mag ja - ich hätte beinahe gesagt - Kleingeister geben, die eine solche Entscheidung ausschließlich von Räumen abhängig machen. Es mag sogar Leute in der Verwaltung gegeben haben, die allein in solchen Entscheidungsprozessen denken. Aber ich habe lange und viel mit den Studierenden, mit den Lehrenden, mit denjenigen, die an der Entwicklung dieser Hochschule auch von außen beteiligt waren, mit internationalen Kapazitäten gesprochen und die haben sich nicht mit Raumfragen beschäftigt. Die haben sich vielmehr damit beschäftigt, wie die Themen Design und Architektur im Norden zukünftig gestaltet werden sollen, welche Rolle die Muthesius-Hochschule auch im internationalen Kontext spielt, welche Chance sie neben einer Volluniversität und im Rahmen der Weiterentwicklung von postgraduierten Studiengängen hat. Diese Fragen haben in den letzten Monaten eine Rolle gespielt und nicht nur die Frage der Räume.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich muss die Muthesius-Hochschule auch neue Räume haben, aber das ist nicht der Streitpunkt.

(Angelika Birk)

Zu fragen ist, was wir da tun können, wenn wir das kostenneutral umsetzen wollen. In der Tat haben sich deswegen beide Koalitionsfraktionen dazu entschlossen, einen Berichtsantrag zu stellen. Es wird sicher richtig sein, gerade wenn man den Fachhochschulen hier harte Schnitte zumutet, dass man sich klar darüber ist, was man tut.

(Lachen bei CDU und FDP)

Ich bin gespannt auf die Berichterstattung, die uns im Detail noch nicht vorliegt. Wir haben zwar aus der Antwort auf die Große Anfrage eine erste Strukturentscheidung entnehmen können, aber nicht umsonst wird sich sowohl der Bildungsausschuss als auch das Parlament im nächsten Monat mit dieser Frage noch einmal gründlich befassen, und zwar vor der Haushaltsentscheidung - vor der Haushaltsentscheidung, meine Herren von der Opposition!

Nun zur Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen CAU und Fachhochschulen! Wenn ich die Opposition höre, heißt es immer wieder: Es war verkehrt, in die Fläche zu gehen. Ich möchte Sie einmal hören, wenn wir heute noch den Zustand wie vor 15 Jahren hätten: eine große CAU, eine Medizinische Universität zu Lübeck und ein bisschen drumherum. Das wäre keine Weiterentwicklung der Musikhochschule. Das wäre keine Fachhochschule Heide. Das wäre keine Entwicklung in Flensburg, in Eckernförde. Das wäre auch keine Weiterentwicklung hier in Kiel.

Es war richtig und auch bundesweit gefordert, dass die **Fachhochschulen** einen Ausbau erfahren, dass sie neue Studiengänge aufbauen und dass wir uns internationalen Standards anpassen. Dass sich nun die Hochschulen - sowohl die Fachhochschulen als auch die Universitäten - dieser Frage trotz knapper Ressourcen stellen, verdient unsere Anerkennung.

Herr Klug, natürlich nehmen wir es ernst, wenn wir in der Bilanz feststellen müssen, dass wir bei einem Teil der Fachhochschulplätze eine Negativbilanz haben, im Bauwesen. Aber auch Sie kommen nicht an der Tatsache vorbei, dass wir im Augenblick einen ziemlichen Überhang an Architekturstudentinnen und -studenten haben, auch gerade im Fachhochschulbereich. Das kann wieder anders werden. Insofern müssen wir uns die Entwicklung sehr genau angucken. Aber generell zu sagen, bei der Zahl der Studierenden bleibe immer alles, wie es ist, können wir uns angesichts knapper Kassen nicht leisten.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich an diejenigen appellieren, die uns Parlamentarier auch in Einzelfragen immer wieder ansprechen. Dabei geht es mir um das grundsätzliche Verständnis von **Hochschulautonomie**. Das möchte ich auch gerade nach

dem Beitrag von Herrn Dr. Klug unterstreichen. Hochschulautonomie funktioniert nicht so, dass sich einzelne mächtige Gruppen in der Lobby der Hochschule durchsetzen, dann hier vor Ort die Parlamentarier anhauen, die Gegenkräfte - auch wieder Parlamentarier - ansprechen und wir hier stellvertretend eine Auseinandersetzung um einzelne Stellen und einzelne Personen austragen, die eigentlich in die Hochschule gehört. Hochschulautonomie läuft aber natürlich auch nicht so, dass ein Topmanager alles regelt und damit das, was wir an gewachsenen demokratischen Strukturen und Beteiligung der Studierenden haben, über den Haufen geworfen wird.

Mit dem Instrument der Zielvereinbarung neue Wege zu finden - Herr Weber hat das bereits angesprochen -, ist für beide Seiten ein Experiment, auch für die Seite der Hochschulverwaltung im Ministerium. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen, Frau Ministerin. Es bedeutet für beide Seiten ein neues Miteinander. Auch wir als Parlament müssen hier unsere Rolle finden. Wir müssen die Strukturentscheidungen rechtzeitig kennen und einen Überblick über die Konsequenzen haben. Dann müssen wir uns nicht immer wieder im Nachjustieren von Einzelheiten verlieren. Herr Dr. Klug, Sie sollten schon unterscheiden, wann Sie Lobbypolitik machen, wann Sie Landespolitik machen und wann Sie den Blick auf die Gesamtlandschaft aller Hochschulen und auch aller daran Beteiligten richten.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Immer!)

Wenn Sie hier zum wiederholten Male annehmen, das Drama des mangelnden Lehrernachwuchses liege ausschließlich an einem Problem Flensburg/Kiel, haben Sie sich offensichtlich nicht angeguckt, wie es bundesweit aussieht. Wir haben überall Nachwuchsprobleme. Das hängt wiederum damit zusammen, dass Studierende dieses Faches sehr lange wussten, dass sie in dem Beruf keine Zukunft haben. So funktioniert ein Schweinezyklus nun einmal und wir sind alle aufgefordert, hier gegenzusteuern. Ich warne Sie davor, den Standort Flensburg mit seinen Chancen, seiner Nähe zu Dänemark, den skandinavischen Möglichkeiten und dem, was wir dort an Unterrichtsgeschehen und pädagogischem Wissen haben, schlecht zu reden.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Wir sind gut beraten, eine Kooperation zwischen Flensburg und CAU so zu fördern, dass die verschiedenen pädagogischen Institutionen voneinander wissen, ohne immer wieder in einem ewigen Nachkarten vergangenem Realitäten nachzutruern.



(Angelika Birk)

Die Situation ist doch so, dass wir über die Lehrerbildung insgesamt noch eine ganze Menge zu hören und mit zu entscheiden haben. Wenn es um Reformpädagogik geht, sieht die Entscheidung für eine neue universitäre Einrichtung in Flensburg anders aus, als wenn man es ausschließlich unter dem Aspekt sieht, wer in Kiel vielleicht von zukünftigen Würden geträumt hat.

Ich muss an dieser Stelle abbrechen, obwohl es natürlich noch eine ganze Menge Details auch zur Zusammenlegung der Uni-Klinika zu sagen gäbe. Vielleicht noch so viel, auch dies durchaus als Lübeckerin gesprochen: Die Universitätsklinik in Lübeck hat sich mit dem neuen Studiengang Molekulare Biotechnologie einen Namen gemacht; sie hat stolz darauf verwiesen, dass jetzt Hunderte neue Studierende anfangen. Anderswo ist dieses Fach mit einem Numerus clausus belegt. Auch dieses Fach ist im Studieren nicht ganz billig: Es braucht Labore, es braucht viele neue Technologien. Auch deswegen finde ich es richtig, dass wir vor langjährigen Zielvereinbarungen im Parlament darüber debattieren, was uns diese Studienplätze kosten, welche Zukunft ein solches Studium hat, wie die Folgekosten aussehen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Welchen Nutzen es hat! - Glocke des Präsidenten)

Wenn es - das ist für mich zum Beispiel eine wichtige Grenze der Autonomie - um Fragen geht, die das Grundverständnis und die Existenz einzelner Hochschulen und der Gesamtbudgets des Landes betreffen, dann sind wir auch gefragt. Dies kann nicht allein die Entscheidung einer Hochschule sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Sprecherin, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Kollegen Klug komme ich noch.

(Zurufe)

„Wer nicht neugierig ist, erfährt nichts“, heißt es bei Goethe, der ja bekanntlich für alle Lebenslagen Zitiertfähiges hervorgebracht hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie scheint ein kleines Büchlein zu haben! - Unruhe)

In ihrer Großen Anfrage zur **Hochschulstrukturentwicklung** wird die CDU-Fraktion insgesamt recht neugierig. Dennoch hätte ich mir gewünscht, dass sie ihre Neugierde noch mehr ausgelebt hätte, um es der Landesregierung nicht ganz so einfach zu machen, ausweichende Antworten zu geben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Andererseits habe ich Verständnis dafür, dass die Landesregierung die Frage: „Wie beurteilt die Landesregierung in diesem Zusammenhang den Beschluss der Landesrektorenkonferenz, dass Bedingung für den Abschluss neuer Zielvereinbarungen die volle Übernahme der Tarifmehrkosten ist?“, wie folgt beantwortet: „Die Landesregierung geht davon aus, dass die Hochschulen sich der gesetzlichen Verpflichtung, Zielvereinbarungen abzuschließen, nicht entziehen werden.“

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich frage: Wie anders hätte die Landesregierung antworten müssen?

(Martin Kayenburg [CDU]: Ehrlich!)

Weil es so schön war, deshalb noch ein Zitat: „Da stehe ich nun, ich armer Tor, und bin so klug wie nie zuvor.“

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Als wie zuvor“! - Zuruf von der CDU: Wenn man schon zitiert, sollte man es richtig tun!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für die Belehrung! Ich merke, dass Sie alle gut aufgepasst haben.

Schwerpunkt der Großen Anfrage ist die Abfrage von Strukturvorhaben der Landesregierung im **Hochschulbereich**. Ein umfassendes Bild des strukturellen Reformbedarfs der Hochschulen in Schleswig-Holstein ermöglichen die Fragen und die entsprechenden Antworten leider nicht.

Die größte Rolle spielt die Neuaufteilung der Studiengänge Architektur und Bauwesen zwischen der Muthesius-Hochschule und den Fachhochschulen Kiel und Lübeck. Aber da wir demnächst einen Bericht zum Thema Architekturstudium und Eckernförde erhalten werden, hätte ich mir eine andere Gewichtung gewünscht. Man könnte sagen, es kommt der Verdacht auf, dass die Große Anfrage eher damit zu tun hat und weniger mit den anderen Problemen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Wortmeldung des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

**(Anke Spoorendonk)**

- Lieber Kollege de Jager, könnten Sie mit Ihrer Frage nicht bis zum Ende meiner Ausführungen warten? Dann kann ich besser abschätzen, ob ich für eine Antwort noch Zeit habe.

(Heiterkeit)

Einen anderen gewichtigen Komplex in der Antwort auf die Große Anfrage macht der Komplex **Medizinstudium** in Kiel und in Lübeck aus. Das muss ich natürlich hinzufügen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Zugeben!)

Die Probleme sind hinlänglich bekannt. Es ist aber fraglich, ob die vom Ministerium angepeilte Lösung - Aufrechterhaltung beider Fakultäten durch Reduzierung der Studierendenzahl - wirklich der Weg zu einer stabilen, verlässlichen Entwicklung für das Medizinstudium im Land ist.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Zu einer tragfähigen Entwicklung gehört auch die Schwerpunktbildung der Standorte.

Sowohl für Flensburg als auch für Lübeck arbeitet die Landesregierung mit dem Gedanken, Verwaltungen zusammenzulegen. Für Flensburg ist konkret ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, das diese Zielsetzung durchleuchten soll. Weiterhin wird in Erwägung gezogen - so heißt es jedenfalls vor Ort nach einer Informationsveranstaltung an der FH Flensburg mit Staatssekretär Dr. Stegner -, eine Verwaltungsmanagement GmbH mit einem Campusmanager einzurichten.

Zu Recht stoßen diese Pläne auf wenig Gegenliebe: Einerseits, weil dadurch eine Aushebelung der Hochschulautonomie befürchtet wird, und andererseits, weil mit diesen Vorstellungen von oben nach unten agiert wird, ohne dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bisher die Möglichkeit geboten worden ist, sich an diesem Prozess zu beteiligen. - Das jedenfalls ist der Tenor der Berichterstattung und das ist der Eindruck, der vor Ort vorherrscht.

Hinzu kommt, dass anscheinend schon in diesem Herbst, das heißt noch vor Fertigstellung des Gutachtens, eine Entscheidung getroffen werden soll. Das - so denke ich - müsste im Ausschuss noch einmal näher diskutiert werden. Deshalb brauche ich dazu jetzt im Moment nichts mehr zu sagen.

Ich will aber auch nicht falsch verstanden werden: Auch der SSW ist dafür, dass Verwaltungen zusammenarbeiten, zusammenarbeiten müssen, um Synergien zu erzielen. Es ist aber zu wenig, diesen Punkt als so entscheidend darzustellen, dass er sozusagen als

Lackmustest für den Erhalt des eigenständigen Hochschulstandortes Flensburg hochstilisiert wird. Wer als Argument dafür die Probleme mit der gemeinsamen Hochschulbibliothek anführt, vergisst, dass die Probleme nicht durch Verwaltungszusammenlegung in den Griff zu bekommen sind, sondern durch guten Willen und präzise Absprachen.

Das muss - das will ich hinzufügen - von den Hochschulen geleistet werden. Das wird jetzt auch geleistet. Dazu das zu hören, was der Kollege Klug gesagt hat - damit komme ich jetzt zu ihm -, hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun, sondern mit Vorurteilen. Wenn der Kollege Klug - ich sage das noch einmal, damit man das nicht so schnell vergisst - von diesem „ganzen Klumpatsch der Mitbestimmung“ spricht -

(Martin Kayenburg [CDU]: Recht hat er!)

das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, lieber Kollege Kayenburg -, dann weiß ich nicht, wo wir uns befinden. Ich finde, das ist eine Zustimmung, und ich finde, es ist unerhört.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Aus der Sicht des SSW ist der entscheidende Punkt, dass sich das Land zu dem **Hochschulstandort Flensburg** bekennen muss - nicht widerwillig, sondern aus Überzeugung. Die Landesregierung tut dies in der Antwort auf die Große Anfrage und das begrüßen wir. Nun müssen diesen Worten auch Taten folgen.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Sehr gut.

(Heiterkeit bei der CDU)

Damit meine ich, dass die Lehrerausbildung als ein Fundament der Uni Flensburg gestärkt werden muss.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es macht somit wenig Sinn, dass künftige Sonderschullehrer sowohl auf Flensburg als auch auf Kiel angewiesen sind.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Ausbildung zum Sonderschullehrer muss aus einer

**(Anke Spoorendonk)**

Hand angeboten werden - dort, wo Lehrerausbildung stattfindet, nämlich in Flensburg.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Noch ein Wort zum Hochschulstandort Flensburg, weil wir doch immer wieder den Eindruck haben, lieber Kollege Klug, dass der Weg von Kiel nach Flensburg wesentlich weiter ist als umgekehrt. Das gilt im Übrigen - das muss ich dann auch noch einmal loswerden - auch für die Fragen der CDU in der Großen Anfrage. Polemisch könnte ich hier den berühmten Spatenstich des ehemaligen Kollegen Max Stich Mitte der 70er-Jahre „durch den Raum ziehen“. Ich denke, es wäre wünschenswert, wenn sich auch die CDU insgesamt - ich spreche jetzt nicht von den regionalen Abgeordneten - zum Hochschulstandort Flensburg bekennen würde.

Wer den Hochschulstandort Flensburg stärken will, muss auch gewillt sein, die Entwicklungsfähigkeit und die Potenziale der Hochschulen zu stärken.

Ich möchte auch noch einmal in Erinnerung rufen, dass die Uni Flensburg seit ihrer Gründung als Bildungswissenschaftliche Hochschule jedes Jahr mehr Studierende bekommen hat und dass man jetzt erstmals über 3.000 Studierende gekommen ist. Deswegen habe ich auch wenig Verständnis dafür, dass mit Beginn des Wintersemesters ein Numerus clausus für die Wirtschaftswissenschaften verhängt worden ist. Zu diesem Bereich habe ich einige Fragen - die möchte ich auch gern im Ausschuss geklärt haben - wie zum Beispiel, inwieweit Studiengänge betroffen sind, die zu den internationalen Studiengängen der Universität gehören.

Aus Sicht des SSW muss auch das zweite Standbein der Flensburger Universitäten gestärkt werden und das sind die grenzüberschreitenden, internationalen Studiengänge.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier ist ein Know-how entstanden, das ohne Übertreibung künftig für die Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein von entscheidender Bedeutung sein wird. Dieser Überzeugung bin ich.

Wir wissen aus anderen Zusammenhängen, dass der Prophet im eigenen Land nicht besonders viel gilt. Aber mittlerweile muss man nicht mehr prophetische Gaben haben, um zu erkennen, dass Schleswig-Holstein seine Kompetenzen in diesem Bereich selbst annehmen muss, damit dieses Potenzial wirklich zur Entfaltung kommt. Schleswig-Holstein legt in so vielen Zusammenhängen Wert auf seine Funktion als Schnittstelle im Ostseeraum. Entsprechende Fähigkei-

ten müssen endlich akzeptiert und auch gebührend gewertet werden. Wir haben etwas - auch das muss man deutlich sagen -, wofür uns andere beneiden, und zwar auch in der hochgelobten Øresundregion. Auch in der Øresundregion wird nur mit Wasser gekocht. Wir haben ein Know-how, das es gilt nicht nur zu vermarkten, sondern das jetzt auch genutzt werden muss. Wir müssen mit diesem Pfund wuchern.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Jürgen Weber [SPD])

Es wäre von daher wünschenswert gewesen, wenn die Große Anfrage auf solche konkreten inhaltlichen Aspekte der Hochschulstrukturentwicklung eingegangen und es dem Ministerium nicht ganz so einfach gemacht worden wäre, bei abstrakten Begriffen wie Modernisierung und Profilbildung stehen zu bleiben.

Letzte Bemerkung! Gerade vor dem Hintergrund der hier diskutierten Instrumente der Modernisierung - wie Zielvereinbarungen und Reformen der Hochschulverwaltungen - wäre es vielleicht auch sinnvoll gewesen, wieder einmal über Sinn und Zweck der neuen Steuerungsinstrumente nachzudenken.

Frau Präsidentin, ich komme gleich zum Schluss!

Nicht Sinn der Sache ist es unserer Ansicht nach, wenn über ein zu detailliertes Berichtswesen Energien der Hochschulen gebunden werden und wenn ein Campusmanagement letztlich über die Ressourcenverteilung entscheidet und so die Autonomie und Selbstverwaltung der Hochschulen unterläuft. Aber Sinn der Sache kann es auch nicht sein, uns jetzt mit einem Landeswissenschaftsrat zu beglücken, wie es der Kollege Jost de Jager vorhin vorgeschlagen hat.

Auch die Empfehlungen eines Wissenschaftsrates müssen politisch umgesetzt werden. Wir müssen also sehen, dass wir in die Puschen kommen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Antwort auf die Große Anfrage zur abschließenden Beratung in den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig beschlossen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Sicherheit der Atomkraftwerke gegen Flugzeugabstürze**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1270

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung beantragt. Ich schlage daher vor, dass zunächst der Herr Minister den Bericht gibt. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann haben Sie, Herr Minister Möller, das Wort.

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **Terroranschläge** vom 11. September haben weltweit zu einer neuen Sensibilität in Sicherheitsfragen geführt. Dies betrifft auch die Sicherheit von Atomanlagen bei bisher eigentlich nicht für möglich gehaltenen gezielten Angriffen mit Passagierflugzeugen.

Natürlich haben wir unmittelbar nach den Anschlägen Prüfungen eingeleitet. Sie sollen klären, welche Auswirkungen der Absturz eines modernen Passagierflugzeugs auf die Kernkraftwerke Brunsbüttel, Brokdorf oder Krümmel hätte.

Ich freue mich, dass unsere Betreiber der jeweiligen Sicherheitslage angemessen reagiert haben, ihre eigenen Sicherheitsstufen freiwillig nach oben gesetzt haben, und ich will daran erinnern, dass übermorgen im Bundesrat über den Atomkonsens und über das Atomgesetz beraten werden wird, das das angeordnete Ende der Kernenergie vorsieht. Ich denke, das ist die adäquate Antwort auf diese Gefährdung der Sicherheit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir haben selbstverständlich in engem Kontakt mit dem Umweltministerium gestanden. Es sind Aufträge an die **Reaktorsicherheitskommission** erteilt worden. Das ist auch Anlass des Berichtes. Die Reaktorsicherheitskommission hat gestern erst einen vorläufigen Bericht gegeben. Insofern kann auch ich Ihnen heute einen Zwischenbericht geben. Ich verweise aber darauf - das ist auch neu -, dass der RSK-Bericht sogar im Internet nachlesbar ist.

Die Reaktorsicherheitskommission - das sind die Gutachter, die den Bundesumweltminister beraten - stellte vorweg fest, dass eine umfassende Bewertung aller relevanten Fragen nur durch weitere Untersuchungen

möglich ist. Parallel dazu sollen Szenarien und Lastannahmen ermittelt werden.

Der Umweltminister hatte der Kommission zunächst drei Fragen gestellt. Erstens hatte er gefragt, inwieweit die bestehenden Atomkraftwerke gegen den gezielten Absturz von zivilen Großflugzeugen mit vollem Tankinhalt geschützt sind und welche Schadensszenarien zu erwarten sind. Die zweite Frage lautete, wie das Schadensausmaß für den Fall eines derartigen Absturzes verringert werden könnte, und drittens hatte er gefragt: Gibt es Möglichkeiten technischer Nachrüstung?

Die Teilantworten, die bisher gegeben worden sind, kann ich Ihnen jetzt vortragen. Ich sage noch einmal ausdrücklich: Die RSK hat die Fragen bezüglich der Gefährdung jedes einzelnen Kraftwerks oder danach, ob Nachrüstungen möglich sind, noch nicht abschließend beantwortet.

Zum Schutz der deutschen **Kernkraftwerke** im Hinblick auf die mechanischen Lasten durch einen **Flugzeugabsturz** hat sich die RSK in ihrer vorläufigen Bewertung differenziert geäußert. Hinsichtlich der Reaktoren, die nach 1973 die erste Teilerrichtungsgenehmigung erhalten haben, sieht die RSK zwar einen ausreichenden Schutz gegenüber dem zufallsbedingten Absturz eines schnell fliegenden Militärflugzeugs sowie einen so genannten Grundschutz gegen Abstürze ziviler Maschinen, beschränkt auf die letzte Aussage: auch gegenüber den mechanischen Belastungen eines zufallsbedingten Absturzes eines Verkehrsflugzeugs mittlerer Größe mit einer Aufprallgeschwindigkeit von 400 km/h.

Anders sieht es bei den Kernkraftwerken aus, die vor 1973 die Teilerrichtungsgenehmigung erhalten haben. Hier gibt es diesen Grundschutz nicht, allerdings ist auch hier das Schutzniveau unterschiedlich zu beurteilen.

Zu der ersten Kategorie gehören bei uns Brokdorf und Krümmel, zur zweiten Kategorie gehört Brunsbüttel. Deshalb ist es richtig, dass wir gerade im Hinblick auf unsere Anlagen spezifische Gutachten selbst eingeleitet haben.

Offen ist, ob die mechanischen Belastungen eines zielgerichteten Absturzes großer Verkehrsflugzeuge mit höherer Aufprallgeschwindigkeit von den jeweiligen Kernkraftwerken ohne größere Schäden abgetragen werden können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Im physikalischen Sinne! Das ist das Entscheidende!)

In Bezug auf die Auswirkung des zu erwartenden Kerosinbrandes teilt die Reaktorsicherheitskommission lediglich mit, dass hier mit einer Treibstoffmenge von

**(Minister Claus Möller)**

100 t gerechnet werden müsse, und verweist darauf, dass bisherige Untersuchungen zu Militärflugzeugen auf einer Masse von lediglich 5 t Kerosin beruhen.

Nach Aussage der RSK bleibt es offen, ob bei Szenarien wie denen des 11. September in den USA die Brandlasten auch in Kombination mit den Trümmerlasten abgetragen werden können. Die RSK schließt im Einzelfall auch massive Freisetzungen radioaktiver Stoffe nicht aus.

Bei den kurzfristigen Maßnahmen zur Begrenzung des Schadensausmaßes weist die RSK auf die Möglichkeit hin, die Anlagen durch Abschaltung in den kalten, unterkritischen Zustand zu bringen und damit längere Karenzzeiten für Notfallmaßnahmen zur Verfügung zu haben. Aber die RSK sagt gleichzeitig, das relevante Potenzial an langlebigen Spaltprodukten werde durch das Abschalten der Anlagen nicht entscheidend beeinflusst. Auch das Verbringen des radioaktiven Inventars in ein gesichertes Lager sei kurzfristig nicht machbar, da man eine Abklingzeit von einem halben Jahr benötige.

Zu den konkret möglichen technischen Nachrüstungsmaßnahmen verweist die RSK auf die notwendigen eingangs geforderten vertiefenden Untersuchungen, die auf anlagenspezifische Gegebenheiten Rücksicht nehmen müssen.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Minister, darf ich Sie auf die Redezeit aufmerksam machen?

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Ich bitte wirklich darum, wenn ich hier einen Bericht geben soll und man mir fünf Minuten gibt,

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann müsst ihr mehr beantragen! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

dass ich dann zumindest die Ergebnisse der RSK vortragen darf.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als wirksamste Maßnahme sieht es die RSK an, die Eintrittswahrscheinlichkeit von Terroranschlägen so gering wie möglich zu halten. Ich sage nur: Wie wahr! Aber wie bewerkstelligt man das? - Die RSK fordert hierfür ein gestaffeltes Schutzkonzept mit gezielten administrativen Maßnahmen. Sie wissen ja, dass die öffentliche Diskussion bis hin zum Raketenbeschuss von Kernkraftwerken geführt wird. Ich kann Ihnen nur

sagen und wiederhole das: Der sicherste Schutz ist der geordnete Ausstieg aus der Kernenergie.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese erste Bewertung der RSK konnte meine Besorgnis nicht mindern. Der Schutzzustand der deutschen Kernkraftwerke bei terroristischen Angriffen ist gegenwärtig nicht geklärt. Weitere Untersuchungen sind erforderlich. Allerdings hilft es hier auch nicht, in Panik zu verfallen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoheit-Lücke [FDP])

In der derzeitigen aktuellen Sicherheitslage und bei den derzeit auf Bundes- und auf Landesebene eingeleiteten Prüfungen sehe ich eine Rechtsgrundlage zur Sofortabschaltung nach dem Atomgesetz für rechtlich nicht haltbar an. Inwieweit die bisherige Risikoeinschätzungen künftig noch Bestand haben werden, ist derzeit noch nicht absehbar. Konsequenzen werden sich insoweit aus dem Ergebnis der Prüfungen ergeben. Wir werden vor der Frage stehen, ob wir dieses Risiko, das wir bisher nicht für möglich gehalten haben, auch in Zukunft in den Bereich des Restrisikos einstufen, das ja hinnehmbar ist. Diesbezüglich wage ich keine abschließende Antwort.

Lassen Sie mich noch einige Punkte aus der aktuellen Atomdebatte ansprechen.

Ich sagte schon: Übermorgen wird im Bundesrat die Atomgesetznovelle beraten. Wir werden dort beantragen, dass auf Bundesebene kurzfristig eine umfassende Sicherheitsanalyse erstellt wird und dass die RSK etwas mehr Licht in das Dunkel der ungeklärten Fragen bringt. Auch wird die Frage zu beantworten sein, ob beziehungsweise in welchem Umfang bestehende Kernkraftwerke gegebenenfalls nachgerüstet werden können oder müssen.

Ich bleibe bei dem alten Vorschlag, den wir schon öfter gemacht haben. Wir haben Ja zum Atomkonsens gesagt, gleichzeitig aber darauf gedrungen, dass der Konsens vorsieht, dass Reststrommengen aus alten Kraftwerken, zum Beispiel aus solchen, die nicht flugzeugabsturzsicher ausgelegt sind, auf neuere Anlagen übertragen werden können.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich vermute, dass dieser Vorschlag, den wir immer wieder gemacht haben - es findet ja auch eine öffentliche Diskussion dazu statt -, wieder an Aktualität gewinnen wird.

**(Minister Claus Möller)**

Zur Vermeidung der **Atomtransporte** und ihrer Risiken müssen möglichst schnell möglichst sichere Zwischenlager zur Verfügung gestellt werden. Die Sicherheit von Zwischenlagern ist nicht nur durch entsprechende Behälter, sondern auch durch eine weitere Sicherheitsbarriere zu erhöhen - ebenfalls unsere alte Forderung. Aus aktuellem Anlass weise ich darauf hin: Ich teile die Auffassung des Innenministers dazu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sonst aber weniger! - Klaus Schlie [CDU]: Da hat er jetzt Glück gehabt!)

Wir brauchen die Atomtransporte. Es ist erfreulich, dass der Transport aus Brunsbüttel relativ reibungslos verlaufen ist.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Minister, ich muss Sie trotzdem bitten, langsam zum Schluss zu kommen!

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Es stellt sich allerdings die Frage, ob wir uns - bei den Aufgaben, die aktuell unsere Polizei und der Bundesgrenzschutz wahrnehmen müssen - im November einen Polizeieinsatz in Gorleben in dem Umfang, wie das bisher erforderlich war, wirklich leisten können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Es sollte wirklich ernsthaft geprüft werden, ob der Transport für unsere Polizei in der derzeitigen Situation zu verkraften ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: An wen stellen Sie die Frage?)

- An den Bund und die Betreiber. Die Genehmigungsbehörde für den Transport ist der Bund.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Der Bund hat auch die Verantwortung für den Bundesgrenzschutz und muss auf die Möglichkeiten unserer Polizei Rücksicht nehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist der grüne Trittin! - Weitere Zurufe von der CDU)

Zur **Kostenerstattung!** Es ist nicht einzusehen, dass hier das Gleiche wie für Polizeieinsätze bei großen Sportveranstaltungen gelten soll, dass nämlich das

Land Niedersachsen allein auf den Kosten für diesen großen Einsatz sitzen bleiben soll.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bei Ihrer Finanznot kommen Sie auf Ideen, das ist unglaublich! - Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von uns sind weitere anlagenspezifische Untersuchungen eingeleitet worden. Die RSK und der zuständige Bundesumweltminister müssen die grundlegenden Fragen klären, gegebenenfalls gesetzgeberische Änderungen einleiten.

Wir werden Sie, sobald unsere Untersuchungsergebnisse vorliegen und sobald die RSK zu weiteren Erkenntnissen gekommen ist, unverzüglich über die Ergebnisse unterrichten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Minister, bei allem Verständnis für Sie, möchte ich doch darum bitten, dass die Regierung in Zukunft im Ältestenrat realistische Redezeiten anmeldet.

(Beifall bei CDU und FDP - Martin Kayenburg [CDU]: Vielleicht gibt es nicht nur da einen Realitätsverlust!)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des Männerchores Bad Bramstedt.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Frage des Atomausstiegs ist auch eine Frage der inneren Sicherheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach der Diskussion, die wir zurzeit führen, kann das niemand bestreiten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ganze Leben ist eine Frage der inneren Sicherheit, Herr Kollege!)

Atomkraftwerke sind nicht sicher. Das ist der zweite Punkt, über den wir uns hier verständigen müssen. Das

(Karl-Martin Hentschel)

ist meines Erachtens auch die Grundlage für alles, was weiter getan werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Sind Atomkraftwerke sicher? Können Sie es ausschließen, dass Atomkraftwerke ein hohes Sicherheitsrisiko sind? Beinhalten Atomkraftwerke ein Gefährdungspotenzial oder nicht? - Das sind doch die Fragen, über die wir uns hier unterhalten müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Und jeder, der sagt, wir machen einfach so weiter wie bisher, ignoriert genau diese Fragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber Sie machen doch so weiter wie bisher!)

Die **Terroranschläge** haben uns auf grausame Weise gezeigt, dass vieles, was wir bisher immer für sicher gehalten haben, nicht mehr sicher ist. Sie haben uns bestätigt, dass die schlimmsten Szenarien, die wir uns in der Antiatomkraftbewegung ausgemalt haben, keineswegs an den Haaren herbeigezogen waren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gilt auch für Hochhäuser!)

Es ist oft genug gesagt worden, dass man mit **Flugzeugabstürzen** auf **Atomkraftwerke** nicht rechnen muss. Das ist immer bestritten worden. Die Genehmigungsbehörden haben immer gesagt, dass das jenseits jeder menschlichen Erfahrung sei und deshalb bei der Genehmigung von Atomkraftwerken nicht berücksichtigt werden müsse. Das ist immer noch der juristische Stand, von dem ausgegangen wird und über den wir zu reden haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir müssen uns fragen, ob das noch gelten kann. Allerdings müssen wir uns auch die Frage stellen - deshalb war es sehr interessant, was der Minister berichtet hat -, wie sich ähnliche Angriffe auf Atomkraftwerke hier in Deutschland auswirken würden. Sind sie eventuelle Ziele? - Dazu ist nichts gesagt worden, darüber muss aber auch nachgedacht werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein Gott, ist das peinlich, was Sie hier liefern!)

Es muss weiter gefragt werden, welche Konsequenzen wir daraus ziehen.

Auf Bundesebene wird bereits diskutiert, ob man Atomkraftwerke nicht mit Flugabwehrraketen sichern sollte. Ich stelle mir das einmal bildlich vor:

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber nicht!)

Stellen Sie sich vor, Sie stationieren auf unseren Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein Flugabwehrraketen. Jetzt startet in Hamburg ein Flugzeug und kommt vom Weg ab. Was macht dann der liebe Kommandant, wer soll da entscheiden? Wer soll entscheiden, dass ein Verkehrsflugzeug mit vielleicht 200 Passagieren, das in der Luft ist und vom Weg abgekommen ist, jetzt mit Flugabwehrraketen abgeschossen werden soll und möglicherweise auf Itzehoe stürzt? Wer soll solche politischen Entscheidungen treffen?

(Zurufe von CDU und FDP)

- Das wurde nicht von den Grünen vorgeschlagen, sondern das ist auf Bundesebene von der CDU diskutiert worden! Man muss deutlich sagen: So geht es nicht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW] - Zuruf von der CDU: Schreien Sie nicht so! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Es stellt sich die Frage, ob die Betreibergenehmigungen auf anderen Risikoeinschätzungen und Szenarien beruhen als auf solchen, von denen wir aufgrund der Terroranschläge in den USA jetzt ausgehen müssen. Das bedeutet auch, dass wir uns die Frage stellen müssen, ob Nachrüstungen möglich und notwendig sind. Nachrüsten kann zum Beispiel heißen, dass die Mäntel um die Atomkraftwerke anders gestaltet werden müssen, um höhere Belastungen aushalten zu können. Ist das möglich? - Darauf haben wir noch keine Antwort. Weiter haben wir auch keine Antwort darauf, was das kosten würde und welche Konsequenzen das mit sich bringen würde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie schon einmal etwas von Statik gehört?)

Im Zusammenhang mit der Nachrüstung ist auch die Frage zu stellen, was mit den Gebäuden geschieht, die zur Sicherheit der Atomkraftwerke notwendig sind und außerhalb des festen Mantels stehen. Sie wissen, dass die ganzen Kühlanlagen, die unsere Atomkraftwerke haben, außerhalb des geschlossenen Mantels stehen. Das heißt, wenn ein Flugzeug abstürzt, können die Kühlanlagen ausfallen, obwohl der Kern des Atomkraftwerkes selbst nicht betroffen ist. Auch das ist ein Punkt, der geprüft werden muss. Welche Konsequenzen müssen daraus gezogen werden?

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**(Karl-Martin Hentschel)**

Das können Sie nicht einfach ignorieren und sagen, das ist uninteressant, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, wer regiert eigentlich in Berlin und hier?)

Sie regen sich hier auf. Ich habe in der Diskussion in den letzten Tagen mehrfach die Erfahrung gemacht,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sind ein schlechter Heuchler! Wer regiert in Berlin und hier?)

dass diejenigen, die sich an solchen Stellen aufregen, das meistens deshalb tun, weil sie eigentlich ein schlechtes Gewissen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Klaus Schlie [CDU]: Sie regen sich doch auf! - Martin Kayenburg [CDU]: Jetzt kann ich mir Ihre Aufregung erklären! - Lachen bei der CDU)

Ich bin froh, dass Jürgen Trittin, der Bundesumweltminister, in der Verantwortung ist und sich sehr darum kümmert, dass diese Fragen beantwortet werden. Ich weiß aber auch, dass es keinen leichten Weg gibt, „Milliardenwerte“ dieser Volkswirtschaft einfach abzuschalten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach!)

Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Wir stehen vor dem Problem, dass wir - wenn wir die Atomkraftwerke sofort abschalten wollen - geklärt haben müssen, dass das juristisch einwandfrei ist, weil wir sonst dem Steuerzahler Milliarden DM für Entschädigungszahlungen zumuten müssen.

(Klaus Schlie [CDU]: Ja, aber was machen Sie denn jetzt?)

Das ist eine Situation, die nicht wir geschaffen haben, sondern diese Situation haben verdammt noch mal die Leute geschaffen, die in unverantwortlicher Weise diese Technologie genehmigt und in Betrieb genommen haben,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Widerspruch bei CDU und FDP)

obwohl bis heute nicht geklärt ist, welche Folgelasten diese Technologie haben wird und wie die Rückstände beseitigt werden können.

(Klaus Schlie [CDU]: Ja, was machen Sie denn jetzt, wo ist die Lösung? - Dr. Heiner Garg [FDP]: Beruhigen Sie sich doch einmal, entspannen Sie sich! - Weitere Zurufe von der CDU)

Sie versuchen jetzt zum wiederholten Male, sich aus den Konsequenzen dessen, was Sie geschaffen haben, auf billige Art und Weise herauszuziehen, indem Sie uns die Verantwortung zuschieben. Wir stehen zu der Verantwortung,

(Lachen bei der CDU)

wir haben ein **Atomausstiegsgesetz** eingebracht.

Sie werden mit ziemlicher Sicherheit nicht dafür, sondern dagegen stimmen. Das heißt, Sie wollen diese Technologie noch weiter betreiben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Hentschel!)

Sie brauchen sich hier nicht so polemisch aufzuführen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Nabel das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ob das besser wird? - Heiterkeit bei der CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Er schreit wenigstens nicht!)

**Konrad Nabel [SPD]:**

Glauben Sie es mir, Herr Garg: Ich kann das auch!

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 17. September hat der Bundesminister für Umwelt und Reaktorsicherheit der Reaktorsicherheitskommission ein paar Fragen zugeleitet. Minister Möller hat sie zitiert. Nach der im Internet nachlesbaren, nach mehreren Sitzungen erstellten ersten Stellungnahme der RSK zu diesen Fragen ist in wenigen Worten und ohne Panik erzeugen zu wollen festzustellen:

Erstens. Die deutschen **Atomkraftwerke** sind gegen **terroristische Anschläge** von Selbstmordkommandos mit voll betankten Flugzeugen nicht gesichert.

Zweitens. Es bestehen keine kurzfristigen Möglichkeiten, das Schadensausmaß zu verringern.

Drittens. Technische Nachrüstmaßnahmen können derzeit nicht benannt werden.

Nicht explizit nachgefragt wurden die Folgen etwaiger Angriffe auf **Zwischenlager**. Die Antworten wären entsprechend. Man könnte verzweifelt ausrufen: „Da haben wir den Salat!“

Das ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen falschen und ohne Technikfolgenabschätzung erfolgten Investi-



**(Konrad Nabel)**

tions- und Förderpolitik vor allem der Regierungen Kohl, aber auch der Regierungen davor.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit langem vor den unberechenbaren Risiken der Atomenergieerzeugung gewarnt und seit Mitte der 80er-Jahre den schnellstmöglichen Ausstieg aus dieser nicht beherrschbaren Form der Energieerzeugung gefordert.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Nabel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Graf Kerksenbrock?

**Konrad Nabel [SPD]:**

Wenn ich fertig bin. Das mache ich so wie Anke. Das war ein guter Tipp.

Trotzdem mussten wir nach der Regierungsübernahme der Tatsache Rechnung tragen, dass die Genehmigungen der deutschen AKWs zeitlich nicht begrenzt sind und ein sofortiges Abschalten mit nicht erbringbaren Regressforderungen durch die Energieversorger beantwortet würde. Deshalb musste der **Atomausstieg** im Konsens erreicht werden und alle Beteiligten wussten und wissen, dass sich dieser Ausstieg über Jahrzehnte hinziehen wird.

Aber keiner der Beteiligten - auch Herr Kubicki nicht - an den zähen Konsensverhandlungen konnte sich Terroranschläge dieser Art und dieser Brutalität vorstellen, sodass die Frage nach der Sicherheit - bis auf die bei vielen eher widerwillige Abschätzung einer Katastrophe ähnlich der in Tschernobyl - bisher als eher hypothetisch angesehen wurde. Diese Situation haben wir seit dem 11. September nicht mehr.

Es muss eine **Neubewertung** der Frage der **Sicherheit** von großtechnischen Anlagen allgemein und von Atomkraftwerken und atomaren Zwischenlagern im Speziellen erfolgen. Die umwelt- und energiepolitischen Sprecherinnen und Sprecher der sozialdemokratischen Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Bundestages haben am Montag dieser Woche auf ihrer Konferenz in Husum dazu Beschlüsse gefasst, die ich heute auch in diesem hohen Hause mit Nachdruck vertrete:

Atomkraftwerke, die ein unzureichende bauliche Auslegung und unzureichende Notfallsysteme besitzen, gewährleisten keinen hinreichenden Schutz und sind bei einer erheblichen Verschärfung der Sicherheitslage ebenso abzuschalten wie Atomkraftwerke im unmittel-

baren Einzugsbereich von Großflughäfen. Unabhängig davon sind diese Kraftwerke unverzüglich auf den Stand der Technik sicherheitstechnisch nachzurüsten beziehungsweise vorrangig stillzulegen. Hierfür bieten der Atomkonsens sowie die Atomgesetznovelle mit der Übertragung der Strommengen einen gangbaren Weg.

Alle atomaren Zwischenlager sind ebenfalls den neuen Sicherheitsanforderungen gemäß mit ausreichenden aktiven und passiven Strukturen auszustatten, um ein Höchstmaß an Sicherheit für die Bevölkerung zu gewährleisten. Energieminister Möller hat diese Form der Sicherung bereits frühzeitig für in Schleswig-Holstein zu errichtende Zwischenlager gefordert. Wir stimmen mit ihm hier völlig überein.

Konsequenzen aus der veränderten Sicherheitslage sind aber nicht nur in Bezug auf AKWs zu treffen. Wir sprechen uns heute noch stärker dafür aus, die Energieversorgung auf der Grundlage erneuerbarer Energieträger wie Wind, Sonne und Biomasse umzubauen, um die Risiken der Atomkraft und ihrer lange weiter strahlenden Abfälle möglichst schnell hinter uns zu lassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Trutz Graf Kerksenbrock.

**Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf diesen Debattenbeitrag mit einer sehr persönlichen Vorbemerkung beginnen. Für die SPD-Fraktion hätte hier heute Frau Kockmann-Schadendorf gesprochen. Ich will hier sagen, dass ich persönlich Folgendes nicht vergessen werde. Sie, die mich überhaupt noch nicht genau kannte, hat, als ich vor einem Jahr im Krankenhaus war, darniederlag und an einer fröhlichen Kernenergie-debatte nicht teilnehmen konnte, mir sehr persönlich gute Genesung gewünscht, wie ich nachlesen konnte. Ich muss sagen: Das hat mich sehr beeindruckt. Trotz alles Trennenden hat sie die Gemeinsamkeit der Demokraten praktiziert. Das war für mich ein sehr beeindruckender Vorgang.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich darf nun zur Sache kommen. Ich hatte gehofft - ich glaube, Frau Fröhlich hat den Antrag unterschrieben -, dass dieser Antrag gar nicht erst gestellt worden wäre. Ich hätte es nämlich für besser gehalten, wenn wir über dieses sehr sensible und brisante Thema vertrauliche Gespräche miteinander geführt hätten. Ich hatte

**(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)**

intern entsprechende Anregungen gegeben. Dann kam aber Ihr Antrag dazwischen.

Die zwischen uns unstrittige Erkenntnis, dass es keine vollständige Sicherheit vor **Kamikaze-Passagierflugzeugen** gibt, ist Anlass zu erheblicher Besorgnis und Angst, insbesondere diffuser Angst in der Bevölkerung.

Wir als Politiker tragen gewaltige Verantwortung. Daher ist zu fragen: Dürfen wir uns als Politiker daran beteiligen, Angst zu schüren? - Das dürfen wir zweifellos nicht. Da sind wir uns sogar einig, Frau Fröhlich! Ich freue mich darüber.

Wer kann ein Interesse daran haben, wenn doch in der Sache ein Leben mit der Gefahr, im Bewusstsein der Gefahr unausweichlich ist? - Nur jemand, dem es gar nicht auf die Sache ankommt, sondern der auf Angsterzeugung und Panikreaktionen aus ist!

So habe ich zunächst den Antrag der Grünen interpretiert: Er versucht, aus der Angst Kapital zu schlagen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich! Und das sagt die CDU!)

Ich habe versucht, die parteipolitische Situation der Grünen zu untersuchen: seit 1998 eine Landtagswahl nach der anderen verloren!

(Konrad Nabel [SPD]: Kommen Sie zur Sache!)

Da könnte man auf die Idee kommen: Es geht hier um „back to the roots“, es geht möglicherweise um die Wiedererweckung des antizivilisatorischen Ansatzes der Grünen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Thema ist ernst genug! Kommen Sie zur Sache! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Ich weiß, dass Sie das nicht gut finden. Aber man kommt zumindest auf den Gedanken.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Antizivilisatorisch?)

- Antizivilisatorisch, jawohl!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wissen Sie, was Sie da gesagt haben? - Konrad Nabel [SPD]: Wollen Sie etwas zur Sache sagen?)

Dahinter steckt offensichtlich - Herr Nabel hat es eben angesprochen - die Forderung nach **Abschaltung der Kernkraftwerke**. Jetzt geht es möglicherweise nur noch um den Zeitpunkt. Jetzt wollen Sie den Atomkon-

sens schon anders verstehen, als er tatsächlich gemeint gewesen ist.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist unglaublich!)

- Lesen Sie einfach einmal nach, was Bundesumweltminister Trittin in der „Frankfurt Allgemeinen Zeitung“ vom 14. Oktober, also vor wenigen Tagen, hierzu ausgeführt hat. Er hat sich sehr viel realistischer ausgedrückt. Er hat nämlich gesagt, eine Abschaltung der Kernkraftwerke komme nur im unmittelbaren Gefährdungsfall und zur Vermeidung der Kernschmelze in Betracht, sonst nicht!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider!)

Darauf können wir uns verständigen, Herr Hentschel!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist gesetzlich vorgeschrieben!)

Brunsbüttel und Stade sind nicht absturzsicher, Brokdorf und Krümmel auch nicht so richtig - das ist zwischen uns unstrittig. Aber noch viel unsicherer sind doch in jedem Fall die aufgrund des Konsenses mit der Energiewirtschaft vom Juni 2000 noch zu errichtenden Interims- und **Zwischenlager**. Sie drohen aufgrund ihrer sachwidrigen Verweigerungshaltung in Sachen Gorleben zu faktischen **Endlagern** zu werden. Hier wird die Widersprüchlichkeit Ihrer Energiepolitik erst richtig deutlich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es fehlt Ihnen doch jede Berechtigung, über solche Gefahren der Kernenergie durch Terroristen zu reden, wenn Sie durch Ihre Politik sogar noch zusätzliche Gefahrenquellen schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Verfolgen wir den Gedanken doch einfach einmal weiter. Die Abschaltung von Kernkraftwerken würde nicht das Ende der Gefahr bedeuten. Sagen Sie ehrlich: Es geht Ihnen um den Abbruch der Kernkraftwerke. Damit sind die Gefahren immer noch nicht beseitigt. Dann müssten Sie in Ihrem Antiterror-Programm konsequent bleiben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer ist dafür verantwortlich?)

Wir sind dann ganz schnell bei der Chemieindustrie, bei Raffinerien oder der Pharmaindustrie. Der Sandoz-unfall liegt erst wenige Jahre zurück. Das haben wir alle noch gut in Erinnerung.

Wir sind dann bei der Industriegesellschaft, die Chancen und Gefahren bietet, aber offensichtlich sind Sie da immer noch nicht ganz angekommen. Wenn man

**(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)**

diese Politik weiterdenkt, mutet das in etwa so an wie Selbstmord aus Angst vor dem Tode.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen über „Wege in der Gefahr“ reden. So hat Carl Friedrich von Weizsäcker, der Bruder unseres früheren Bundespräsidenten, ein Buch aus dem Jahre 1976 überschrieben. Wann wird die **Freiheit** durch zu viel **Sicherheit** erstickt? Wie viel Sicherheit schuldet der Staat dem Bürger? Bei Letzterem hat es offenkundig Versäumnisse gegeben. Das sind aber eben nicht nur unsere Versäumnisse. Es ist etwas zu billig, einander parteipolitisch die Schuld zuzuschieben.

Wir begrüßen das neue Zivilschutzsicherungssystem mit Informationen aus Satellitenbeobachtungen, die innerhalb von 20 Sekunden kommen sollen, ausdrücklich. Das ist ein wichtiger und guter Schritt, der vor dem 11. September bereits geplant war. Aber Sie können das Fehlen von **Zivilschutzsicherungsmaßnahmen** doch nicht unserer Bundesregierung bis 1998 in die Schuhe schieben. Sie regieren immerhin seit drei Jahren.

Natürlich muss man fragen, ob das neue System reichen wird. Kollege Kubicki, brauchen wir nicht auch eine Einbeziehung der Bundeswehr in die Gefahrenabwehr auch bei Kernkraftwerken? Die Flugzeuge fliegen ohnehin immer darüber hinweg. Ist dies nicht auch eine Bedrohung der äußeren Sicherheit? Brauchen wir nicht dringend die Kompatibilität der Datenbanken aller Behörden und Dienste? Brauchen wir nicht auch eine verfassungsrechtliche Feinabstimmung zwischen den Aufgaben von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr in neuer Form? Das muss gemacht und mit uns debattiert werden. Dazu sind wir bereit. Sind wir in der Flugsicherung überhaupt ausreichend technisch und logistisch gesichert? Die Bundeswehr darf auch aus diesen Gründen nicht länger das Sparschwein der Nation bleiben.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie reden zum falschen Tagesordnungspunkt!)

Denken Sie mal an den Fall der MIG 23, die 1989 in Polen führerlos geworden war. Da war der Pilot ausgestiegen und das Flugzeug ist in gerader Linie bis nach Belgien in das NATO-Gebiet hineingeflogen. Die Flugabwehr der NATO hat schlicht nicht funktioniert. Sie hat das Ding nicht vom Himmel geholt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da kann man mal sehen!)

Sind schließlich nicht auch Fernsteuerungssysteme obligatorisch in allen Flugzeugen möglich, die dazu führen, dass Flugzeuge, die bestimmte Zonen verlassen, möglicherweise automatisch umgesteuert werden

können? Das müsste im Zeitalter der Technik eigentlich möglich sein.

Ich sage es ganz offen: Möglicherweise werden die Grünen es bereuen, diese Debatte jemals angestoßen zu haben. Wir haben heute Morgen schon gemerkt, in welches schwierige Fahrwasser die Grünen in dieser gesamten Debatte seit dem 11. September geraten sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bodentruppen in Afghanistan!)

Wir wollen diese freiheitliche Gesellschaft vor ihren Feinden sichern. Karl Popper hat gesagt: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit!“

Dazu stehen wir ganz offen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke hat das Wort.

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute Morgen sehr ausführlich über die Ereignisse und auch die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen gesprochen. Bitte nehmen Sie es mir nicht übel, dass ich an dieser Stelle darauf nicht mehr ausdrücklich eingehe.

Eines ist aus den Debattenbeiträgen zu diesem Tagesordnungspunkt klar geworden. Herr Kollege Hentschel, Herr Kollege Nabel und Herr Kollege Graf Kerssenbrock, wir sind uns offensichtlich einig darüber, wie verwundbar unsere Gesellschaft insgesamt ist. Das betrifft nicht nur die **Kernkraftwerke**. Das betrifft natürlich auch alle Industrieanlagen. Das betrifft ganz viel mehr. Da besteht überhaupt kein Dissens.

Worin wir möglicherweise einen Dissens haben, ist die Frage, wie die Gesellschaft darauf antwortet und wie wir als verantwortliche Politiker darauf antworten. Graf Kerssenbrock, die Frage, ob man tatsächlich die Bundeswehr zur Sicherung einsetzt und ob man darüber heute schon nachdenkt, möchte ich hier ehrlich gesagt nicht im Einzelnen erörtern. Ich stelle mir das nicht als besonders einfach vor. Wenn ich meine Gespräche mit der Bundeswehr in den letzten Monaten und in den letzten Tagen betrachte, kann ich nur sagen: Auch die Verantwortlichen der Bundeswehr sind nicht davon überzeugt, dass eine Verstärkung der Flugsicherung die richtige Antwort auf diese Probleme wäre.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Es ist häufiger schon gesagt worden, dankenswerterweise auch von dem Kollegen Schlie, dass dies mit Sicherheit nicht die Situation ist, in der man anfangen sollte, alte politische Süppchen, die längst erkaltet waren, wieder aufzuwärmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Herr Minister hat hier fast zu ausführlich die Gedanken und Beschlüsse der **Reaktorsicherheitskommission** vorgetragen. Herr Minister, ich habe den Eindruck, dass die Reaktorsicherheitskommission uns mit ihren Beschlüssen und mit dem, was wir alle im Internet nachlesen können, wirklich einen ganz großen Dienst getan hat, indem sie deutlich gemacht hat, dass es nicht auf Panikmache ankommt. Vielmehr lautet das Fazit: Ruhe bewahren! Denn genaue Aussagen zu den Folgen vorsätzlicher Flugzeugabstürze auf Kernkraftwerke sind derzeit nicht möglich, weil solche Szenarien noch nicht systematisch untersucht wurden. Diese Ergebnisse werden in einigen Monaten vorliegen. Dann gibt es eine Grundlage für weitere sachdienliche und hoffentlich sachliche Diskussionen. Vorher nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Akuter **Handlungsbedarf** liegt nicht vor, denn die Bundesregierung stellt seit dem 11. September täglich fest, dass nach der Beurteilung der Sicherheitslage keine direkte Gefahr terroristischer Anschläge in Deutschland besteht. Die Landesregierung schließt sich dem regelmäßig an.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Dies gilt wohl auch und insbesondere für unsere Kernkraftwerke hier in Schleswig-Holstein, denn sonst müssten sie schon lange abgeschaltet sein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das schreibt das Atomgesetz eindeutig vor. Herr Kollege Hentschel, wenn Sie vorhin davon gesprochen haben, dass einige Menschen sich besonders aufregen, wenn sie ein schlechtes Gewissen haben, dann hatte ich den Eindruck, dass dieses schlechte Gewissen zumindest bei Ihnen vorhanden ist, denn erstens waren Sie ziemlich aufgeregt und zweitens wissen Sie natürlich, dass nach § 17 des Atomgesetzes die Kernkraftwerke bei einer **Gefährdungslage**, wie Sie sie immer schon behauptet haben, längst hätten abgeschaltet werden müssen. Jetzt hätten sie natürlich sofort abgeschaltet werden müssen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Indiz dafür, dass keine Anschläge mit Flugzeugen auf Kernkraftwerke unmittelbar bevorzusehen scheinen, ist selbstverständlich die relative

Ruhe des Bundesministers für Reaktorsicherheit. Herr Trittin ist doch die Fleisch gewordene Risikoaversion bezüglich der Kernkraft.

(Beifall bei FDP und CDU)

Solange er als zuständiger Minister keine einschneidenden Maßnahmen einleitet, sondern zunächst länger andauernde wissenschaftliche Untersuchungen anordnet, scheint mir der Handlungsdruck für den Schleswig-Holsteinischen Landtag eher gering zu sein. Ich bin mir im Übrigen auch sicher, dass der grüne Kernkraftminister Jürgen Trittin eine hervorragende Versicherung dagegen ist, dass das Thema Sicherheit in Kernkraftwerken aus dem Blick der Öffentlichkeit verschwindet.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die neue Art des Terrors führt inzwischen zu Überlegungen, die wir noch vor zwei Monaten für undenkbar hielten. Selbst zu Zeiten des Kalten Krieges war man sich mehr oder weniger sicher, dass der Hass auf der Welt die Menschen nicht so verblendet, dass man direkte Angriffe auf Atomkraftwerke befürchten müsste.

Seit den **Terroranschlägen** auf das World Trade Center in New York haben wir diese Gewissheit jedoch nicht mehr. Die ganze Welt ist stark verunsichert, nicht unbedingt wegen des religiösen Fundamentalismus - diesen gab es früher auch schon -, sondern wegen der abscheulichen Präzision und weil wir wieder einmal vor Augen geführt bekommen haben, zu welchen Taten Menschen konkret fähig sein können. Wir können sicher sein, viele Menschen, gleich welcher Religionsgemeinschaft sie angehören, könnten zu solchen Taten fähig sein.

Daher ist es nur folgerichtig, die angreifbarsten Einrichtungen unserer Gesellschaft eingehender unter neuen Sicherheitsaspekten zu untersuchen. Zu diesen angreifbarsten Einrichtungen mit den schrecklichsten möglichen Folgen gehören unsere **Atomkraftwerke**. Was bisher allenfalls theoretisch betrachtet wurde, müssen wir heute als reale Bedrohung ansehen.

Somit ist es zu begrüßen, dass sich die **Reaktorsicherheitskommission** mit möglichen Terrorangriffen beschäftigt hat und Bundesumweltminister Trittin eingehende Untersuchungen angekündigt hat. Eines konnte die Reaktorsicherheitskommission inzwischen

(Lars Harms)

jedoch feststellen: Atomkraftwerke sind natürlich angreifbar. Allerdings weiß auch die Reaktorsicherheitskommission nicht, was in Zukunft zu tun ist. Das wäre in so kurzer Zeit sicherlich auch nicht zu ermitteln gewesen.

Wenn sich Flugzeuge auf Atomkraftwerke stürzen oder anderweitige Anschläge auf kerntechnische Einrichtungen durchgeführt würden, wäre man sich nie sicher, dass es nicht zum Super-GAU wegen eines Terrorangriffes kommen könnte. Die Folgen wären allerdings fatal. Ein Anschlag auf ein Atomkraftwerk würde sich ungleich schrecklicher auswirken als ein Angriff auf ein anderes Kraftwerk. Die Folgen wären auf Jahre, wenn nicht sogar auf Jahrhunderte oder Jahrtausende für die Menschen in den betroffenen Regionen unabsehbar. Wir müssen diese Problematik bei der Bewertung der Gefahren der Atomenergie also nachhaltig mit einbeziehen.

Die Menschen jedenfalls tun dies. Sie haben Angst und sind in Sorge, ob die Atomkraftwerke wirklich so sicher sind, wie man bisher immer dachte. Dies gilt selbstverständlich auch für **Atommülltransporte**. Auch diese Transporte machen den Menschen zunehmend Angst. Natürlich müssen solche Transporte im Rahmen des Ausstiegs aus der Atomenergie stattfinden. Aber sie müssen auf ein Minimum beschränkt bleiben. Es ist jedoch unverständlich, dass solche Transporte unmittelbar nach dem 11. September einfach weiter genehmigt werden, als sei nichts geschehen. Wenn es richtig ist, dass wir aufgrund der derzeitigen Weltlage ein Sicherheitsproblem haben, dann müssen auch erst einmal die Castortransporte unterbleiben. Auf jeden Fall haben die Menschen gewisse Empfindungen, die es ihnen schwer machen, solche Transporte zu akzeptieren. Sie haben eine Art „gefühlte Sicherheit“, um die es derzeit schlecht bestellt ist. Schon aus psychologischen Gründen müssen die Castortransporte erst einmal unterbleiben.

All die Probleme, die ich gerade beschrieben habe, können nicht zufrieden stellend gelöst werden, wenn man an der Atomenergie festhält. Deshalb war der Weg, die regenerativen Energieformen zu erforschen und zu unterstützen, weitsichtig und fortschrittlich. Man hat die Gefahren der Atomenergie erkannt und entsprechend umgesteuert. An dieser **Umsteuerung** muss nach den nun mit dem Terror gemachten Erfahrungen festgehalten werden. Ein Atomkraftwerk kann man bombardieren und man kann sich mit einem Flugzeug auf ein Atomkraftwerk stürzen - mit verheerenden Folgen. Ein Windpark, auch in der Nordsee, ist zum Beispiel kein geeignetes Ziel für einen solchen Terror.

Egal, zu welchem Schluss man bei all den Untersuchungen, die in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren durchgeführt werden, im Einzelfall kommt, für den Schutz vor Terrorangriffen auf Atomkraftwerke gibt es nur ein einziges probates Abwehrmittel: Die Atomkraftwerke müssen so schnell wie möglich abgeschaltet werden

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 56 Abs. 6 hat jetzt Frau Abgeordnete Fröhlich das Wort.

(Zuruf von der SPD: Absatz 6?)

- Absatz 6 bedeutet: Wenn die Landesregierung die angemeldete Redezeit überschreitet, dann steht den Fraktionen die gleiche Redezeit zu. Allerdings muss sie nicht ausgeschöpft werden.

Frau Fröhlich, Sie haben das Wort.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich einen Teil der Verantwortung für diesen Antrag trage. Mir war es wichtig, eine Debatte über die **Sicherheitsvoraussetzungen** in unserem Land unter Berücksichtigung all dessen zu führen, was Menschen in diesem Land angesichts eines Schreckens, den wir uns bisher zum Glück nicht vorstellen mussten, beschäftigt. Es hat in dieser Welt ja schon andere Schrecken gegeben. Die mussten sich andere Menschen vorstellen. Selbstmordattentäter gibt es nicht erst seit dem 11. September. Auch das sollten wir vielleicht einmal in den Blick nehmen. Aber wir sollten uns klar machen - insoweit stimme ich mit Frau Aschmoneit-Lücke überein -, dass wir gefährdete Gesellschaften sind und dass wir, ehe wir uns weiteren Gefährdungen aussetzen, vielleicht zumindest Klarheit über die **Gefährdungslage** verschaffen sollten.

Wir hatten gehofft, dass die **Reaktorsicherheitskommission** in ihren Überlegungen schon weiter wäre. Wir haben gehört, was uns der Minister dazu berichten konnte. Ich denke, wir sollten an dieser Stelle am Ball bleiben und schauen, ob es nicht doch bessere rechtliche Voraussetzungen dafür gibt, dass wir zumindest die Atomkraftwerke, die nicht gegen Flugzeugabsturz gesichert sind, abschalten, um das Risiko zu minimieren. Ich halte das für ein sehr ernsthaftes Anliegen. Das hat mit Antizivilisatorischem überhaupt nichts zu tun. Ich halte dies auch für platte Polemik, die ich gerade von dem Kollegen eigentlich nicht erwartet hätte. Aber sei es drum; es ist egal.

(Irene Fröhlich)

Ich möchte noch Folgendes sagen - das ist mir wichtig -: Wir machen solche Aktionen auch deswegen, weil das an uns herangetragen wird, an Sie - so nehme ich einmal an - wahrscheinlich auch. Ich finde Briefe und E-Mails vor, in denen Menschen uns auffordern, dass wir uns darum kümmern. Selbstverständlich war ich froh darüber, dass Frau Scheicht die Kleine Anfrage zum Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein gestellt hat. Auch das hat nichts damit zu tun, Menschen verunsichern zu wollen; vielmehr geht es darum, dass wir als Politikerinnen und Politiker uns eine vernünftige Übersicht über die tatsächliche Gefährdungslage verschaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt in Schleswig-Holstein drei große **Industrieanlagen**, die nach meinem Dafürhalten mit Abstand die gefährlichsten sind. Ich weiß nicht genau, wie es in Brunsbüttel aussieht. Auch über Aluminiumwerke und Ähnliches könnte man sich natürlich einmal Klarheit verschaffen. Wir haben für diese Anlagen leider vorher keine **Technikfolgenabschätzung** gemacht. Das ist genau das, was wir für weitere gefährliche Produktionsweisen, die wir meinen uns in unserer Gesellschaft leisten zu müssen, bisher noch nicht durchgesetzt haben. So lange wir eine solche Technikfolgenabschätzung bei neuen Industrien nicht haben - bei Offshore-Anlagen machen wir das gerade -, tappen wir bei solchen Sachen absolut im Dunkeln. Das ist nicht gut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist für die Menschen in unserem Land sehr gefährlich. Sie sollten das ernster nehmen, meine Damen und Herren, und nicht immer nur nach repressiven polizeilichen Maßnahmen rufen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Menschen nehmen Sie doch gar nicht mehr ernst, Frau Fröhlich!)

- Es macht Ihre hehren rechtsstaatlichen Reden nicht besser, Herr Kubicki, wenn am Ende nur so ein Geflapse dabei herauskommt, wie ich es hier erlebt habe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es kommt kein Geflapse dabei heraus!)

Das tut mir sehr Leid. Es wäre mir lieber gewesen, wir hätten fraktionsübergreifend etwas mehr Einigkeit darstellen können. Das wäre für die Menschen in diesem Land wahrscheinlich besser gewesen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Menschen in diesem Land wollen Sie nicht mehr!)

Es tut mir sehr Leid. Ich bedauere das außerordentlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ebenfalls nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit kein falscher Zungenschlag aufkommt: Wir können und müssen uns über die Frage der **Abschaltung von Kernkraftwerken** unterhalten, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen, die das auf den Weg bringen, gegeben sind, und zwar umgehend. Deshalb kann und will ich nicht akzeptieren - das habe ich Ihnen auch früher schon gesagt -, dass jemand kommt und mir erklärt, das sei notwendig, weil die Risikolage es ergebe, das sei für die Menschen unabdingbar, gleichzeitig aber sagt, dass es den Menschen nicht zugemutet werden kann, dass Milliardenbeträge dafür aufgewendet werden müssen; denn im Zweifel müssten Entschädigungszahlungen geleistet werden. Das ist eine Politik, Herr Kollege Hentschel, die Ihnen die Menschen um die Ohren hauen, weil sie Ihnen nicht mehr glauben. Entweder das mit der Risikolage stimmt - dann ist es völlig egal, was es kostet; oder es stimmt nicht - dann muss man sich nicht über die Abschaltung unterhalten.

Nun komme ich zum eigentlichen Kern dessen, Frau Fröhlich, was Ihre Debatte wirklich verlogen macht - das ist im wahrsten Sinne des Wortes verlogen - und weshalb die Menschen in diesem Lande Ihnen immer weniger zuhören wollen. Wir diskutieren momentan über die Ziele terroristischer Angriffe. Ich habe heute Morgen zu erklären versucht, dass in Deutschland seit mehr als 30 Jahren keine Flugzeugentführung stattgefunden hat. Wir diskutieren über die **Ziele von Angriffen**. Wir diskutieren aber nicht über die Waffe. Die Waffe ist das Flugzeug. Sie können mir doch nicht sagen, dass es ehrenwert ist, das eine Ziel, das Kernkraftwerk wegzunehmen, aber andere Ziele, beispielsweise das Volksparkstadion, zu belassen. Wir müssen über die Frage diskutieren, wie wir den Menschen, die damit nicht in dem Sinne umgehen wollen, wie wir es wollen, Terroristen, die Waffe aus der Hand nehmen, mit denen sie solche Anschläge provozieren können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das heißt, wir müssen alles tun, damit Flugzeugentführungen dieser Art unmöglich gemacht werden. Wenn das der Fall ist, brauchen wir uns über die Frage, ob Terroristen ein Flugzeug missbrauchen können, gar nicht mehr zu unterhalten, weil sie es einfach nicht mehr können.

Das wäre eine ehrliche Debatte, nicht eine Debatte über Kernkraftwerke. Denn sonst, Kollege Weber,

**(Wolfgang Kubicki)**

erklären Sie den Menschen in Hamburg, dass es zweifelsfrei besser wäre, das Volksparkstadion mit 60.000 Menschen mit einem Flugzeugattentat zu belegen, das Bayer-Werk in Leverkusen, das Chemikalien herstellt, mit einem Flugzeugattentat zu belegen. Das ist im Zweifel nicht wesentlich besser, als wenn Sie die Diskussion über Kernkraftwerke führen. Sie müssen die Frage klären: Wie vermeide ich die Benutzung dieser Waffe durch Terroristen? Dann habe ich das Problem in diesem Bereich nicht mehr.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dass die Grünen das im Zweifel wissen oder ahnen oder vermuten - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht vergleichbar mit Atomkraftwerken! - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben keine Ahnung!)

- Im Gegensatz zu Ihnen habe ich keine Ahnung, Frau Birk. Das begreife ich. Sie sind die Einzige hier, die Ahnung hat. Deshalb strömen die Menschen Ihnen mit Ihrer Ahnung zu.

(Beifall bei der FDP)

Das werden Sie jetzt in Berlin wieder erleben.

Dass die Grünen ahnen, wohin es geht, kann man einer heutigen dpa-Meldung entnehmen, die ich niemandem vorenthalten will. Die Grünen sind jetzt für den Einsatz von Bodentruppen in Afghanistan.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na und?)

- „Na und?“ sagen Sie da. Sie haben sich gerade hingestellt und gesagt: Wir müssen mit Bombardierungen aufhören, damit humanitäre Maßnahmen Platz greifen können. Heute erklärt Herr Pistol, die Grünen ächzen bei den Bombenangriffen - das kann ich verstehen -, dennoch seien sich alle einig, dass die Terroristen gefasst und ihr Netzwerk zerstört werden muss.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Terroristen fassen können Sie in Afghanistan nur, wenn Sie Truppen hinschicken, um sie herauszuholen. Wenn Sie das wollen, Herr Hentschel, dann stellen Sie sich hier her und hören Sie auf zu faseln, dass die Bundeswehr ihren entsprechenden Beitrag nicht leisten darf. Dann werden Sie glaubwürdig.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt der Herr Oppositionsführer.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die Debatte hat mich einigermaßen erschreckt, weil die Grünen wieder alte Feindbilder hervorgekehrt haben. Herr Hentschel, so wie Sie sich hier hingestellt haben, ist eigentlich nur Ihre alte Kernenergiefeindlichkeit deutlich geworden. Sie haben sich mitnichten mit den Ursachen auseinander gesetzt, sondern Sie haben nur vom Ergebnis her diskutiert. Wenn es uns nicht gelingt, die Ursachen zu beseitigen - der Kollege Kubicki hat darauf hingewiesen -, dann werden wir das Gefährdungspotenzial eben nicht beenden, sondern dann werden wir nach wie vor Gefährdungen haben. Es sind nicht nur die Stadien mit über 50.000 Menschen, es sind auch Innenstädte am verkaufsoffenen Wochenende vor Weihnachten. Wollen Sie die schließen?

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können Sie nicht mit Atomkraftwerken vergleichen!)

- Frau Birk, es geht um die Gefährdung von Menschen. Das habe ich auch an anderen Stellen in großem Umfang, wenn ich die Ursachen nicht beseitige. Das ist doch Ihr Problem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es könnte um Sperrwerke, es könnte um anderes gehen.

Warum ich mich vor allem gemeldet habe: Frau Fröhlich, wenn Sie auf die Weise, wie Sie das getan haben, Technikfolgenabschätzung einbringen, wenn Sie zwar in einem Nebensatz, aber immerhin die Frage stellen, ob nicht andere Industrieanlagen abgeschaltet werden müssten, dann spürt man Ihre Technikfeindlichkeit. Dann sind Sie auf dem besten Wege, die wirtschaftliche Arbeit in Schleswig-Holstein und in Deutschland insgesamt infrage zu stellen. Wollen Sie irgendwann die Chemiewerke abschalten? Wollen Sie, von Ihnen erwähnt, Aluminiumwerke abschalten? Dann müssen Sie den Menschen sagen, dass Sie mit dem Ergebnis, das Sie vorhaben, nicht nur den Landeshaushalt ruinieren, sondern auch konkret Arbeitsplätze vernichten. Das ist das Verlogene an Ihrer Diskussion.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst, Frau Fröhlich. Wir sagen den Menschen ehrlich, wo die Gefährdung ist. Aber wir nehmen die Sorgen vor allem deswegen ernst, weil wir uns damit beschäftigen, wie wir verhindern können, dass Terroristen, in welcher Form auch immer, Angriffe auf welche Anlagen auch immer fahren. Es macht im Übrigen überhaupt keinen Sinn, Kernkraftwerke flugzeugabsturz sicher zu ma-

(Martin Kayenburg)

chen, Herr Minister, abgesehen davon, dass Sie die Statik sowieso nicht verändern können. Wie wollen Sie verhindern, dass Terroristen irgendwann mit Raketen derartige Kraftwerke angreifen? Das ist das **Gefährdungspotenzial**, das wir beseitigen müssen. Wir müssen verhindern, dass in dieser Welt Menschen zu Waffen kommen, die sich so verhalten, wie sich die Terroristen verhalten haben. Das ist der einzige Weg, wie wir aus dem Dilemma herauskommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 6 hat der Herr Abgeordnete Nabel das Wort.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mich wundert schon, dass bei dieser Debatte alles anders läuft als bei der Debatte um die innere Sicherheit. Ich kann das nicht ganz verstehen. Sie fordern neue Gesetze, schärfere Gesetze, mehr Repressivität im Bereich der inneren Sicherheit. Aber wenn es um Kernkraft geht, ist alles in Ordnung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das kann ich echt nicht verstehen. Wo bleiben Ihre konstruktiven Beiträge, wie wir weiter vorankommen?

Herr Kubicki, Sie sagen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, könne man abschalten. Nehmen Sie in Kauf, dass der Steuerzahler in Regress genommen wird? Vielleicht sind Sie mit an unserer Seite, dafür zu sorgen, einen Konsens für den Ausstieg hinzukriegen, der nicht das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kostet und gleichzeitig eine erhöhte Sicherheit im Atomkraftwerksbereich ermöglicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: An mir soll das nicht liegen!)

Herr Kayenburg, Sie sagen, Sie wollen die Ursachen bekämpfen. Prima. Genau das hat Frau Simonis heute Morgen auch gesagt. Sie hat ganz deutlich gemacht: Es geht darum, den Hunger zu bekämpfen. Es geht darum, die Ausbeutung, die Unsicherheit und die Unfreiheit der Menschen zu bekämpfen, die der Nährboden für den Terror sind.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ausgebeutet von wem?)

Da möchte ich gern Ihre Aktivitäten sehen. - Ich weiß, dass Herr bin Laden ein Mittelständler ist, der bei Ihnen in der Partei wahrscheinlich richtig aufgehoben

wäre. Sie haben immer von den Parteien der Besserverdienenden geredet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Unerhört! Das ist unglaublich! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist wirklich heftig! - Martin Kayenburg [CDU]: Das zeigt Ihre ganze Denke!)

Er ist aber genau wie andere nur deshalb in seiner Lage, weil er auf dem Nährboden von Armut und Hunger Unterstützung findet. Dafür sind auch wir Europäer mit zuständig.

Im Übrigen, Herr Kubicki, sollten Sie aufhören, über andere Parteien herzuziehen, so lange in Hamburg Herr Lange mit Herrn Schill in ein gemeinsames Bett steigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind Dinge, die Sie nicht mehr in die Lage versetzen, hier über andere zu richten. Das finde ich ganz wichtig. Das muss gesagt werden.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir stehen zu unserem Wort im Gegensatz zu Sozialdemokraten und Grünen!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Das Erste: Eine Bitte an das Präsidium. Wenn in der Sicherheitsdebatte das Wort „verlogen“ gerügt wird, wenn es von Frau Fröhlich benutzt wird, muss dieses Wort auch gerügt werden, wenn es von Herrn Kubicki oder anderen benutzt wird. Das ist fair.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Zweite: Herr Kubicki, wir kennen Ihre Auftritte hier, wenn es um militärische Entscheidungen der Bundesregierung geht. Wir haben das auch in der Kosovo-Debatte erlebt. Ich möchte gern auf das eingehen, was Sie gesagt haben. Ihr Problem ist, dass Sie ein gestörtes Verhältnis zu der FDP-Außen- und Verteidigungspolitik in Berlin haben und das nur dadurch abarbeiten - weil Sie das im Innern gar nicht richtig mögen -, dass Sie die Grünen insgesamt für alles, was in diesem Bereich stattfindet, verantwortlich machen. Nur so, aufgrund Ihrer schwierigen Situation mit sich selbst, lässt es sich erklären,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was haben Sie denn für ein Problem?)



(Monika Heinold)

dass Sie ein Zitat meines Landesvorsitzenden Björn Pistol völlig verdrehen. Das Wort „Bodentruppen“ taucht in der dpa-Meldung nicht auf. Was auftaucht, ist die Aussage, dass Terroristen gefasst und ihr **Netzwerk** zerstört werden müssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie machen Sie das denn?)

Nun frage ich Sie in diesem Raum: Wer ist nicht dafür, dass die Terroristen gefasst werden und dass ihr Netzwerk zerschlagen wird?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie nicht dafür sind, Herr Kubicki, dann möchte ich Sie bitten, nach vorn zu kommen und zu sagen, was Sie denn wollen. Was ist die Alternative?

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie verhindern doch keine Terroristen, indem Sie Kernkraftwerke abschalten! Wie naiv sind Sie eigentlich?)

Das ist eine politische Erklärung, die bisher - so habe ich das verstanden - von uns allen unterstützt wird. Wer hat denn das Thema Sicherheit in den Landtag gezogen?

Es war die CDU, die jetzt gesagt hat,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr zu Recht!)

sie möchte gern, nachdem Schill und andere erfolgreich waren und sie intern so viele Probleme hat,

(Klaus Schlie [CDU]: Wer hat das denn gesagt?)

das Thema innere Sicherheit federführend besetzen

(Heinz Maurus [CDU]: Eine sehr eigenwillige Auslegung!)

in der Hoffnung, dort Wählerstimmen zu gewinnen. Wenn Sie das Thema innere Sicherheit besetzen, müssen Sie damit leben, dass das vollständig diskutiert wird. Dazu gehören die Atomkraftwerke, dazu gehört das Bankgeheimnis.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nur die Grünen gehören bald nicht mehr dazu!)

Damit werden wir sie konfrontieren - ob Sie das wollen oder nicht. Dieser Diskussion müssen Sie sich stellen.

Ein Letztes, Herr Kerssenbrock!

(Martin Kayenburg [CDU]: Graf Kerssenbrock! So viel Zeit muss sein!)

Es hat mich gefreut, dass Sie Ihren Beitrag sehr sachlich begonnen und aus meiner Sicht zum ersten Mal erkannt, zugegeben und differenziert dargestellt haben, welches Gefahrenpotenzial von Atomkraftwerken ausgeht.

(Zuruf von der CDU: Hast du auch richtig zugehört?)

Das habe ich bei Ihren Reden vorher nicht gehört. Damit sind wir einen Schritt weiter und können dann gemeinsam über Folgemaßnahmen reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat Herr Abgeordneter Stritzl das Wort.

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Heinold, ich glaube nicht, dass sich diese Debatte dazu eignet, der Opposition in diesem Landtag vorzuhalten, dass sie Gefahrenpotenziale in der Vergangenheit oder in Zukunft zu vernebeln versucht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, das glaube ich! Genau das ist der Fall!)

- Ich glaube, dem ist nicht so, sehr geehrter Herr Kollege Hentschel. Wenn Sie sehen, aus welcher Zeit die zusätzlichen entsprechenden rechtlichen Bestimmungen stammen, werden Sie sehen, dass die rechtlichen Bestimmungen intensiv darauf ausgerichtet sind, das typische Gefahrenpotenzial, das in der Kernspaltung liegen kann, technisch so beherrschbar wie möglich zu machen und dies in die Obhut der entsprechenden Aufsichtsbehörden zu stellen. Da kann ich Herrn Kubicki nur Recht geben: Wenn Sie es hier anders sehen und sagen, das Potenzial sei anders einzuschätzen, wäre in der Tat entsprechendes Handeln der Regierung angezeigt. Der Minister hat in seinem Bericht heute dargelegt, er selber sehe aus seiner Verantwortung keinen zusätzlichen Handlungsbedarf, sondern möchte dies offensichtlich auch in Abstimmung mit dem Staatssekretär weiter erörtern und nach Abschluss des Berichts der **Reaktorsicherheitskommission** noch einmal auf den Landtag zukommen. Insofern verwahre ich mich dagegen, der Opposition ein unterentwickeltes Gefahrenpotenzialdenken zu unterstellen.

Wir können uns in der Diskussion über vieles streiten. Ich finde allerdings Diskussionsansätze nicht akzeptabel, die da heißen - ich sage das einmal so, wie ich es

**(Thomas Stritzl)**

verstanden habe -, dass ein Mann wie bin Laden gut in die eine oder andere demokratische Partei dieses Hauses passen würde. Das muss ich mit Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir uns der Diskussion stellen, wie wir es hier heute tun, dann ist die gesamte Diskussion darauf angelegt, die Bedingungen zu schaffen, die es Terroristen unmöglich machen, uns in der einen oder anderen Weise zu bedrohen. Das gilt übrigens nicht nur für die Frage der Kernspaltung, sondern beispielsweise auch für die Frage von B- und C-Waffen. Auch das sollte man in der Dimension nicht unterschätzen.

Deswegen ist der hier vorgetragene Ansatz, der heute Morgen doch einhellig über die Fraktionsgrenzen hinaus, insbesondere von der Opposition, deutlich gemacht worden ist, zu verunmöglichen, dass Terroristen diese Mittel in die Hand kriegen, der richtige Weg. Das alleinige Konzentrieren auf ein mögliches Ziel - das haben Herr Kubicki und Herr Kayenburg deutlich gemacht - hilft nicht weiter.

Ein letzter Punkt! Frau Kollegin Heinold, ich finde es prima, wenn wir uns darin einig sind - das haben Sie noch einmal unterstrichen -, dass bin Laden und die Leute, die hinter den Terroranschlägen stecken, in Afghanistan gefasst werden sollen.

(Jürgen Weber [SPD]: Es gibt sie nicht nur in Afghanistan!)

- Das ist in Ordnung. - Wenn das so ist, finde ich das prima. Dann haben wir Einigkeit. Dann habe ich allerdings ein Problem: So lange die bisher noch herrschende afghanische Regierung ihn nicht ausliefert, bleibt nichts anderes übrig als das, was der deutsche Bundeskanzler gesagt hat: Uneingeschränkte Solidarität mit den Amerikanern, das heißt auch Unterstützung der Aktionen, die zurzeit stattfinden. Wenn das nicht dazu führt, dass die ihn ausliefern, sagen Sie - so habe ich Ihren Landesvorsitzenden nach dpa verstanden -: Dann muss er dort gefasst werden. Wenn die ihn nicht ausliefern, bedeutet „fassen“ - da hat Kollege Kubicki doch logischerweise Recht -, dass man dann mit Bodentruppen rein muss, um das, was die anderen freiwillig nicht tun, durch eigene militärische Mittel herstellen zu können.

Im Ziel sind wir uns also einig, aber ich bitte, dass dann die Mittel, die dafür notwendig sind, auf der anderen Seite nicht gleich wieder abgelehnt werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich wollte eigentlich die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Nabel nach § 55 Abs. 1 zu einer persönlichen Erklärung an den Schluss stellen, aber vielleicht macht es Sinn, dass Sie jetzt eine persönliche Bemerkung abgeben, Herr Abgeordneter Nabel.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich vorhin durch Zwischenrufe angeregt vergaloppiert und eine missverständliche Äußerung gemacht. Mir ging es darum, deutlich zu machen, dass mir wohl klar ist, dass Herr bin Laden nicht aus irgendeiner unteren sozialen Schicht, sondern aus einer Kaufmannsfamilie stammt und insofern ein Mittelständler ist. Nur in diesem Zusammenhang mit dem Mittelstand habe ich das der FDP zugeordnet, nicht inhaltlich, zumal ich an dieser Stelle - das haben Sie heute Morgen ja vielleicht erlebt - in der Frage des Umgangs mit Sicherheit ziemlich nah an der FDP dran bin. Es ging mir nicht darum, Sie hier in irgendeiner Form zuzuordnen, sondern nur um die Frage Mittelstand.

(Zurufe)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Für die FDP erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Kubicki nach § 56 Abs. 4 das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Lieber Konrad Nabel, ich weiß nicht, ob du es jetzt nicht noch schlimmer gemacht hast, als es vorher war,

(Zurufe)

und zwar deshalb, weil sich die Sozialdemokraten ja rühmen, dass sie mehr Mittelständler organisieren als die FDP. Aber einmal unabhängig von dieser Frage bin ich ohnehin davon ausgegangen, dass die Äußerung nicht so gemeint war, wie sie bei einigen angekommen ist, bei mir im ersten Moment auch. Aber ich bin sicher, dass es so nicht gemeint war, und deshalb nehme ich die Entschuldigung beziehungsweise Erklärung für meine Fraktion dankend entgegen und bin auch dankbar für die Worte des Kollegen Stritzl.

Ich habe mich gleichwohl noch einmal zu Wort gemeldet, weil sich Frau Heinold dankenswerterweise mit meiner Psyche verschärft auseinander setzt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Möglicherweise reicht Ihnen Ihr Psycholaden nicht

**(Wolfgang Kubicki)**

mehr aus, Frau Heinold; insofern müssen Sie dann andere suchen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Noch einmal, ich habe die dpa-Meldung zitiert und erklärt: Was Ihr Landesvorsitzender gesagt hat, muss konsequenterweise den Einsatz von Bodentruppen bedeuten.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Nein, das haben Sie nicht gesagt!)

- Ich habe - das können wir nachlesen - Ihren Landesvorsitzenden zitiert, der sagt: Wir sind uns alle einig, dass die Terroristen gefasst und ihr Netzwerk zerstört werden muss.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben behauptet, mein Landesvorsitzender würde jetzt Bodentruppen fordern, und das stimmt nicht!)

- Das ist die Konsequenz aus diesem Satz. Es mag ja sein, dass Sie davon ausgehen, dass Briefe der grünen Fraktion oder des Bundesaußenministers dazu führen werden, dass Herr bin Laden nach Deutschland kommt und hier gefasst werden kann. Anders kann ich Ihren Einwand sonst nicht verstehen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was für ein armer Jurist sind Sie! - Unruhe)

- Mensch, Herr Hentschel, Sie müssen doch langsam einmal zur Kenntnis nehmen, dass Ihnen die Menschen scharenweise weglaufen, nicht nur Ihre eigenen Mitglieder, nicht nur Ihre Vorstände treten zurück, sondern die Wählerinnen und Wähler laufen Ihnen auch weg. Das muss daran liegen, dass die wahrscheinlich alle zu blöd sind, Ihre Argumentationen zu begreifen.

(Heiterkeit bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Fröhlich, ich habe Ihre Argumentationen von vor eineinhalb und zwei Jahren noch genau im Ohr und wundere mich, wie Sie heute die Positionsveränderung beschreiben wollen, wie Sie uns erklären wollen, wie Sie von A nach B gekommen sind.

Herr Kollege Nabel, ich habe schon einmal gesagt, dass Schill nicht das Problem der FDP ist. Sie werden sehen, dass die Sozialdemokraten in Berlin auf Knien vor der FDP herrutschen werden, um mit denen eine Koalition zu bilden, weil sie das mit den Grünen nicht mehr machen können. Die werden deutlich unter 10 % abrutschen. Das ist gar nicht die Frage. Das Problem

Schill ist ein Problem von Rot-Grün in Hamburg gewesen. Machen Sie sich das klar!

(Beifall bei FDP und CDU)

Nur die hochnäsige Arroganz der Hamburger Sozialdemokraten, von der ich immer noch hoffe, dass sie bei den Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein nicht so sehr verbreitet ist, hat dazu geführt, dass vor der Wahl überhaupt kein Mensch der SPD mit Lange hat reden wollen. Was sollte er denn machen? Herr Runde hatte doch erklärt: „Wir wollen mit den Liberalen nichts zusammen machen.“ Was sollte er denn tun? Sollte er „bitte, bitte“ sagen? Sie haben den Kollegen Lange an die Seite von Herrn Schill und die CDU getrieben, niemand sonst.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Peinlich, peinlich!)

Das hat mit „peinlich“ überhaupt nichts zu tun, denn jeder Mann, der lesen will und lesen kann, kann nachlesen, was ich dazu deutlich vor der Wahl gesagt habe. An dieser Positionsbeschreibung hat sich bis heute nichts geändert.

Das einzige Problem, das Sie haben, ist, dass Sie und die Grünen erklären müssen, warum die Wählerinnen und Wähler in Hamburg Sie nicht mehr gewählt haben. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Mir liegt jetzt noch eine Wortmeldung nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung von der Frau Abgeordneten Spoorendonk vor. Ich bitte um Beachtung, dass es sich bei dem Tagesordnungspunkt um die Sicherheit der Atomkraftwerke gegen Flugzeugabstürze handelt.

(Heiterkeit und Beifall - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich schlage vor, wir nennen das um in „Lage der FDP“!)

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte um das Wort gebeten, weil ich diese Debatte auch ungemein spannend finde. Vielleicht wird sie ja auch in die Geschichte dieses Parlaments als Sternstunde des Parlaments eingehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Eher nicht! - Klaus Schlie [CDU]: Das kommt darauf an, was Sie uns jetzt sagen!)

**(Anke Spoorendonk)**

Ich weiß, dass Ironie in diesem Hause auch immer ein Fremdwort ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vor dem Hintergrund der Diskussion von heute Morgen ist es natürlich richtig zu sagen, dass wir uns auf der einen Seite mit dem Komplex innere Sicherheit und Terrorismus und Terrorismusbekämpfung zu befassen haben. Da ist es unabdingbar zu sagen - wie der Kollege Kubicki -, Terrorismus muss bekämpft werden. Das ist ein Komplex.

Dieser Komplex hat von daher auch wenig mit den Atomkraftwerken zu tun, aber Atomkraftwerke sind ja nicht vom Himmel gefallen. Atomkraftwerke sind ja nicht Gott gegeben, sondern Atomkraftwerke sind durch politische Beschlüsse in dieser Gesellschaft geplant, gebaut und aufrechterhalten worden. Darum geht es. Weil wir mit dem Terrorangriff am 11. September neue Erfahrungen gemacht haben, weil wir eine weitere Perspektive bekommen haben, haben wir etwas dazu gelernt oder wenigstens etwas gesehen, was wir lange Jahre verdrängt haben. Daher ist es außerordentlich relevant, die Frage zu stellen: Was machen wir denn jetzt mit diesen Kernkraftwerken? Ich finde auch, dass die chemische Industrie eine gefährliche Industrie ist,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das finde ich überhaupt nicht!)

aber die Verseuchung unserer Natur durch Kernkraftwerke hat eine andere Qualität.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das wissen wir seit Tschernobyl, dass das eine andere Qualität hat.

Natürlich können wir sagen: Hier passiert so etwas nicht; unsere Kernkraftwerke sind sicher.

(Wortmeldung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ja, von mir aus.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Ich kann Ihrem Gedankengang sehr gut folgen. Meine Frage lautet daher, ob wir dann nicht konsequenterweise hier und heute im Schleswig-Hol-

steinischen Landtag fordern müssten, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, die Lieferung des Kernkraftwerkes an China, die bevorsteht, zu unterbinden? Denn die Gefahrenlage hat ja mit der Frage, wo disloziere ich das Kernkraftwerk, überhaupt nichts zu tun.

- Ja, das müssten wir eigentlich tun; denn wenn man gegen Kernkraftwerke im eigenen Land ist - so wie der SSW -, dann ist man auch gegen Kernkraftwerke in anderen Ländern.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich wollte nur noch einmal deutlich machen, worum es aus unserer Sicht in dieser Debatte zu gehen hat. Es hat darum zu gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns vor dem Hintergrund dieser Ereignisse vergegenwärtigen, womit wir es bei den Atomkraftwerken zu tun haben. Wir müssen uns auch vergegenwärtigen, wie wir gegensteuern können. Letztlich können wir nur die Forderung aufstellen, Atomkraftwerke abzuschalten, und dann fordern, keine Atomkraftwerke zu bauen oder zu exportieren.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. - Es ist kein Antrag gestellt worden. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, dass es mir leider persönlich entgangen ist, dass Frau Abgeordnete Fröhlich wegen des Wortes „verlogen“ gerügt worden ist. Das muss dann natürlich auch für alle anderen, die das Wort benutzt haben, gelten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es ist ein Grenzfall. Ich bitte darum, sich im parlamentarischen Sprachgebrauch zu bewegen. Mit dem Wort „verlogen“ sollten wir uns gegenseitig nicht belegen.

(Unruhe)

- Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens in Norddeutschland**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1245

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf dem Sozialausschuss zu überweisen. Die zweite Lesung werden wir am Freitag haben.

Wer der Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Dann möchte ich mitteilen, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, den Tagesordnungspunkt 27 - Unterrichtssituation im Schuljahr 2000/20001 - auf die November-Tagung zu verschieben.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 10 und 11 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Abschaffung der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS)**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1172

**b) Eigenauswahl von Studierenden durch die Hochschulen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1195

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Abschaffung der ZVS ist überfällig. Die Dortmunder Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen ist nach unserer Auffassung ein planwirtschaftliches Monstrum. Nur durch ihren Wegfall kann es gelingen, den **Wettbewerb** zwischen den deutschen **Hochschulen** zu stärken. Ohne Wettbewerb um die besten Studentinnen und Studenten lässt sich der Wettbewerbsgedanke im Hochschulbereich überhaupt nicht realisieren. Jeder Handwerksmeister sucht sich seine Auszubildenden selbst aus.

Reimar Lüst, der frühere Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, hat das Thema auf den Punkt gebracht, als er feststellte - ich zitiere -: „Nur die Gefängnisse und die Universitäten dürfen sich ihre Klientel hierzulande nicht selber aussuchen.“

Wir wollen die Hochschulen in die Lage versetzen, sich ihre Studenten künftig selbst auszuwählen, und zwar vollständig.

(Beifall bei der FDP)

Halbe Sachen zumachen - wie dies der Vorschlag der CDU-Fraktion vorsieht - und die Auswahl auf 50 % zu beschränken und für den Rest vorerst - für wie lange eigentlich? - die ZVS beizubehalten, lehnen wir ab.

(Beifall bei der FDP)

Die von der Dortmunder Vergabestelle praktizierte „Studentenlandverschickung“ ist das Relikt eines überbürokratisierten Hochschulsystems in Deutschland. Durch die Abschaffung der ZVS werden zugleich Mittel frei, die heute zur Finanzierung von 150 ZVS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern aufgewendet werden müssen.

Die Auffassung der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin Behler, die ZVS sei ein - ich zitiere - „Bürgerservice“, eine unverzichtbare Dienstleistung, ist geradezu aberwitzig.

Da finde ich es wirklich sehr beruhigend, wenn es aus den Reihen der Sozialdemokraten auch andere Stimmen gibt. Am 30. September 2001 berichtete die „Welt am Sonntag“ - ich zitiere -:

„Einen schnellen, pragmatischen Einstieg in den Ausstieg aus der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) hat der niedersächsische Wissenschaftsminister Thomas Oppermann (SPD) gefordert. Die besten Universitäten sollten sich künftig ohne ZVS selbst die besten Studentinnen und Studenten auswählen dürfen.“

Frau Ministerin Erdsiek-Rave, auf welche Seite stellen Sie sich bei den sozialdemokratischen Wissenschaftsministerinnen und -ministern? - Auf die Seite der Traditionalisten wie Frau Behler, oder auf die Seite des Modernisierers Thomas Oppermann?

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Natürlich! Das ist doch klar! - Heiterkeit)

- Ja, das würde mich freuen, weil bisher aus Ihrem Hause aus Stellungnahmen durch Pressesprecher und andere Vertreter des Ministeriums und auch durch Herrn Stegner eher das Altbackene und sehr stark an der ZVS Festhaltende als Tenor herauszuhören gewesen ist.

Also, meine Damen und Herren, wir haben hier auch bei den Sozialdemokraten die Alternative zwischen den beiden möglichen Optionen in Sachen ZVS, in der letzten Zeit dokumentiert durch Äußerungen prominenter sozialdemokratischer Landesminister.

(Dr. Ekkehard Klug)

Gegenwärtig werden ohnehin nur rund 30 % aller Studienplätze über das Verteilungsverfahren der ZVS besetzt. Abgesehen davon, dass also die Mehrzahl der Studienplätze in den meisten Studienfächern heute bereits ohne eine solche Verteilungsbürokratie besetzt wird, kommen auch andere Staaten sehr gut ohne eine derartige Verteilungsinstitution wie die ZVS aus. Wenn heute im **ZVS-Vergabeverfahren** neben der Abiturdurchschnittsnote die Wartezeit und die Wohnortnähe zu den wesentlichen Kriterien bei der Vergabe von Studienplätzen zählen, dann kann von einer leistungsorientierten Studienplatzvergabe doch eigentlich wirklich nicht die Rede sein.

(Beifall bei der FDP)

Unser Land sollte sich der **Initiative Baden-Württembergs** anschließen, das den Staatsvertrag über die ZVS zum nächstmöglichen Termin Ende 2005 kündigen will. Dies ist ohnehin eine mittelfristige Perspektive. Wir hätten also keinen abrupten Bruch. Aber wir halten es für wichtig, dass man diesen Prozess jetzt einleitet. Den gelegentlich zu hörenden Einwand, durch hochschuleigene Auswahlverfahren werde das Abitur entwertet, halte ich für eindeutig falsch. Bundesweit wird das Abitur in einer Vielzahl unterschiedlicher Schulformen und bei sehr unterschiedlichen Leistungsstandards vergeben. Das wissen wir nicht zuletzt durch die Ergebnisse der verschiedenen TIMMS-Studien im Bereich der Naturwissenschaften und der Mathematik.

Abiturdurchschnittsnoten verkleistern solche Unterschiede und sind als Auswahlkriterien sehr ungerecht gegenüber jenen Abiturienten, die für gute Noten wesentlich anspruchsvollere Leistungen erbringen müssen als andere Altersgenossen an anderen Standorten. Gute Schulen, die ihren Schülerinnen und Schülern eine gute Bildung auf den weiteren Lebensweg mitgeben, werden durch ein hochschuleigenes Auswahlverfahren belohnt und nicht etwa bestraft. Qualität wird sich dann in Zukunft mehr auszahlen, als dies heute der Fall ist.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich einen Satz zum Verfahren hinzufügen. Wir beantragen - das ist abgestimmt -, dass unser Antrag und der der Union zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss überwiesen werden.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

**Jost de Jager [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beinahe wäre in diesem Sommer bei der Zulassung von Studierenden an Hochschulen ein Schritt in die richtige Richtung gelungen, vielleicht sogar ein kleiner Sprung. Kurze Zeit sah es danach aus. Der immerhin mit Professoren besetzte **Beirat der ZVS** hatte sich nach langem Hin und Her zu der Empfehlung durchgerungen, dass künftig in den der ZVS vorbehaltenen zulassungsbeschränkten Fächern die Hochschulen jeden zweiten Studierenden selbst auswählen dürfen.

Sogar der Kieler Kultusstaatssekretär fand diesen Vorschlag „besonders zu begrüßen“. Diese Aussage des Staatssekretärs durfte man allerdings nicht mit der Haltung des Bildungsministeriums verwechseln. Am Ende haben im Verwaltungsausschuss der ZVS alle SPD-regierten Länder bis auf Brandenburg gegen eine solche **Selbstausswahl** gestimmt.

Einer der Gründe dafür, so konnte man dpa entnehmen, ist darin zu suchen, dass für eine Änderung des Zulassungsverfahrens zunächst eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes erforderlich wäre. Wenn das der Grund sein sollte, dann ändern wir das Hochschulrahmengesetz doch und ermöglichen diese **Selbstausswahl**, die nun gefordert wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Deshalb beantragt die CDU-Fraktion heute eine **Bundesratsinitiative**, die eben diese Änderung des Hochschulrahmengesetzes zum Ziel hat.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir wollen, dass die Hochschulen in einem ersten Schritt gemäß der Systematik des bisherigen Hochschulrahmengesetzes die Möglichkeit erhalten, 50 % ihrer Studierenden in den zulassungsbeschränkten Fächern selbst auszuwählen. Diese Eigenauswahl soll dem Zulassungsverfahren durch die ZVS vorgeschaltet werden. Dies ist ein Punkt, den ich nachher noch näher erläutern werde.

Vielleicht noch zu dem, was der Kollege Klug gesagt hat. Er hat davon gesprochen, dass dies ein halber Schritt sei. Nein, wir nehmen zunächst einmal eine Kompromisslinie auf, die erarbeitet worden ist und die durchaus Chancen hätte, tatsächlich umgesetzt zu werden. Deshalb sagen wir: Lasst uns doch zunächst den Schritt machen, der machbar ist - 50 % -, und lasst uns danach den Schritt machen, den wir auch für richtig halten, nämlich mittelfristig die ZVS abzuschaffen. Nur, jeder weiß ganz genau, dass das Jahr 2005 natürlich nicht das Datum sein wird, zu dem dies eintritt, sondern dass dies später der Fall wäre. Insofern wollen

(Jost de Jager)

wir bis zu diesem Zeitpunkt die Selbstauswahl der Hochschulen weiter vorantreiben.

Die Selbstauswahl ist ein hervorragend geeignetes Mittel für die **Profilbildung von Hochschulen**, genauer: von einzelnen Fakultäten und Studiengängen. Es erlaubt den Hochschulen, für ihre jeweiligen Studiengänge die am besten geeigneten Studierenden auszuwählen, und dies nach einem Verfahren, das die besondere Qualifikation dieser Studierenden über den bloßen bürokratischen Fragenkatalog hinaus würdigt. Es beinhaltet für die Studierenden die Chance, zusätzlich erworbene Leistungen und Fähigkeiten in das Bewerbungsverfahren um einen Studienplatz einzubringen. Solche zusätzlichen Qualifikationen können Sprachkenntnisse oder auch relevante Praktika sein. Der Hochschule oder der Fakultät wiederum kann es durch ein solches eigenes Zulassungsverfahren gelingen, den Leistungsstand in diesen Fächern zu erhöhen, indem die Studierenden haargenau in das Profil eines Studiengangs passen.

Es gehört übrigens zu den Legenden in dieser Diskussion, dass die Hochschulen dies nicht wollten. Es wird immer darauf verwiesen, dass die bereits jetzt mögliche Eigenauswahl von 20 % der Studierenden nicht genutzt werde. Dieses Gegenargument ist jedoch falsch. Die Hochschulen sind sehr wohl bereit, eigene Zulassungsverfahren für Studierende zu entwickeln, wenn sie sicher sein können, dass ihnen ein solches Zulassungsverfahren auch etwas bringt. Das genau ist im Moment noch nicht der Fall.

Wir haben als CDU-Fraktion im Frühsommer dieses Jahres alle Hochschulen des Landes angeschrieben und gefragt, ob sie von dieser 20-prozentigen Möglichkeit der Selbstauswahl Gebrauch machen, und wenn nicht, warum nicht. Die Antworten haben ergeben, dass eigene Zulassungsverfahren lediglich von den privaten Hochschulen und jenen mit einem künstlerischen Schwerpunkt angewendet werden. Ansonsten wird die Möglichkeit mit dem Hinweis nicht genutzt, dass die Kosten-Nutzen-Relation nicht stimme. Diese stimmt aus zweierlei Gründen nicht. Zum einen sei der Anteil von 20 % zu wenig, um ernsthaft von Nutzen für eine Hochschule zu sein, und zum anderen komme nach dem derzeitigen Stand der Dinge erst die ZVS und dann die Hochschule zum Zuge. Haargenau diese Reihenfolge muss umgekehrt werden, weshalb die CDU-Fraktion fordert, die **Eigenauswahl dem ZVS-Verfahren** vorzuschalten.

Eine solche Gesetzesänderung würde einen zweifachen Wettbewerb auslösen, zum einen einen Wettbewerb unter den Studierenden um die besten Studiengänge, zum anderen einen Wettbewerb der Hochschulen um die Studierenden. Um sicherzustellen, dass

auch tatsächlich Studierende in Schleswig-Holstein studieren wollen, bedarf es nicht nur einer Änderung des Hochschulrahmengesetzes, sondern es bedarf insgesamt einer überzeugenden und attraktiven Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein. Derzeit würden sich die schleswig-holsteinischen Schulen diesem Wettbewerb mit dem Ballast einer dramatischen Unterfinanzierung stellen, und sie wären eben nicht zu 100 % und fair wettbewerbsfähig mit Einrichtungen in Bayern und in Baden-Württemberg.

Deshalb sagen wir: Ein fairer **Wettbewerb** um Studierende, um die besten Köpfe unter den Lernenden, den wir wollen, setzt auch voraus, dass es faire Wettbewerbsbedingungen gibt. Insoweit hinkt Schleswig-Holstein hinterher. Deshalb müssen wir einen zweifachen Ansatz haben: Wir müssen diesen Wettbewerb zulassen, aber wir müssen es vor allem ermöglichen, dass sich die schleswig-holsteinischen Hochschulen diesem Wettbewerb auch erfolgreich stellen können.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit schöner Regelmäßigkeit wird gefordert, die **zentrale Studienplatzvergabe** einzuschränken oder abzuschaffen. Meistens wird mit schlanker Hand unterstellt, dass es hier eine riesige Bürokratie gibt, die man durch ein schlauerer System ersetzen kann. Dies bezweifle ich nachhaltig. Ich will ein paar Punkte dazu nennen.

Zum einen muss ich darauf hinweisen, dass die ZVS heute circa ein Viertel aller Studienplätze vergibt. Drei Viertel aller Studienplätze werden ohnehin schon im so genannten freien Wettbewerb verteilt. Das muss man zur Relativierung des Problems einmal sagen.

Zum Zweiten darf man darauf hinweisen, dass es - dies finde ich wirklich bemerkenswert - der ZVS in 80 % der Fälle gelingt, die Studienorte und die Studienplatzwünsche der Studierenden in Einklang zu bringen. Dies ist eine ganz hervorragende Leistung.

Zum Stichwort 20 % hat Kollege de Jager schon einiges gesagt. Ich will das an den Punkt gar nicht noch einmal aufgreifen. Wenn man aber - darauf läuft ja im Kern die Initiative der FDP und in abgeschwächter Form auch die der CDU hinaus - die Auswahlkriterien Abiturnote, Wartezeit und soziale Situation - hinsichtlich der zu berücksichtigenden Faktoren gibt es übrigens Verfassungsgerichtsurteile - mit dieser Regelung infrage stellt - das kann man ja tun -, dann muss man

(Jürgen Weber)

natürlich gleichzeitig sagen, welche geeigneteren Kriterien man finden will, um Studierenden die Möglichkeit zu eröffnen, einen vernünftigen Studienplatz zu finden. Dahinter steckt natürlich - Herr Kollege Klug, dafür gibt es auch andere Indizien -, dass es in der Tendenz darauf hinauslaufen soll, das Abitur als Hochschulzugangskriterium zu relativieren. Das ist etwas, was wir nicht mitmachen.

Ich möchte noch zu einem anderen Punkt etwas sagen. Im Grundsatz und bei der Philosophie, die dahinter steckt, kann es nicht darum gehen - ich denke, das muss man deutlich sagen -, den Hochschulen die Möglichkeit einzuräumen, möglichst die für sie passenden Studierenden zu finden. Die Grundidee ist vielmehr die - das ist jedenfalls unsere Auffassung -, dass es für die **Studierenden** eine Möglichkeit geben muss, die für sie **passende Hochschule** zu finden. Die Kunden von Dienstleistung, Bildung und Wissenschaft sind nämlich die Studierenden und nicht die Lehrenden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Grundsatz unterscheiden wir uns sehr deutlich.

Ich möchte in der Kürze der Zeit jetzt nicht alle Konsequenzen aufzeigen, was es heißt, wenn sich ohne ZVS in zulassungsbeschränkten Fächern - die Kapazitätsprobleme bekommen Sie ja auch durch die Abschaffung der ZVS nicht gelöst - zukünftig jeder an 30 oder 40 Hochschulen bewerben muss, an 30 bis 40 Auswahlverfahren teilnehmen muss - abgesehen von den Problemen, die dadurch auf die Hochschulen zukommen würden. Sie hätten dasselbe Maß an Bürokratie, nur nicht zentral, sondern an jeder einzelnen Hochschule.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Sie lösen mit der Abschaffung der ZVS kein bürokratisches Problem.

Ich möchte gern konzедieren, dass die ZVS kein zementiertes System ist und dass im Zusammenhang mit der Veränderung des geltenden Staatsvertrages meiner Auffassung nach eine Reihe von Dingen angesprochen werden müssen. Ich denke zum Beispiel an die Ausweitung der Auswahlquote der Hochschulen über die bisherigen 20 % hinaus. Es ist weiter darüber nachzudenken, wie man schneller und besser auf eine veränderte Nachfrage reagieren kann. Wir haben jetzt schon Studiengänge an der Grenze von Zulassungsbeschränkungen, wo es Veränderungen in beide Richtungen gibt. Da muss man schneller reagieren können, als es

die ZVS heute tun kann. Darüber wollen wir auch gern mit uns diskutieren und reden lassen.

Wer die ZVS abschaffen will, kann dafür meines Erachtens nicht das Argument „**mehr Wettbewerb**“ ins Feld führen. Es ist kein Indikator für die Leistung von Lehre, wenn die Lehrenden sich aussuchen dürfen, wen sie belehren wollen. Leistungen von Lehrenden müssen sich an anderen Faktoren messen lassen.

Sie sprechen den niedersächsischen Minister Oppermann an. Ich sage Ihnen dazu die Auffassung unserer Fraktion und des Arbeitskreises: Es reicht schon, wenn sich die Kollegen der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion mit dem Kollegen Oppermann herumschlagen müssen. Das kann nicht unser Problem sein.

(Heiterkeit)

Unsere Forderung ist: eine Öffnung des Systems, aber keine Abschaffung des Systems!

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk.

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind für Alternativen zum Numerus clausus durchaus offen, wenn es denn Alternativen sind. Die Anträge von FDP und CDU sind - so wie sie gestellt sind - nicht zu Ende gedacht. Es sei denn, es versteckt sich hinter Ihrer Aufforderung nach **Aufnahmeverfahren an den Hochschulen** etwas anderes, nämlich eine Prüfung. Eine solche Entwertung des Abiturs durch neue Hürden lehnen wir ab.

Zusätzliche Kriterien für die Aufnahme in einem sehr begehrten Fach wie soziales Engagement, Berufserfahrung in einem studienverwandten Gebiet und Ähnliches mehr könnten wir uns allerdings durchaus vorstellen. Sie können aus unserer Sicht beispielsweise durchaus gleichwertig zu einem hervorragenden Abiturzeugnis betrachtet werden, wenn ansonsten nur mittelmäßige Noten vorliegen. Aber dazu, wie man hierfür ein geeignetes Verfahren findet, müssen wir modellhafte Erfahrungen einholen. Ich bin einer Meinung mit dem Kollegen Weber, dass es nicht darum gehen kann, dass sich die Hochschulprofessorinnen und -professoren die ihnen genehmen Nachwuchsleute aussuchen, sondern es muss darum gehen, dass Studierende für sich den Weg finden, wie sie ihre Fähigkeiten weiterentwickeln können.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])



(Angelika Birk)

Wenn wir also darüber nachdenken, wie wir ein besseres Verfahren finden können, ist zu überlegen, ob nicht ein Teil der begehrten Studienplätze, die bisher durch die ZVS vergeben werden, **anderen Kriterienkatalogen** zugeordnet werden sollten. Dann müsste man allerdings auch an eine Umstrukturierung innerhalb der Oberstufe denken. Das kann nicht mal eben mit einem solchen Antrag erfolgen.

Ich gestehe ein, dass es mich nachdenklich macht, wenn ich Schülerinnen und Schüler höre, die sagen: Eigentlich würde ich lieber dieses Fach wählen, aber da haben wir einen sehr strengen Lehrer und das Fach ist sehr schwer. Ich gehe lieber in den Leistungskurs in einem anderen Fach, da habe ich meine eins sicher und die brauche ich für meinen NC. Das sind natürlich sachfremde Entscheidungen, die durch ein NC-System indiziert sind. Da kommt man schon ins Grübeln, ob wir nicht andere Parameter brauchen.

Noch einmal: Erstens. Es wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass der überwiegende Teil der Studienplatzvergabe nicht über die ZVS erfolgt. Zweitens. Die ZVS ist durchaus erfolgreich, was das Zusammenbringen von Studienfachwahl und tatsächlichem Studienort angeht. Drittens. Die Opposition hat hier keinen in sich stimmigen und geschlossenen Vorschlag gemacht.

Ich möchte noch hinzufügen, dass es nicht nur die beiden Seiten der SPD sind, die sich hier uneinig sind, sondern dass es auch innerhalb der Hochschulen sehr **unterschiedliche Einschätzungen zur Abschaffung der ZVS** gibt. Denjenigen, die bisher ohne ZVS ausgekommen sind, ist es egal, ob sich gesetzlich etwas ändert, ob sich die Grundlagen ändern. Sie sind davon nicht berührt. Diejenigen, die bisher mit der ZVS gearbeitet haben, möchten das auch weiterhin zum großen Teil tun, weil sie die große Arbeit und Mühe scheuen, die es macht, wenn man ein ehrliches, offenes dezentrales Bewerbungsverfahren anbietet.

In wenigen Fällen gibt es auch heute schon eine zusätzliche Aufnahmeprüfung. Das ist im künstlerischen Bereich so, Schauspiel, Kunst, Musik; zum Teil ist es aber auch im Hochleistungssport so. In diesen Fällen ist es gerechtfertigt, weil die schulischen Leistungen in diesen Bereichen - die haben sowieso alle eine eins in ihrem Begabungsfach, die sich da bewerben; da können Sie gar nicht weiter differenzieren, wenn Sie nur nach der Kunst- oder der Sportnote gehen - für den außergewöhnlichen weiteren Lebenswege nicht aussagekräftig genug sind.

Gerade diese Hochschulen und auch die Studierenden sagen, wie schwierig es ist, wenn sich jemand zum Beispiel zum zehnten Mal an einer Hochschule bewirbt. Einerseits ist das eine Chance, eine zehnmalige Chance für den Studierenden, andererseits ist es auch

für die Hochschulen, und für diejenigen, die die Aufnahmeprüfungen auf sich nehmen, ein sehr großer Aufwand und eine große Belastung. Wenn wir uns das hochgerechnet auf alle Fächer denken, würde das zu einem unglaublichen monatelangen Aufnahmeverfahren führen. Denken Sie nur an die große Anzahl der Studierenden beispielsweise im Bereich der Medizin. Bevor wir nicht eine Lösung haben, können wir nicht einfach das bisherige Verfahren aufkündigen.

Wir sind also für Vorschläge offen. Machen Sie welche! Wir sind in unseren eigenen Reihen dabei zu diskutieren, welche Verfahren es geben kann. Solange wir aber noch keine Antwort haben, möchten wir an dem bisherigen Verfahren festhalten. Alles andere wäre - auch im Hinblick auf die lange Zeit, die eine Umstellung braucht; ich konzedere, dass wir jetzt über das Jahr 2005 reden - unverantwortlich. Zuerst müssen wir eine Alternative haben. Alles andere wäre unverantwortlich.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist es keine schlechte Idee, dass die Hochschulen die Möglichkeit erhalten sollen, bei zulassungsbeschränkten Studiengängen einen Teil der Studierenden nach eigenen Kriterien auszuwählen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wie ist das eigentlich in Dänemark?)

- Das kommt noch, lieber Kollege.

Es gibt in einigen Bildungseinrichtungen zum einen die Möglichkeit, ein eigenes **Profil** für bestimmte **Studiengänge** zu entwickeln, zum anderen können hier andere Kriterien als der gesamte Notendurchschnitt zum Tragen kommen. Schließlich kann die Hochschule auch die Motivation der Studierenden in bestimmten für das Profil wichtigen Bereichen sichern. Letztlich ist ja die Motivation der Studierenden die beste Voraussetzung für eine hohe Qualität im Studium. Wir meinen aber nicht, dass dieses die ZVS, beziehungsweise eine zentrale Einrichtung, überflüssig macht. Im Gegenteil sehen wir eine solche Stelle als unverzichtbar an. Nur eine gemeinsame Einrichtung ist die richtige Grundlage für eine verbesserte zentrale Auswahl. Ihr kann eine wichtige koordinierende Funktion im weit verzweigten deutschen Hochschulwesen zukommen. Wir meinen, dass es neben der Auswahl der

(Anke Spoorendonk)

Hochschulen auch weiterhin politisch definierte Auswahlkriterien geben muss.

Das ist auch im **Vorschlag des ZVS-Beirats** berücksichtigt, bei dem die Hälfte der Studierenden immer noch zentral ausgewählt werden muss. Hier könnten und müssten in Zukunft verstärkt soziale Kriterien, regionale Kriterien und andere Merkmale wie zum Beispiel bürgerschaftliches Engagement zum Zuge kommen. Die Interessen der Hochschulen an Auswahl dürfen nicht gegen Kriterien der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit ausgespielt werden.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Kollege Klug sagte vorhin, andere Staaten kämen ohne ein zentrales Zulassungswesen aus. Das ist richtig. Er versuche, ein bisschen zu polemisieren, indem er dieses Problem zwischen Traditionalisten und Modernisierern ansiedelte.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das ist das Problem der SPD!)

- Ich ziehe mir den Schuh auch nicht an.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das ist gut!)

Es ist klar, dass man diese Karte ausspielen kann. - Weil es von mir vielleicht erwartet wird, möchte ich die dänische Karte spielen. Ich will das gern tun, lieber Kollegen Garg, denn ich finde, dass man gerade in diesem Bereich etwas von seinem Nachbarn lernen kann.

(Frauke Tengler [CDU]: Nicht in jedem Bereich!)

- Nein, nicht in jedem Bereich, aber in diesem schon. - Es ist ganz gut, zu sehen, wie man das in anderen Ländern macht. Man kann ja auch Abstand davon nehmen.

Nördlich der Grenze geben alle Bewerberinnen und Bewerber eine mit Prioritäten versehene Liste ihrer Wünsche für Studiengänge und Studienorte an die **zentrale Stelle für koordinierte Anmeldung**. Sie koordiniert alle Anmeldungen entsprechend der Prioritäten. Dadurch erübrigt es sich für künftige Studierende, sich bei der ZVS oder 20 Hochschulen parallel anzumelden und nicht zu wissen, ob man angenommen wird. Auch die Hochschulen haben eine Gewissheit, wie viele Studierende den angebotenen Studienplatz wirklich annehmen. Man kann den Studierenden also versprechen: Ihr bekommt einen Studienplatz, vielleicht nicht den, den ihr euch am meisten wünscht, aber ihr bekommt einen Studienplatz. - Das, finde ich, ist für junge Leute eine wichtige Zusage.

Ich meine, es ist legitim, künftigen Studierenden eine solche Prioritätensetzung abzuverlangen.

Allerdings will ich Folgendes deutlich machen. Bedingung für ein solches System ist eine gute **Studienberatung** durch die Hochschulen und durch die zentrale Vergabestelle. Sie muss über die Schwerpunktbildung der Hochschulen gründlich informieren. Der dadurch entstehende Aufwand dürfte im Verhältnis zu den Kosten für Studierende gering sein, die wegen schlechter Information und Beratung den Studiengang wechseln.

Ich bin auch dafür, die Rechnung zu erweitern und sich anzusehen, was es kostet, junge Leute studieren zu lassen. Wir beschäftigen uns viel zu wenig mit den Abbrechern. Wir beschäftigen uns viel zu wenig mit den jungen Leuten, die ihr Studium wechseln, weil sie zu wenig Informationen erhalten.

Was nicht Sinn der Sache sein kann, ist die Auflösung der ZVS mit der Begründung, dass viele Studierende am falschen Platz seien und eher in Fachhochschulen gehörten, weil sie gar keine akademische Karriere machen wollten. Der Kollege Weber sprach es an.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Problem, weil sie im internationalen Vergleich zu wenig Studierende pro Jahrgang hat.

(Beifall des Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD])

Ich bin davon überzeugt, dass wir uns in den kommenden Jahren viel mehr mit eben diesem Problem zu beschäftigen haben. Solche Aussagen sind ganz einfach absurd angesichts der Tatsache, dass wir von der Wissensgesellschaft und von lebenslangem Lernen sprechen, und das bei jeder Gelegenheit und jeder zweiten Rede im Landtag.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So ist das manchmal mit Anträgen, für deren Umsetzung man nicht selbst verantwortlich ist. Herr Dr. Klug, dann schreibt man dann eben mal so auf - -

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Entschuldigung!)

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

- Das war nicht lehrerinnenhaft gemeint. Ich wollte Sie einfach nur direkt ansprechen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Frau Ministerin, ich passe jetzt auch auf!)

Ich habe den Eindruck, da schreibt man mal eben so etwas auf, Herr Dr. Klug, was Herr Möllemann schon seit Jahren in schöner Regelmäßigkeit immer wieder fordert.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Herr Oppermann!)

- Lassen wir Herrn Oppermann einmal weg. Darüber setzen wir uns morgen und übermorgen auseinander.

Sie schreiben mal eben so auf: Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die vom Land Baden-Württemberg angekündigte - angekündigte! - Initiative zur **Kündigung des Staatsvertrages über die ZVS** zu unterstützen.

Dazu muss man zumindest der Vollständigkeit halber sagen: Es ist noch nicht ein Jahr her, dass wir diesen Staatsvertrag unterschrieben haben - und zwar auch Herr Teufel.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Mit einer Kündigungsfrist von fünf Jahren!)

- Nein. Er kann Ende 2005 mit Wirkung ab 2007 gekündigt werden. Es ist also ein bisschen eine Phantomdebatte, die wir hier über die Kündigung des Staatsvertrages führen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In jedem Fall haben wir viel Zeit, über Alternativen und Modifizierungen des Staatsvertrages zu beraten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bei dieser Regierung muss man früh anfangen!)

Weil Baden-Württemberg erkannt hat, dass man da noch viel Zeit hat, haben sie zu der Alternative gegriffen, Anträge zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes in den Bundesrat einzubringen. Diese sind dort mit großer Mehrheit abgelehnt worden, Herr de Jager, weil sie nicht durchdacht sind, nicht die Konsequenzen bedenken, die sie für die Universitäten haben, und die verfassungsrechtlichen Implikationen nicht ausreichend berücksichtigt haben. Das können Sie in der Debatte dazu alles nachlesen.

Die Änderungsanträge von Baden-Württemberg sind unausgegoren, lassen einfach zu viele Fragen offen. Ich finde, dass man in dieser Frage nur seriös vorgehen kann, wenn man erstens die Konsequenzen aufzeigt, die das Ganze hat, und zweitens modellhaft darstellt,

wie solche landesspezifischen Verfahren überhaupt aussehen könnten

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- das hat bisher nämlich noch niemand gesagt - und vor allem, wie der grundgesetzliche Auftrag, nämlich streng nach Leistungskriterien vorzugehen, umzusetzen und dann auch abzusichern ist. Eine bloße Zerschlagung der ZVS jedenfalls hätte erhebliche Konsequenzen für die Studierenden. Über die hat hier heute übrigens noch niemand gesprochen.

(Jürgen Weber [SPD]: Doch!)

- Entschuldigung, Herr Weber! Für die **Studierenden** hätte das erhebliche **Konsequenzen**. Es würde nämlich bedeuten, dass sie sich an jeder Hochschule einzeln bewerben müssen. Selbst bei einer hohen Selbstauswahl durch die Hochschulen muss die ZVS zumindest bei den Mehrfachbewerbungen als Dienstleistungseinrichtung erhalten bleiben. Das Problem, wie man mit dieser Frage umgeht, muss auch gelöst werden. Das Beispiel aus Dänemark zeigt, dass irgendeine Institution zentral erhalten bleiben muss, um dieses Massengeschäft, was es ist, was es sein soll - wir haben über die Erhöhung der Zahl der Studierenden gesprochen - und was es auch bleiben wird, abwickeln zu können.

Etwas differenzierter allerdings muss man die Idee betrachten, den Anteil von selbst **ausgewählten Studierenden** zu erhöhen. Diese Möglichkeit haben wir im Hochschulrahmengesetz und in unserem Hochschulgesetz. Das ist schon angesprochen worden. Natürlich ist das nicht besonders attraktiv für die Hochschulen. Das ist konzidiert. Ich glaube, dass auch der bürokratische Aufwand etwas damit zu tun hat.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Moment, bitte! - Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Mit diesem Vorschlag, bis zur Hälfte der Zahl der Studierenden selbst auszuwählen, kann man sich ernsthaft befassen. Ich bin auch gern bereit, das zu tun. Ich finde, es ist sorgfältiger Überlegung und Abwägung wert, wie man das umsetzen kann.

Interessant ist, dass die Hochschulrektorenkonferenz noch an einem anderen Vorschlag arbeitet, nämlich den **Hochschulen** die **Erstauswahl** einer bestimmten

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

Quote zu überlassen und den Rest über die ZVS zu verteilen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist noch besser!)

- Sie zucken die Schultern. Vorhin haben Sie noch gesagt, die ZVS müsse weg, das sei ein bürokratisches Monstrum.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist der Weg dahin!)

Ich glaube, es geht bei dieser Kritik eher um eine andere Art des Staatsverständnisses, das dahinter steckt, und um Kritik an bestimmten Verfahren, aber nicht an der Institution selber.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Doch, natürlich!)

Wenn wir das, was Sie erwarten, Knall auf Fall tätén,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: 2005/2007!)

hätten wir ein großes Problem. Jedes von der Hochschule selbst übernommene Auswahlverfahren erfordert hohen materiellen, hohen personellen und hohen bürokratischen Aufwand an den Hochschulen selbst. Das ist doch klar.

Man könnte einmal ausrechnen, was insbesondere die Auswahlgespräche - wenn man die Numerus-clausus-Fächer auf Auswahlgespräche umstellte -

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das sollen sie selbst regeln!)

an Zeit der Betroffenen fordern würde.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin gespannt, ob sie überhaupt bereit und in der Lage wären, diese Zeit zu investieren.

Wir werden, wie es nach meiner Einschätzung sicherlich die weitaus überwiegende Mehrheit der Länder will, eine sorgfältige Überprüfung vornehmen. Das halte ich allerdings für notwendig. Ich finde nicht, dass der jetzige Zustand optimal ist, und dass man sagen kann, es bleibt alles so, wie es ist. So schleswig-holsteinisch bin ich nicht. Wir müssen ein Verfahren finden, das rechtlich einwandfrei, gerecht und vor allem kundenfreundlich und daher studierendenfreundlich ist. Das ist ein bisschen schwieriger, als manche sich das vorstellen. Ich finde aber, dass sich diese Aufgabe lohnt. Lassen Sie uns im Ausschuss weiter darüber beraten. Wir haben Zeit genug, das alles umzusetzen. Ich finde, es lohnt sich, gemeinsam ein vernünftiges Verfahren zu finden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Anträge an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Es ist 18:02 Uhr. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:02 Uhr**